

# zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

## „Tand, Tand ist das Gebilde von Menschenhand“

Heute: Der Einsturz der Brücke am Tay und die Brücken-Katastrophe in Koblenz

„Wann treffen wir drei wieder zusamm'?"  
„Um die siebte Stund', am Brückendam" "  
„Am Mittelpfeiler."  
„Ich lösche die Flamm'" "  
„Ich mit"  
„Ich komme von Norden her."  
„Und ich vom Süden."  
„Und ich vom Meer."  
„Hei, das gibt ein Ringelreih'n,  
Und die Brücke muß in den Grund hinein."  
„Und der Zug, der in die Brücke tritt  
Um die siebte Stund'?" "  
„Ei, der muß mit," "  
„Muß mit."  
„Tand, Tand  
Ist das Gebilde von Menschenhand." "

„Wann treffen wir drei wieder zusamm'?"  
„Um Mitternacht, am Brückendam."  
„Auf dem hohen Moor, am Erlenstamm."  
„Ich komme"  
„Ich mit"  
„Ich nenn' euch die Zahl."  
„Und ich die Namen."  
„Und ich die Qual."  
„Hei!  
Wie Splitter brach das Gebälk entzwei."  
„Tand, Tand  
Ist das Gebilde von Menschenhand." "

Fontanes Gedicht „Die Brück' am Tay" schildert mit dramatischer Wucht, wie sich die drei Macbeth-Hexen zusammenfinden, um einen besonders empfindlichen Schlag gegen die Menschen auszuhecken und wie sie beschließen, die stolze Brücke einzureißen.

Es war 1879 in Schottland. Die tief ins Land einschneidenden Fjorde Ost-Schottlands, der mächtige Firth of Forth und nördlich davon der kleinere Firth of Tay, wurden im Zeitalter der Eisenbahn und des Schnellverkehrs als starkes Verkehrshindernis empfunden. So begann man 1872 mit dem Bau der 3156 Meter langen Taybrücke bei Dundee. Fünf Jahre dauerten die Arbeiten, bis am 25. Mai 1877 die „Brück' am Tay" dem Verkehr übergeben werden konnte. Zweieinhalb Jahre lang ging der Eisenbahnverkehr ohne wesentliche Störungen über die Brücke hinweg. Bis zu jenem denkwürdigen Tag im Jahre 1879 . . .

Der Frühwinter des Jahres 1879/80 war ungewöhnlich streng; wochenlang herrschte im Dezember scharfe Kälte. Aber gleich nach dem Weihnachtsfest schlug das Wetter um: Vom Ozean zog ein Wirbelsturm heran und brachte in den letzten Tagen des Jahres überall Tauwetter. Dieser Sturm wurde der Brücke in abendlicher Dunkelheit zum Verhängnis.

Man kann nur Mutmaßungen anstellen über den eigentlichen Verlauf der Katastrophe. Niemand von den 200 Fahrgästen, die mit dem von Edinburgh kommenden Zuge über die Brücke fuhren, als diese vom Orkan in die Tiefe gerissen wurde, ist mit dem Leben davongekommen.

50 Jahre später, am 22. Juli 1930, fand die „Befreiungsfeier" am Deutschen Eck in Koblenz statt. Zehntausende nahmen an diesem Festakt teil, der einen tragischen Abschluß haben sollte. Ein großer Teil der Besucher nahm den Rückweg über eine Brücke. Es war eine Zugbrücke in Eisenkonstruktion, eine Art Notbrücke, die ungefähr zehn Meter lang und zwei Meter breit war, und die nur dem Fußgängerverkehr diente und jeweils von einer vorgeschriebenen Anzahl Benutzer nicht überschritten werden durfte. Nun hatte sich aber eine große Anzahl Schaulustiger zusammengefunden, um von der Brücke aus ein Feuerwerk zu beobachten.

Plötzlich, als sich die Menschen schon über die Brücke auch auf den Heimweg machten, krachte sie mit lautem Getöse zusammen. Etwa hundert Menschen, die sich auf der Brücke befanden, stürzten in das Wasser. Nur wenige, die sich bereits am Ausgang der Brücke befanden, konnten sich mit einem Sprung retten oder wurden durch andere Leute, die vom Ufer aus das entsetzliche Schauspiel beobachteten, aus dem Wasser gezogen.

Die Dunkelheit erschwerte Rettungsaktionen; die in den Fluten treibenden Menschen klammerten sich aneinander, die Reste der herabstürzenden Brücke erschlug viele Menschen. Insgesamt fanden bei dem Unglück 40 Menschen den Tod.

## Verkehrsunfall – auf Helgoland

Ein Verkehrsunfall, nicht eben selten auf Deutschlands Straßen. Der hier im Bild gezeigte Unfall ist allerdings eine Ausnahme: Das Unglück ereignete sich dort, wo es eigentlich keine Verkehrsunfälle geben dürfte, nämlich auf der Insel Helgoland. Bekanntlich gibt es auf Helgoland (fast) keine Kraftfahrzeuge, und daher war es eine kleine Sensation für Insulaner und Besucher, als ein Frontlader auf einer steilen Straße rückwärts rollte und in einen Hohlweg stürzte. Die Feuerwehr war – wie immer – schnell zur Stelle und brachte das Gerät wieder auf die „Beine".



Statistisch gesehen handelte es sich um den dritten Verkehrsunfall auf Helgoland überhaupt!

(Foto: von Arnim)

## Fundsachen

Eintracht herrschte bei zwei Autofahrern in München, als sie den Ort ihres nächtlichen Unfalls verlassen hatten: Zurück blieben auf einer Kreuzung ein ausgebrannter Sportwagen und eine völlig demolierte Limousine. Bisher konnte, so die Polizei, der Unfallhergang von einem TÜV-Gutachter lediglich rekonstruiert werden. Danach hat der Fahrer des Sportwagens die Vorfahrt mißachtet und ist mit der Limousine zusammengedrallt, gegen eine Ampelanlage geschleudert und anschließend wieder gegen den anderen Wagen zurückgeworfen worden. Von den beiden Fahrern fehlte zunächst jede Spur.

(Deutsche Presse-Agentur)

„Darüber bekäme man Haarausfall, wenn man ihn nicht schon hatte." (Worte des Kölner Oberstadtdirektors Kurt Rossa, seines Zeichens Glatzenträger, über die Versäumnisse im Zivilschutz.

(„Kölner Stadtanzeiger" vom 3./4. September 1983)

# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Oktober  
10/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Es gilt, die Scheu zu überwinden“ 8  
Parl. Staatssekretär Spranger stattete dem Bundesamt für Zivilschutz und der Katastrophenschutzschule des Bundes einen Informationsbesuch ab.

„Interesse an der Jugend ist Grundlage für die Bildungsarbeit“ 9  
Alle Hilfsorganisationen betreiben eine rege Jugendarbeit: Von der Ausbildung bis zum Zeltlager.

„Innenminister Dr. Günther: Feuerschutzsteuer nicht antasten“ 13  
Zur Eröffnung der 7. Brandschutzwoche setzte sich der Vorsitzende der Innenministerkonferenz für die Beibehaltung der Feuerschutzsteuer ein.

„Irrsinnig, einfach irrsinnig!“ 16  
Spanien-Urlaub 1983: Wenn der Traumurlaub zum Alptraum wird – mitten in der Katastrophe.

„Der in Not geratene Mensch hat ein Anrecht auf Hilfe“ 20  
Ethik ärztlichen Handelns in der Katastrophe

„Innenminister Dr. Möcklinghoff: Militärische Verteidigung ist ohne Zivilschutz absurd“ 24  
Niedersächsischer Innenminister sprach anläßlich eines BVS-Seminars.

„Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen“ 44

„Millionen Menschen brauchen Hilfe, um sich selbst zu helfen“ 45  
Bericht eines DRK-Mitarbeiters aus Pakistan.

„Nicht resignieren bei der Lehrstellensuche“ 47  
ASB interviewte den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Stingl.

„Immer wieder: Polenhilfe der JUH“ 49

„Kenntnisse in Theorie und Praxis auf dem Prüfstand“ 51  
4. Bundesleistungswettbewerb der MHD-Sanitätsgruppen.

„Sehr hohes musikalisches Niveau bewiesen“ 53  
4. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehren.

„DLRG stellte Motorrettungsboot Lahndler in den Dienst“ 57

„Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.



## Umschau

### PCB sollen verboten werden

Polychlorierte Biphenyle (PCB) sollen künftig in dem Hauptanwendungsbereich der elektrotechnischen Geräte (Transformatoren, Kondensatoren) nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann hat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, die ein Verbot vorsieht, PCB für die genannten Zwecke in den Verkehr zu bringen. Der Bundesinnenminister fordert die Kommission auf, unverzüglich auf der Basis des vorgelegten Verordnungsentwurfs den Vorschlag für eine EG-weite Verbotregelung vorzulegen.

PCB bauen sich – wenn sie in die Umwelt gelangen – nur langsam ab. Sie können chronische Gesundheitsschäden, insbesondere der inneren Organe, verursachen. Zimmermann begrüßt deshalb, daß der einzige deutsche PCB-Hersteller bereits die Einstellung der Produktion verbindlich zugesagt hat und Hersteller und Anwender von PCB aufgrund einer mit ihm getroffenen Vereinbarung noch in diesem Jahr ein Konzept für die zügige Ersetzung und Entsorgung von PCB in bestehenden elektrischen Anlagen vorlegen werden.

Die SPD wird auch einen Antrag in den Bundestag einbringen: Die Sozialdemokraten wollen ein Verbot der Kühl-Chemikalie Clophen sowie des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels 2, 4, 5-T erreichen. Begründet wird der Antrag mit den jüngsten Transformatorenbränden bei der Bundesbahn im Frankfurter Gebiet.

### Neues Glatteis-Warnsystem

Um Unfallgefahren bei entstehendem Glatteis zu vermindern, wurde ein neues Glatteis-Warnsystem entwickelt: Über die Stromversorgung der Notruftelefone der Stiftung Björn Steiger e.V. wird durch Feuchtigkeits- und Temperatur-



messungen ein beleuchtetes Glatteis-Warnschild mit elektrischen Blinkimpulsen versorgt, um die Verkehrsteilnehmer rechtzeitig zu warnen. Nachdem zweijährige Langzeitlaborversuche abgeschlossen sind, hat die Stiftung den Verkehrsminister von Baden-Württemberg gebeten, einen Feldversuch an der Bundesstraße 14 zwischen Winnenden und Fellbach zu genehmigen, um das System im praktischen Versuch unter normalen Verkehrsbedingungen abschließend zu erproben.

(Foto: Björn Steiger Stiftung)

### Erdbeben auf der Schwäbischen Alb

Mitte September bebte wieder einmal die Schwäbische Alb: In den frühen Morgenstunden des 15. September wurde im Raum Albstadt (Zollernalbkreis) ein Erdstoß der Stärke 3,0 auf der nach oben offenen Richterskala registriert.

Nach Angaben der Behörden wurden dabei keine Menschen verletzt, auch wurden keinerlei Gebäudeschäden registriert. Bereits am Sonntag zuvor erschreckte ein Beben der Stärke 3,5 die Bevölkerung.

### Bonn hilft Libanon- und Tschad-Opfern

Aus ihrem Fonds für Humanitäre Hilfe hat die Bundesregierung 800 000 Mark zur Linderung der schlimmsten Not unter der Zivilbevölkerung im Libanon dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz überwiesen. Damit sind, wie Karl-Theodor Paschke, Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn mitteilte, in die-

sem Jahr bereits 1,3 Millionen Mark bereitgestellt worden.

Für die vom Krieg betroffene Bevölkerung des Tschad hat die Bundesregierung in diesem Jahr 700 000 Mark bereitgestellt. Etwa die Hälfte davon ging an das Komitee Notärzte, das unter anderem ein Hospital im Tschad betreibt. Dies teilte Jürgen Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt mit. Nach seinen Angaben ist die Bundesregierung bereit, dem Internationalen Roten Kreuz eine größere Zuwendung für ein Hilfsprogramm zu gewähren, das gegenwärtig ausgearbeitet wird.

Einen Spendenappell an die Regierungen und die nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften richtete das Internationale Komitee vom Roten Kreuz: Zur Hilfe für 105 000 Menschen im Libanon, die wegen der gegenwärtigen Kämpfe ihre Dörfer verlassen mußten, werden dringend zwölf Millionen Schweizer Franken, das sind fast 15 Millionen Mark, gebraucht. Insgesamt haben die Beauftragten des Komitees im Libanon während der Kämpfe 87 000 Menschen als Flüchtlinge registriert. Ihnen fehle es – so ließen die Beauftragten wissen – vor allem an Wasser, Decken und Lebensmitteln.

### Knapp an der Katastrophe vorbei

Nur dem trockenen Wetter ist es zu verdanken, daß eine Katastrophe verhindert wurde: Ein mit 25 Tonnen Chemikalien



beladener Lastwagen stürzte auf der Autobahn Kassel-Hannover bei Bockenem um, wobei mehrere Fässer mit pulverförmigen, hochgiftigen Zyaniden zu Bruch gingen. Durch das trockene Wetter weitete sich der Unfall zu keinem Giftgasunglück aus. Bei Regen oder hoher Luftfeuchtigkeit hätten sich in Verbindung mit dem Zyanid giftige Blausäuregase entwickeln können. Feuerwehrleute mit Schutzanzügen und Atemschutzgeräten, Polizeibeamte und Umweltschutzexperten mehrerer Behörden räumten die Unfallstelle. (Foto: dpa)

## Über hundert Waldbrände in Kanada

Mehr als hundert Waldbrände wüteten in den kanadischen Provinzen Ontario und Manitoba und trieben über tausend Indianer, Holzfäller und Camper in die Flucht. Wegen der aussichtslosen Lage, die Brände bei dem trockenheißen Wetter löschen zu können, beschränkten sich die Behörden auf den Schutz menschlicher Siedlungen und auf Evakuierungen. Die drei größten Waldbrände umfaßten eine Fläche von über 115 000 Hektar, insgesamt sind mehr als 200 000 Hektar Wald zerstört. Offizieller Notstand herrschte in einem Gebiet von 11 000 Quadratkilometern nahe der transkanadischen Autostraße; die Feuerwehr war machtlos gegen eine Feuerwalze von 80 Kilometern Breite, die vor allem Indianerreservationen bedrohte.

24 Hubschrauber, sechs schwere Wasserbomber und 13 andere Flugzeuge waren von den Behörden eingesetzt worden. Aber wegen der Rauchentwicklung hatten die Helfer größte Schwierigkeiten.

Tausend Urlauber flohen aus dem Nopiming-Provinzpark, 400 Indianer aus der Grassy-Narrows-Indianerreservierung wurden mit Bussen zu einer ehemaligen Militärbasis gebracht. Andere Indianer retteten sich auf eine Insel und warteten dort auf Rettungshubschrauber.

Die Behörden führen die Brände im übrigen auf Blitzschlag zurück.

## Täglich 30 Erdstöße in Pozzuoli

Panik bei den 55 000 Einwohnern der italienischen Stadt Pozzuoli, 13 Kilometer westlich von Neapel: Rund 30 leichte Erdstöße täglich versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Obwohl Experten ständig versichern, ein schweres Erdbeben sei nicht zu befürchten, verbringt etwa die Hälfte der Einwohner die Nächte im Freien.

In Pozzuoli ist seit Monaten ein Phänomen in Gang, das Fachleute mit dem Wort „Bradisismo“, Strandverschiebung, bezeichnen. Seit Juli 1982 hat sich der Küstenstreifen der Stadt, aus dessen Hafen die Fähren nach Ischia abfahren, durch Hunderte von Erdstößen um 78 Zentimeter angehoben. Zwar wurden Menschen dabei nicht verletzt, jedoch entstanden an vielen Gebäuden Risse.

Nach Ansicht der Fachleute wird der „Bradisismo“ erst bei 400 täglichen Erdstößen gefährlich. Bei dem stärksten

Beben, das registriert wurde, fielen Strom- und Telefonnetze für zehn Minuten aus. Die Behörden forderten Zelte und Wohnwagen für die Menschen an, die Angst haben, in ihren Häusern zu schlafen.

## THW half nach Bombenexplosion

Erheblichen Schaden richtete eine Bombenexplosion in Göttingen an: Die vermutlich von Terroristen gelegte Bombe



hat ein Geschäftshaus am Rande der Innenstadt total verwüstet; Menschen kamen nicht zu Schaden. Mehrere Arztpraxen, ein Restaurant und Büroräume in dem Haus sind nicht mehr zu benutzen. Die Bombe riß in den Boden der Praxis eines Nervenarztes ein Loch. Die Detonationswelle drückte zwei Fenster des gegenüberliegenden Zimmers samt darunter liegender Wand heraus. Steine flogen meterweit auf die Straße, zerkümmerten zwei Schaufenster eines



Modegeschäfts. Ein auf der Straße geparkter Pkw wurde demoliert.

Sofort wurden die Helfer des Technischen Hilfswerks Göttingen benachrichtigt, die das Haus außen und innen so abstützten, daß Kriminalbeamte bis zum Bombentrichter gelangen konnten.

Die Fotos zeigen eine zerstörte Arztpraxis nach der Bombenexplosion und die Helfer des THW bei den Abstützarbeiten.

(Fotos: Karlheinz Otto)

## U-Bahn-Brand in München

Sofort die höchste Alarmstufe wurde von der Feuerwehr ausgelöst, als ein Schmelbrand in einem leeren Triebwagen der Münchner U-Bahn unter dem Königsplatz gemeldet wurde.

Nach ersten Schätzungen der Feuerwehr beträgt der Sachschaden mehrere Millionen Mark. Für einige Stunden war der U-Bahn-Verkehr im Bereich des Unfalls blockiert. Zum Teil durch herabfallende Trümmer wurden bei den Löscharbeiten fünf Feuerwehrmänner verletzt, zwei Passanten erlitten Rauchvergiftungen. Die Polizei ermittelte als Brandursache einen technischen Defekt in der elektrischen Anlage.

Das Feuer wurde entdeckt, nachdem aus vielen U-Bahn-Aufgängen dichter Qualm drang. Sofort suchten die Rettungstrupps nach Passanten und Fahrgästen. Durch die Hitze platzte in der Tunnelröhre im Bereich eines Abstellgleises der Deckenbeton bis zur Armierung ab.

## VI. Feuerwehrsternfahrt

Die Einladung zur VI. Feuerwehrsternfahrt geht an alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, Betriebs- und Berufsfeuerwehren sowie an die Flugplatzfeuerwehren. Ziel der Internationalen Sternfahrt, die vom 31. Mai bis zum 3. Juni 1984 stattfindet, ist der Kurort Krumpendorf am Wörther See in Kärnten. Neben Fachinformationen stehen sportliche Wettkämpfe, Leistungswettbewerbe, eine Geräteschau sowie auch kameradschaftliche Veranstaltungen im Programm der Sternfahrt, die zum ersten Male 1975 durchgeführt wurde.

Bislang sind schon Anmeldungen aus zwölf Nationen beim Organisationskomitee eingegangen. Wer sich anmelden möchte, wende sich an die Freiwillige Feuerwehr Krumpendorf, Hauptstraße 169, A-9201 Krumpendorf, Österreich.

## 16600 Elektrosirenen in NRW

In einer Übersicht, die der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat, werden die Einrichtungen des Warndienstes im Land verdeutlicht. So gibt es in NRW insgesamt 16600 Elektrosirenen, davon sind rund 16000 an das Warnnetz angeschlossen. Im Endausbau sind rund 20000 erforderlich. Aufgebaute Hochleistungssirenen gibt es 31.

Elektrosirenen werden wie folgt auf die Regierungsbezirke aufgeteilt: Arnsberg: 4561 errichtet, 4338 an das Warnnetz angeschlossen, weiterer Bedarf von 361; Detmold: 2739 errichtet, 2632 an das Warnnetz angeschlossen, weiterer Bedarf von 89; Düsseldorf: 3733 errichtet, 3665 an das Warnnetz angeschlossen, weiterer Bedarf von 755; Köln: 3077 errichtet, 2833 an das Warnnetz angeschlossen, weiterer Bedarf von 1636; Münster: 2490 errichtet, 2388 an das Warnnetz angeschlossen, weiterer Bedarf von 327.

Hochleistungssirenen gibt es im Regierungsbezirk Arnsberg acht, Regierungsbezirk Düsseldorf zwölf und im Regierungsbezirk Köln elf.

## „Gasexplosion – Menschen verschüttet!“

Die Suchhundestaffeln des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) Mittelbaden und Mittelschwaben veranstalteten vom 6. bis 12. August 1983 einen internationalen Ausbildungs- und Einsatzkursus für Rettungshundeführer an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Dieses Ausbildungslager fand unter dem Patronat des Internationalen Rettungshundverbandes (IRDA) statt, dessen Präsident der Österreicher Gerhard Dlapal ist.

Die BRK-Rettungshundestaffel vertraten Jörg Böhrer, Brigitte Schuh, Norbert Bretzger und Erhard Albert. Außerdem kamen Hundeführer aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich. In diesem Lehrgang war auch eine Nachtübung mit einem mehrstündigen Gepäckmarsch durch unwegsames Gelände enthalten. Die Unterrichtsthemen umfaßten neben der praktischen Arbeit auf der Fährte, der Vermißten- und der Trümmersuche auch Erste Hilfe, Theorie der Nasenarbeit, Kartenkunde sowie Erdbeben- und Baukunde.

Am Kursusende nahmen alle Hundeführer an einer Prüfung teil, die sich aus einem theoretischen und zwei praktischen Abschnitten zusammensetzte. Bei



der theoretischen Prüfung mußte der Hundeführer seine Kenntnisse, die er sich in der Woche erworben hatte, unter Beweis stellen. Die praktische Prüfung, die der Leistungsrichter Otmar Vogel aus Ansbach abnahm, umfaßte Trümmer- und Flächensuche. Bei der Flächensuche mußte ein ca. 25000 qm großes Gelände, in dem zwei vermißte Personen aufzufinden waren, abgesucht werden. Hierbei wurden das Sozialverhalten, die Lenkbarkeit und der Suchwille des Hundes beobachtet und bewertet. Bei der Trümmersuche wurde ein Haus einsturz infolge einer Gasexplosion angenommen. Die unter den Trümmern verschütteten Personen mußte der Hund innerhalb von zehn Minuten auffinden. Dies wurde dem Hund durch Verleitungen, Störgeräusche und andere Geräusche erschwert. Unser Foto zeigt ein österreichisches Team, das sich durch schwieriges Trümmergelände zu einem „Verschütteten“ durchkämpfte.

## Prof. Dr. John neuer Präsident der DLRG

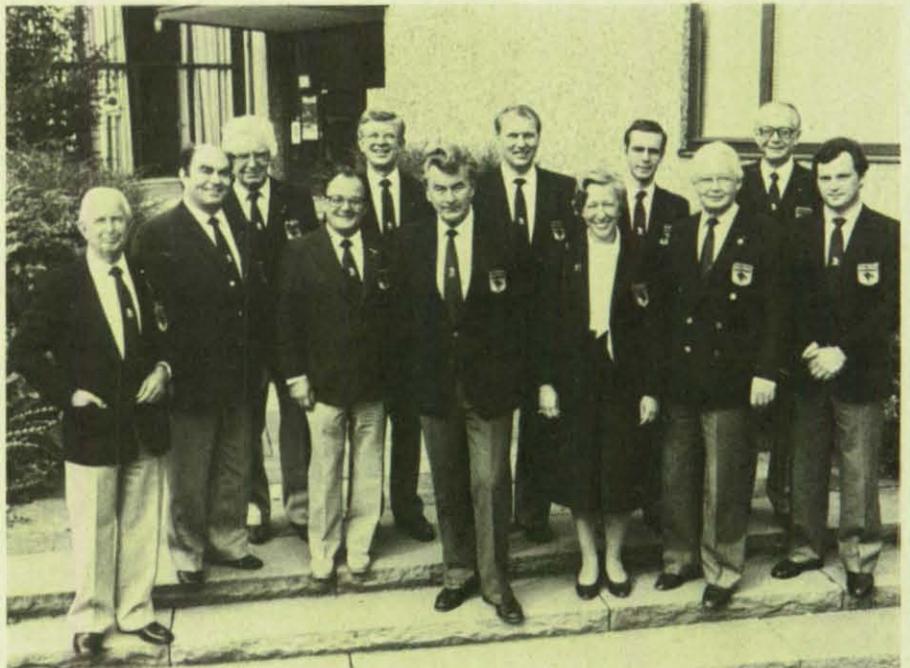
Mit der Wahl eines neuen Präsidiums endete am 2. Oktober 1983 die alle drei Jahre stattfindende Bundestagung der

Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG). Neuer Präsident der DLRG wurde Prof. Dr. Siegfried John, Berlin. Der bisherige Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz, Saarbrücken, wurde zum Ehrenpräsidenten der DLRG berufen.

Anläßlich einer Kundgebung, zu der über 1000 Rettungsschwimmer aus dem gesamten Bundesgebiet mit ihren Einsatzfahrzeugen nach Bonn angereist waren, würdigten zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens Aufgaben und Arbeit der DLRG. So versicherte Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, daß man der DLRG auch bei schwieriger Situation der öffentlichen Kassen helfen wolle, soweit dies nur möglich sei.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, wies darauf hin, daß die 450000 Mitglieder der DLRG ein gutes Beispiel dafür seien, was Bürgersinn heiße und was die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, bewirken könne. Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer, erklärte mit Blickrichtung auf die Kommunen, daß man die Arbeit der DLRG für Staat und Gesellschaft nicht als segenreich kennzeichnen dürfe, wenn man von ihr im gleichen Atemzuge eine Gebühr für die Benutzung der öffentlichen Bäder verlange.

Im Rahmen der Bundestagung traf die DLRG wesentliche Entscheidungen für ihre Arbeit in den nächsten drei Jahren. Die Delegierten untermauerten erneut den Anspruch der DLRG nach bundesweiter Mitwirkung im erweiterten Katastrophenschutz und forderten in einer Resolution die Kommunen auf, die Nutzungsmöglichkeiten von Schwimmbä-



den aufgrund finanzieller Erwägungen nicht weiter einzuschränken. Man sei auch weiterhin bereit, die Träger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Richtlinien für den Einsatz von Rettungsschwimmern in öffentlichen Bädern zu unterstützen.

Die Neuwahl des DLRG-Präsidenten ergab für die kommenden drei Jahre folgende Zusammensetzung:

Präsident: Prof. Dr. Siegfried John, Berlin; Vizepräsident: Richard Winkels, Warendorf; Vizepräsident: Hans-Joachim Bartholdt, Hann.-Münden; Schatzmeister: Joachim Praßer, Essen; Technischer Leiter: Dr. Klaus Wilkens, Adendorf; Arzt: Dr. Armin Wandel, Schwangau; Leiter der Öffentlichkeitsarbeit: Bernd Schäfer, Siegen; Justitiarin: Senta Fricke, Krefeld; Vorsitzender der DLRG-Jugend: Jürgen Illing, Frankfurt.

Zu Ehrenmitgliedern des DLRG-Präsidiums wurden Ehrenpräsident Prof. Dr. J. N. Schmitz, Saarbrücken, sowie der bisherige Vizepräsident Klaus Bartnitzke, Flensburg, berufen.

(Foto: Munker)

### **Spranger: Zivilschutz hat große Lücken**

Gegen die irreführende Darstellung, Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung gegen Kriegseinwirkung seien eine „Art Vorbereitung auf den Krieg“, hat sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, gewandt. Bei einer internationalen Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Hamburg über „Zivilschutz in der öffentlichen Meinung“ meinte Spranger, die Verteidigungspolitik des Staates als Ganzes, in der der Schutz der Bevölkerung ein Teil sein müsse, sei sinnvoll, vernünftig und ethisch gerechtfertigt.

Spranger erklärte jedoch, daß der Zivilschutz in der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern große Lücken habe. Besonders beim Bau von Schutzräumen sei die Bundesrepublik ein „Entwicklungsland“.

### **Zivilschutz-Einheiten aus acht Ostblock-Staaten üben**

Wie die Nachrichtenagentur Reuter Ende September berichtete, haben Einheiten des Zivilschutzes aus acht Ostblock-Staaten in Ungarn eine einwöchige Übung abgehalten. Die Verbände kamen aus der UdSSR, Ungarn, Polen, Rumä-

nien, der Tschechoslowakei, der DDR und der Mongolei. Der Übung soll die Annahme zugrunde gelegen haben, daß sich Erdbeben, Eisenbahn- und Verkehrsunfälle, Brände und Massenunfälle ereignet hätten.

### **Abgeordnete informierten sich über ARKAT-SH**

In Neumünster informierten sich Bundestagsabgeordneter Horst Jungmann und Landtagsabgeordneter Rudolf Johna (beide SPD) über die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein e.V. (ARKAT-SH).

Die beiden Abgeordneten äußerten sich anerkennend über die von der ARKAT geleistete Arbeit. Insbesondere begrüßten sie die in einem Gesetzentwurf der ARKAT geforderte Schutzraumbaupflicht und die Möglichkeit des Einsatzes von Zivilschutz Helfern für Aufgaben des Umweltschutzes.

MdB Jungmann und MdL Johna sprachen sich im übrigen gegen eine Auflösung der Regieeinheiten aus.

### **Keine „eingebaute“ Vorfahrt**

Auch Rettungswagen im Einsatz dürfen nicht ohne weiteres bei Rot über eine Kreuzung brausen. Nach einem vom ADAC veröffentlichten Urteil des AG Köln (VRS 64, 411; 266 C 180/82) ist auch für die Fahrer von Sonderrechtsfahrzeugen im Einsatz oberstes Gebot, andere Verkehrsteilnehmer nicht zu gefährden oder zu schädigen.

Die Kölner Richter sprachen daher dem Fahrer eines Rettungswagens, der mit Rotlicht und Martinshorn mit 70 km/h über eine rote Ampel in eine Kreuzung eingefahren und dabei mit einem vorfahrtsberechtigten Fahrzeug zusammengestoßen war, zu 70 Prozent die Schuld zu. Nach Meinung des Gerichts ändere nämlich die Befreiung der Sonderrechtsfahrzeuge von den StVO-Pflichten nichts an der generellen Einhaltung der Verkehrsregeln, sondern schränke sie lediglich zu Gunsten der Einsatzfahrzeuge ein. Die allgemeine Sorgfaltspflicht des § 1 der Straßenverkehrsordnung, die besagt, daß andere Verkehrsteilnehmer nicht gefährdet oder geschädigt werden dürfen, sei weiterhin gültig. Folglich hätte der Rettungswagenfahrer beim Einfahren in die Kreuzung seine Geschwin-

digkeit reduzieren müssen, um sich zu vergewissern, ob er gefahrlos die Kreuzung überqueren könne.

### **Genscher empfing Alexandre Hay**

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Alexandre Hay, wurde von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu einem Gespräch über die enge Zusammenarbeit des IKRK mit der Bundesregierung empfangen. Genscher unterstrich die große Bedeutung der weltweiten humanitären Arbeit des IKRK und sagte weiterhin volle Unterstützung durch die Bundesregierung zu.

### **Kinder sind besonders gefährdet**

Im vergangenen Jahr verunglückten in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 52000 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr, dabei kamen 727 ums Leben. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, berichtete, erlitten 16762 Kinder bei den Unfällen schwere Verletzungen. Die meisten Kinder seien als Radfahrer oder Fußgänger verunglückt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der verunglückten Kinder im Straßenverkehr um 5,7 Prozent zurückgegangen.

Ärztlich behandelt werden müssen jährlich auch bis zu 150000 Kinder nach Giftunfällen im häuslichen Bereich. Diese erschreckende Zahl nannten die Giftnormalesenzenzen der Bundesrepublik. In Badezimmern sind die Kinder besonders den Gefahren ausgesetzt. Putzmittel, Haar- und Nagelhautentferner, Rasierklappen oder Glasflaschen gehören unbedingt unter Verschluss. Auch sollte darauf geachtet werden, daß die Verbraucher Behälter mit kindersicheren Verschlüssen kaufen. Statt im Bad sollte die Hausapotheke im Schlafzimmer aufbewahrt werden.

### **Negative Tendenz: Mehr Unfälle, mehr Tote, mehr Verletzte**

Die negative Tendenz der Unfallzahlen auf bundesdeutschen Straßen hat sich fortgesetzt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 3,9 Prozent mehr Unfälle mit 6,7 Prozent mehr Ver-

letzten und 3,8 Prozent mehr Toten als im selben Zeitraum des Vorjahres passiert. Die Zahl der Unfälle stieg auf rund 953000, 6593 Menschen verunglückten dabei tödlich, 278787 wurden schwer verletzt.

Auch im Bereich „Heim und Freizeit“ sind traurige Zahlen zu vermerken. So sind im vergangenen Jahr 7832 Bundesbürger bei Unfällen gestorben, rund zwei Millionen wurden schwer verletzt. 35 Prozent der Unfallopfer waren Jugendliche unter 14 Jahren.

### „Mehr als schöne Worte“ in Anwesenheit von Minister Möcklinghoff eröffnet

Der Niedersächsische Minister des Innern, Dr. Egbert Möcklinghoff, war Ehrengast bei der Eröffnung der Plakatausstellung des Bundesamtes für Zivilschutz „Mehr als schöne Worte“ am 18. August 1983 in der Kassenhalle der NORD/LB in Hannover. Die rund zweijährige Zusammenarbeit zwischen dem norddeutschen Kreditinstitut und dem THW-Landesverband Niedersachsen auf dem Ausstellungssektor erreichte damit gleichzeitig ihren vorläufigen Höhepunkt.

Eine stattliche Anzahl Gäste, vornehmlich aus dem Bereich der Katastrophenschutz-Organisationen sowie der zuständigen Behörden, waren der Einladung der NORD/LB zur Eröffnung gefolgt, die mit der Begrüßung durch Vorstandsmitglied Dr. Armin Curdt eingeleitet wurde.

Anschließend hielt BZS-Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb die Eröffnungsansprache, in der er auf die Pflicht seines Amtes hinwies, Veröffentlichungen des In- und Auslandes auf dem Gebiet des Zivilschutzes zu sammeln und auszuwerten. „Beinahe von selbst“ sei dann im Laufe der Jahre diese Plakatsammlung entstanden.

Kolb führte weiter aus, die Ausstellung sei hauptsächlich dem Zivilschutz und damit einer humanitären Aufgabe gewidmet. Sie solle den Betrachter nachdenklich stimmen und ihn aufgeschlossener machen für die vielfältigen Formen der Nächstenhilfe, die ihm durch die Plakate nahegebracht würden.

Auch Innenminister Dr. Möcklinghoff stellte den humanitären Grundgedanken der Ausstellung heraus und folgerte: „Wir neigen alle dazu, Not und Elend zu verdrängen und zu vergessen. Deshalb ist Erinnerung und Mahnung immer wieder nötig. Humanitäre Nächstenhilfe ist stets aktuell und förderungsbedürftig.“



Beim anschließenden Rundgang durch die 137 Plakate umfassende Ausstellung, die übrigens erstmals in einem Kreditinstitut gezeigt wurde, waren die Betrachter beeindruckt sowohl von der künstlerischen Qualität als auch von der starken Aussagekraft der grafischen Darstellungen, Fotos und Texte.

Unser Bild von der Eröffnung der Ausstellung zeigt (von links): Innenminister Dr. Möcklinghoff, BZS-Präsident Dr. Kolb und Vorstandsmitglied Dr. Curdt von der Nord/LB.

### Reservisten üben für den Katastrophenfall

Die Reservisten der Luftwaffen sanitätsstaffel in Köln-Wahn erhielten jüngst einen Einberufungsbescheid zu einer Wehrübung. Bei Dienstantritt stellten die Sanitätssoldaten der Reserve fest, daß diese Wehrübung nicht, wie sonst üblich, im Sanitätsbereich stattfand, sondern ein Hauptverbandplatz auf einem Truppenübungsplatz zu errichten war.

Die Luftwaffen sanitätsstaffel, bei der die Wehrübung stattfand, hat nicht nur für den Verteidigungsfall vorbereitet zu sein, sie muß auch in Friedenszeiten bei einem Katastrophenfall schnelle Hilfe leisten können. Für diesen Zweck kann ein komplettes kleines Krankenhaus mit eigener Strom- und Wasserversorgung, mit Küche, Operationsmöglichkeit und Krankenpflegestation in einer Zeltstadt errichtet werden. Das gesamte dazu benötigte Material wird ständig einsatzfähig gehalten, so daß innerhalb von sechs Stunden die mit diesem Material belade-

nen Kraftfahrzeuge zum Einsatzort in Marsch gesetzt werden können bzw. das Material per Lufttransport an den Einsatzort geflogen werden kann. Dort wird dann ein Hauptverbandplatz errichtet, dessen Aufbau nochmals acht Stunden in Anspruch nimmt.

Dann kann der Hauptverbandplatz in vollem Umfang arbeiten, d. h. es können am Ort des Geschehens auch operative und pflegerische Hilfen geleistet werden. Durch Unterricht, Vorführungen und Einweisungen wurden die Reservisten jetzt an oft schon Vergessenes, aber auch an viel Neues herangeführt. Im Laufe der Zeit hat sich doch manche Behandlungsmethode geändert oder neues, moderneres Gerät war der Truppe zugeführt worden. Dies galt es nun alles zu begreifen und für die praktische Arbeit zu verwerten.

An einem neblig-feuchten Morgen war es dann soweit: Übungsbeginn! Den Soldaten wurde die Lage erklärt: Bei einer angenommenen Notlandung eines Passagierflugzeuges auf einem Autobahnteilstück war das Flugzeug verunglückt.

Mit Massenankunft von Verletzten war zu rechnen.

Sofort wurden von den Sanitätssoldaten Suchtrupps gebildet, Verbandmaterial und Tragen wurden übernommen und der Hauptverbandplatz zur Aufnahme von Verletzten vorbereitet. Die Suchtrupps und 15 große Krankenkraftwagen rückten aus, und schon bald wurden die ersten „Verletzten“ gefunden. Jetzt konnten die Sanitätssoldaten der Reserve beweisen, was sie noch alles wußten. Fachmännisch wurden Erste Hilfe geleistet und die Transportfähigkeit her-



gestellt. Die Verletzten wurden zum Hauptverbandplatz gefahren und dort der ärztlichen Obhut übergeben (unsere Fotos).

Mittlerweile war auf einem nahegelegenen Flugplatz eine große Transportmaschine gelandet, um die Verletzten per

Lufttransport in geeignete Krankenhäuser zu fliegen. Auch hier wurden die Übenden wieder gefordert, mußten doch das Flugzeug für die Aufnahme von Tragen umgerüstet und die Verletzten möglichst schonend verladen werden.

Die Übung bewies, daß nach kurzer Ein-

weisung von den Reservisten ein hohes Niveau an Können erreicht wird. Obwohl die Reservisten teilweise schon länger aus dem aktiven Sanitätsdienst ausgeschieden waren, zeigten sie einen hohen Wissensstand und viel Einsatzbereitschaft.

### Zug entgleist: Millionenschaden

Für rund 24 Stunden mußte die Strecke München-Würzburg-Fulda-Hannover gesperrt werden, weil Reparaturarbeiten so lange andauerten: Zwölf Waggons ei-

nes Güterzuges, mit Sattelschleppern und Containern beladen, waren im Bahnhof Vollmerz entgleist. Während der Reparaturarbeiten wurde der Perso-

nenzugverkehr weiträumig umgeleitet. Der Schaden beträgt über ein Million Mark.

(Foto: dpa)



Parlamentarischer Staatssekretär  
Karl-Dieter Spranger:

## „Es gilt, die Scheu zu überwinden“

Informationsbesuch im  
Bundesamt für Zivilschutz  
und in der Katastrophenschutzschule des Bundes

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Karl-Dieter Spranger, stattete dem Bundesamt für Zivilschutz (BZS) einen ersten Besuch ab, um sich über aktuelle Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes zu informieren. Der Staatssekretär wurde begleitet von Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler und Ministerialdirigent Alfred Dimpker.

Im Vordergrund des Gespräches mit dem Präsidenten des BZS, Dr. Paul Wilhelm Kolb, Vizepräsident Hermann Ahrens, den Abteilungsleitern, Vertretern der Personalvertretungen und Schwerbeschädigten stand auch die Frage, wie der Leistungsstandard trotz angespannter Personal- und Haushaltslage erhalten oder durch organisatorische Maßnahmen verbessert werden kann.

Nachdem Staatssekretär Spranger sich in einer kurzen Ansprache vor den Bediensteten zur Situation des Zivilschutzes geäußert hatte, besuchte er die Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Hier hatte er Gelegenheit, sich einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit dieser zentralen Ausbildungsstätte zu verschaffen.

Bei der Besichtigung der KSB ergab sich auch ein kurzes Gespräch mit dem Landrat des Kreises Merzig-Wadern, Kurt-Matthias Linius, der mit den Mitgliedern seines Katastrophenstabes gerade einen Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe B – absolvierte.

Die Ansprache des Staatssekretärs vor den Bediensteten des BZS folgt im Wortlaut:

„Ich bin gern zu Ihnen gekommen, um ‚vor Ort‘ mehr über die Arbeit des Bundesamtes für Zivilschutz zu erfahren und ich freue mich, Ihnen auch die Grüße des Bundesinnenministers Herrn Dr. Zimmermann überbringen zu dürfen.

In den vergangenen Jahren habe ich mich intensiv für die CDU/CSU-Fraktion und seit Oktober 1982 als Parlamentarischer Staatssekretär mit Fragen des Zivilschutzes befaßt und immer wieder auf die Bedeutung des Zivilschutzes hingewiesen und sie begründet. Tragender Gesichtspunkt war dabei für mich der humanitäre Aspekt dieser im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtigen Aufgabe. Dieses humanitäre Gebot, für den Schutz der Bürger zu sorgen, ist und bleibt auch weiterhin der entscheidende Leitgedanke für den Zivilschutz. Wenn wir bedenken, daß wesentliche Teile des Zivilschutzes von den humanitären Organisationen und ihren freiwilligen Helfern übernommen worden sind, so wird auch insoweit das unzerstörbare Band zwischen humanitären Pflichten und Zivilschutz deutlich.

In der heutigen Zeit, in der wir eine noch nie dagewesene breite, leider – wie aus dem Bereich der sogenannten ‚Friedensbewegung‘ – oft irrational und emotional geführte Diskussion über Sicherheitspolitik erleben, gilt es allerdings, einen weiteren Aspekt des Zivilschutzes stärker als bisher zu betonen. Ich meine das oft übersehene Faktum, daß Zivilschutz auch zur Sicherung des Friedens beiträgt. Die den Frieden sichernde Funktion der Abschreckung eines Gegners erfordert ganz sicher eine ausreichende militärische Verteidigungsfähigkeit. Dazu gehören – gerade in unserer geographischen Lage und in unserem dichtbesiedelten Land – zwingend auch Maßnahmen des Zivilschutzes. Wie sollen hier die Soldaten ihren Verteidigungsauftrag erfüllen können, wenn nicht eine angemessene Vorsorge für das Überleben der Zivilbevölkerung und damit auch für die Angehörigen der Soldaten getroffen wird? Zivilschutz ist also keine ‚passive Kriegsvorbereitung‘ – wie völlig zu unrecht behauptet wurde – sondern eine praktizierte Humanität, weil sie mit den Frieden und unsere Freiheit, unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und die Menschenrechte sichert. Eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft und damit eine glaubwürdige Abschreckung erfordern Maßnahmen der militärischen und der zivilen Verteidigung.

Ich habe in der Vergangenheit wiederholt kritisch zum Stand des Zivilschutzes Stellung nehmen müssen. Die jetzigen Überlegungen zur Fortentwicklung des Zivilschutzes werden natürlich stark belastet durch die bekannte sehr schlechte Haushaltssituation des Bundes, durch unsere großen Probleme im Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Es hat keinen Zweck, vor dieser Tatsache die Augen zu schließen. Gleichwohl bedeutet dieses nicht Stillstand im Zivilschutz. Wir werden mit Nachdruck das Engagement der freiwilligen Helfer und ihrer humanitären Organisation fördern. Dies ist durch staatliche Organisation niemals zu ersetzen.

Dies bedeutet zum Beispiel, daß wir nicht nur das sogenannte Konsolidierungsprogramm für den erweiterten Katastrophenschutz, mit dem die Ausstattungslücken geschlossen und die Ersatzbeschaffungen gesichert werden sollen, fortführen werden. Vielmehr werden wir auch dafür Sorge tragen, daß die bisher unzureichenden Mittel für den laufenden Betrieb, insbesondere für die Ausbildung, erhöht werden. Auch das schwierigste und wichtigste Thema im Zivilschutz, der Schutzraumbau, wird aus unseren Überlegungen nicht ausgeklammert bleiben. Hier gilt es, die Selbstverantwortung des Bürgers stärker als bisher in das volle Bewußtsein der Öffentlichkeit und aller politisch Verantwortlichen zu rücken. Wir werden uns aber stets an dem zu messen haben, was in anderen Demokratien Westeuropas, wie z. B. in Dänemark oder der Schweiz beispielhaftes von Staat und Bürgern geleistet worden ist.

Wir müssen in allen Bereichen des Zivilschutzes kritisch überdenken, ob wir unsere finanziellen Mittel noch effektiver als bisher einsetzen können. Dazu gehört auch die Prüfung, ob und wo wir Verwaltungsarbeit vereinfachen können. Zivilschutz ist eine Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger. Der Staat darf sich seinen Pflichten nicht entziehen, aber ohne die Bereitschaft der Bürger, den Zivilschutz als eine Notwendigkeit zu akzeptieren, müssen alle staatlichen Anstrengungen ein fragwürdiges Stückwerk bleiben.

Es gilt, die bei vielen Mitbürgern noch vorhandene Scheu, sich mit dem Zivilschutz zu beschäftigen, zu überwinden. Gegen die Verdrängung dieses Themas aus ihrem Bewußtsein müssen wir angehen.

Dieses hat nichts damit zu tun, daß wir etwa mit einem Krieg in Mitteleuropa rechnen müßten. Wer sein Haus gegen Brand versichert, glaubt deswegen noch lange nicht, daß es morgen abbrennen wird. Und kein Passagierdampfer verzichtet auf Rettungsboote in der Annahme, es gäbe keine Sturmgefahr.

Da es aber leider noch keine Garantie für einen ewigen Frieden gibt, der uns die Freiheit erhält, müssen wir etwas tun zur Sicherung von Frieden und Freiheit und dafür, daß unsere Mitbürger im Falle eines bewaffneten Konfliktes eine Überlebenschance haben.

Sie, meine Damen und Herren, haben wichtige Aufgaben im Zivilschutz zu erfüllen. Sie werden auch zukünftig mit der Anerkennung und wirksamen Förderung Ihrer Arbeit im Dienste der Mitmenschen durch den Bundesminister des Innern und durch mich rechnen können. Packen wir gemeinsam die Aufgabe einer weiteren Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes an!“

Dorothee Boeken

Alle Hilfsorganisationen betreiben rege Jugendarbeit

# Interesse an der Jugend ist Grundlage für die Bildungsarbeit

Aktivitäten reichen von der Ausbildung bis hin zum Zeltlager

Jugendarbeit ist Bildungsarbeit. Mit der Jugendarbeit sollen Gemeinschaftsgefühle gefördert und das Verständnis füreinander entwickelt werden. Organisationen, Vereine und Verbände betreiben Jugendarbeit, um nicht zuletzt auch den eigenen Nachwuchs für die jeweiligen Aufgaben oder Interessen heranzuziehen.

Die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen haben alleamt Jugendgruppen, die sich durch rege Aktivitäten auszeichnen. Das „Zivilschutz-Magazin“ gibt nachfolgend einen kleinen Einblick in die einzelnen Jugendorganisationen, um aufzuzeigen, was mit der Jugendarbeit erreicht werden soll und von welchen Gedanken oder Motiven sie getragen wird.

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), der Malteser-Hilfsdienst (MHD) sowie die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) und das Technische Hilfswerk (THW) – sie alle pflegen die Jugendarbeit. Was geschieht in den einzelnen Gruppierungen?

## Die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF)

Nicht etwa wegen Nachwuchsmangels initiiert, sondern aus dem Interesse der Jugend an der Feuerwehr sind die Jugendfeuerwehren genauso wie die Feuerwehr selbst vor über hundert Jahren gewachsen. Die offizielle Gründung der „Deutschen Jugendfeuerwehr im DFV“ erfolgte am 31. Oktober 1964 in Berlin. Aber schon viele Jahrzehnte vorher gab es in Deutschland Jugendfeuerwehren, die erste wurde bereits 1882 in Oevenum auf Föhr gegründet.

Als „freiwilliger Zusammenschluß von Jugendlichen, die ihr Jugendleben als selbständige Jugendgruppe innerhalb der Feuerwehr gestalten“ (Zitat aus „DFV-Arbeitsmappe“) befaßt sich die Jugendfeuerwehr mit feuerwehrtechnischer Ausbildung und freier Jugendarbeit. Die zwölf- bis 17jährigen Mitglieder haben in der Deutschen Jugendfeuerwehr als eigene Organe den Jugendfeuerwehrtag, den Jugendfeuerwehr-Ausschuß und den Bundesju-

**Zwölf- bis 17jährige Mitglieder sind in der Jugendfeuerwehr. Im Bild eine Jugendfeuerwehrgruppe aus Eschbach.**



gendleiter. Der Jugendfeuerwehrtag setzt sich zusammen aus den Delegierten, die von den Landes-Jugendfeuerwehrtagen gewählt werden. Hinzu kommen die Mitglieder des Jugendfeuerwehr-Ausschusses. Der Jugendfeuerwehrtag ist Beschlußorgan der Deutschen Jugendfeuerwehr, tritt im Turnus von zwei Jahren zusammen und wählt den Bundesjugendleiter.

Neben der feuerwehrtechnischen Ausbildung werden Geselligkeit, Kameradschaft, Solidarität, Abenteuer und Kontakte zu Gleichgesinnten großgeschrieben in der Jugendfeuerwehr.

In der Jugendfeuerwehr im Kölner Stadtteil Porz haben sich rund 60 Mitglieder, darunter auch einige Mädchen, zusammengefunden. Sie treffen sich einmal in der Wo-

che für drei Stunden im Schulungsraum der Feuerwache, wo sie von Abend zu Abend einen anderen Schwerpunkt setzen: Mal steht die feuerwehrtechnische Ausbildung im Mittelpunkt des Abends, mal politische Bildung, Spielabend, Arbeitsgruppe, Gespräch, Bastelgruppe oder Sport.

Einmal im Jahr geht es auf große Fahrt: Meist reisen die Porzer für drei Wochen mit eigenen Zelten nach Luxemburg. Dahin nämlich führt eine Partnerschaft zwischen einer Jugendfeuerwehr aus Luxemburg und der aus Porz.

Bei der feuerwehrtechnischen Ausbildung eignen sich die Jugendlichen in Übungen und theoretischem Unterricht die handwerklichen Fähigkeiten an und erfahren

**Auch sportliche Aktivitäten werden bei der Jugendfeuerwehr groß geschrieben.**



zugleich alles Wissenswerte über die Feuerwehr. Laut „DFV-Arbeitsmappe“ werden folgende Ziele für die Jugendfeuerwehrarbeit gesetzt: Hilfsbereitschaft; Erziehung zu demokratischem Bewußtsein und der Beteiligung an demokratischen Prozessen; Gleichberechtigung; Mitverantwortung und solidarisches Eintreten; Distanz- und Kritikfähigkeit; Ausdauer; Konzentrationsfähigkeit und Reaktionsvermögen; Fairneß und Toleranz; Kontrolle eigener Emotionen und Friedensbereitschaft. „Die Ziele sind nicht festgelegt auf ein ganz bestimmtes Interesse, sondern sollen dem Jugendlichen helfen, sich in seinem Leben zurechtzufinden.“

## Die Malteser-Jugend

Über 25 Jahre seines Bestehens hat der Malteser-Hilfsdienst (MHD) offiziell keine Jugendarbeit betrieben. Wenn früher interessierte Jugendliche zum MHD kamen, wurden sie an kirchliche Jugendverbände verwiesen. Erst 1979 wurde der offizielle Gründungsbeschuß gefaßt. Seitdem wachsen die MHD-Jugendgruppen beständig: Es gibt bereits mehr als 200 Jugendgruppen mit über 2500 Mitgliedern.



Selbstverständlich ist bei der Malteser-Jugend die Ausbildung in Erster Hilfe.

Der Malteser-Hilfsdienst fühlt sich verpflichtet, sich mit Jugendarbeit zu befassen, „weil es zum Heilsauftrag der Kirche gehört, Organisationen ins Leben zu rufen, in denen Menschen in Erfüllung des Liebesgebotes einen Weg gelebter Nachfolge Christi finden können“ (MHD-Mitteilungen, Heft Nr. 3/82, S. 16).

Für die Jugendarbeit hat sich der MHD Ziele gesetzt, die stark geprägt sind vom Glauben an Christus. Die Arbeit der Ju-



Praktische Bewährung in sozialen Diensten ist ein Inhalt der Jugendarbeit des MHD. So betreuen die Jugendlichen auch Behinderte.

gendgruppen des Malteser-Hilfsdienstes konzentriert sich auf vier Inhalte: Hilfe zur charakterlichen, religiösen und sozialen Entfaltung der Gruppenmitglieder durch Bildungsarbeit und religiös-kirchliche Angebote, MHD-spezifische Ausbildung (z. B. in Erster Hilfe, im Sanitätsdienst), die zur Entfaltung in der praktizierten Nächstenliebe befähigt, praktische Bewährung in sozialen Diensten (z. B. Alten-, Kinder- und Behindertenbetreuung) und Freizeitmaßnahmen (Spiel, Sport, Lager).

Einmal im Jahr trifft sich die Malteser-Jugend zum „Bundeslager“. In diesem Jahr hat das Lager in Lohne-Kroge im Oldenburger Land stattgefunden. Dort erlebten die Jugendlichen im großen Kreis das besondere Erlebnis der Gemeinschaft der Malteser-Jugend. Die Freizeit wurde voll ausgeschöpft: Segeln, Besuch des Freilichtmuseums Cloppenburg, abendliche Lagerfeuer, Spiele und Lagerdienste, tägliche Lagerrunde. In MHD-Zelten untergebracht und von einer MHD-Feldküche gepflegt, verbrachten die Jugendlichen zehn Tage unter fachkundiger Betreuung der Lagerleitung, eines Jugendseelsorgers und eines Pädagogen.

## Das Jugendrotkreuz (JRK)

„1. Das JRK hat den Auftrag, Interessen, Bedürfnisse und Probleme junger Menschen aufzugreifen, zu behandeln und Hilfe bei der Durchsetzung zu geben.“

2. Das JRK hat einen Erziehungsauftrag mit dem Inhalt, dem jungen Menschen Orientierungshilfen zu geben, soziales Verhalten in der Gruppe einzuüben und

darauf hinzuwirken, daß im Umgang miteinander Menschlichkeit praktiziert wird.

3. Das JRK hat einen humanitären Auftrag, der uns vor allem verpflichtet, Menschlichkeit zu praktizieren. Dies bedeutet auch, daß wir unsere Mitglieder zu sozialen Aktivitäten anregen und ihnen hierbei Verantwortung übertragen.“

So wurden die Aufgaben des Jugendrotkreuzes bei einem Seminar auf Bundesebene im vergangenen Jahr formuliert. Vier Schwerpunkte gibt es bei der Arbeit im JRK: soziales Engagement, Gesundheits-erziehung, politische Mitverantwortung und Frieden sowie internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung.

Die Angebote des JRK sind vielfältig: Ferienfreizeiten, Musik, Probleme besprechen, fotografieren, filmen, Beatabende, Partys, Zeltlager, Sport, Basteln, Theater spielen, Besichtigungen, Diskussionen, Feten, Lagerfeuer oder Flohmarkt.

Das JRK arbeitet an der Verwirklichung der Aufgaben des Roten Kreuzes mit: In der Mitverantwortung für die Gesundheit werden die Jugendlichen ausgebildet und unterrichtet in Erster Hilfe und im Sanitätsdienst; sie befassen sich mit Umweltschutz, treiben Sport, finden Erholung und nutzen die Freizeit. Durch soziales Engagement werden soziale Randgruppen betreut, politische Bildungsarbeit wird betrieben, Verkehrserziehung für Kinder durchgeführt sowie in Kinder- und Altenheimen mitgeholfen. Für Frieden, Verständigung und internationale Zusammenarbeit wirken die Jugendlichen, indem sie internationale Begegnungen und Freizeiten durchführen sowie jugendpolitische Maßnahmen in Entwicklungsländern erarbeiten.



Kinder, Behinderte und alte Menschen werden vom JRK betreut.

Die Mitglieder des Jugendrotkreuzes werden vielfältig ausgebildet.



Darüber hinaus gibt es den Arbeitsbereich „JRK und Schule“. Hier werden z. B. Programme „Erste Hilfe für Kinder“ oder ein Unterrichtsprogramm „Genfer Rotkreuz-Abkommen“ durchgeführt.

### Die Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ)

Im Jugendverband des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) sollen Entwicklungen der Mitglieder gefördert oder eingeleitet werden, „die geeignet sind, das Werden zu einer eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeit zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere, die persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu erkennen, soziales Engagement zu entwickeln und in solidarischem Handeln aktiv an

Ausflügen, Diskussionen über Laienspiele bis zum Zelten. Auch Behinderte nehmen aktiv an den Veranstaltungen der Jugendgruppen teil. Denn die Arbeiter-Samariter-Jugend will Toleranz, Selbstbewußtsein und soziales Engagement bei Kindern und Jugendlichen fördern.

Unter dem Stichwort „Mobile Hilfe“ helfen die Jugendlichen Behinderten, alten und mittellosen Menschen, zum Beispiel die Wohnungen zu renovieren, kleinere Reparaturen im Haushalt durchzuführen oder Einkäufe zu tätigen wie Medikamente zu holen. Selbstverständlich werden die Mitglieder der ASJ in Erster Hilfe ausgebildet, und so können sie durch den Einsatz im Sanitätsdienst bei Veranstaltungen wie Autorennen, Fußballspielen, Volksfesten oder Popkonzerten als Helfer dabei sein.

Ausbildung in Erster Hilfe auch bei der Arbeiter-Samariter-Jugend.



der Gestaltung der Gesellschaft mitzuarbeiten.“ In der Jugendordnung wird ausführlich eingegangen auf Ziele und Aufgaben der ASJ, die bereits seit 1920 selbständig im Rahmen der jugendpflegerischen Aufgaben arbeitet. So ist die ASJ auch bestrebt, „als praktische Verwirklichung des sozialen Engagements soziale Aufgaben im Sinne tätiger Nächstenhilfe zu übernehmen.“

Schon früh beginnt die Arbeit in der ASJ: Es gibt Kindergruppen, in denen gebastelt, gespielt, gesungen, gemalt, geturnt und sich ausgetobt wird – und dies alles unter fachkundiger Betreuung. Von A bis Z reicht das Programm für die Jugendgruppen: von



Viele Jugendliche der JUH arbeiten im Schulsanitätsdienst, nachdem sie eine entsprechende Ausbildung bekommen haben.

### Die JUH-Jugend

„Helfen macht Freu(n)de“: Unter diesem Motto blüht die Jugendarbeit in der Johanner-Unfall-Hilfe (JUH), die darin „eine große Aufgabe unserer Zeit“ sieht. Die zehn- bis 16jährigen Jugendlichen in der JUH sollen gefördert und zu im Sinne demokratischer Denkweise toleranten, aufgeschlossenen und hilfsbereiten Bürgern herangebildet werden.

Die wesentlichen Inhalte der JUH-Jugend sind durch die Jugendordnung vorgegeben: Achtung gegenüber der geistigen und körperlichen Unversehrtheit des Menschen; Erziehung der Jugend zu christlicher und sozialer Denkweise; Verpflichtung gegenüber dem Dienst an und für die Gesundheit des Menschen sowie Mitwirkung bei der Erfüllung des satzungsgemäßen Auftrages der JUH.

Viele Jugendliche sind im Bereich des Schulsanitätsdienstes aktiv. Zu dessen Aufgaben gehört die Betreuung von Schulveranstaltungen durch Schüler, die in Erster Hilfe ausgebildet sind. Sie leisten bei kleinen Zwischenfällen, z. B. in den Pausen, Erste Hilfe. Auch die schuleigenen Sanitätseinrichtungen werden gepflegt. Wichtige Aufgabe ist es, die Schüler an die Erste-Hilfe-Ausbildung heranzuführen und die Aufgaben der JUH zu vermitteln.

Das gemeinsame Ziel der JUH-Jugendgruppen sind Kameradschaft und Hilfsbereitschaft in einer fröhlichen Gemeinschaft. Spielerisch vermittelt werden die Aufgaben der JUH und die menschliche Verantwortung zur Hilfe für alle, die in Not sind. Die Jugendlichen lernen Sinn und Zweck der Ausrüstungen, der Rettungsfahrzeuge und die Arbeitsweise der JUH-Helfer kennen. Gemeinsame Ausflüge, Zeltlager und geselliges Beisammensein stehen ebenfalls auf dem Programm der JUH-Jugendgruppen, die auch die Begegnung mit internationalen Jugendgruppen pflegen.

Einmal im Jahr finden Wettbewerbe für die Jugendlichen auf Bundesebene statt: Hier können Ausbildungsstand und Leistungsvermögen unter Beweis gestellt werden.

## Die DLRG-Jugend

Die Jugend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist integrierter Bestandteil der DLRG, der größten Wasserrettungsorganisation der Welt. Mit Disco-Abenden, Grill-Feten, Wochenend- und Studienfahrten oder Sommerfreizeiten macht die DLRG-Jugend „aktive Freizeit“. Jugendleiter und Fachkräfte im Bereich Jugendarbeit werden in eigenen Seminaren und Schulungsveranstaltungen ausgebildet. Die Pflege der Kontakte zu Jugendgruppen und befreundeten Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene wird großgeschrieben.

Aber nicht nur Freizeitaktivitäten zeichnen die DLRG-Jugend aus. Sie macht z. B. auch Rettungsdienst an der See und im Binnenland, bildet aus und schafft am Wasser „Freie Zeit in Sicherheit“. Darüber hinaus treibt die Jugend Rettungssport, keinen Leistungssport.



Freizeitspaß der DLRG-Jugendlichen.

Mit Jugendvertretungen und Gremien auf Orts-, Landes- und Bundesebene bestimmt die Jugend der DLRG ihr Handeln selbst. Jährlich werden Landes- und Bundesjugendtreffen veranstaltet, um sich kennenzulernen, Sport und Spiel zu treiben sowie Erfahrungen auszutauschen.

Die Jugend der DLRG bilden Mitglieder von zwölf bis einschließlich 25 Jahre. Der Jugendliche soll – so steht es im Grundsatzprogramm der „Jugend der DLRG“ – befähigt werden, „sowohl seine jeweilige Situation als auch seine gesellschaftlichen Funktionen, Verpflichtungen und Abhän-

Die DLRG-Jugend macht mit beim Rettungsdienst an der See und im Binnenland.



gigkeiten zu erkennen, um ihm damit Möglichkeiten zu geben, seine persönliche und gesellschaftliche Selbstbestimmung zu entwickeln und sich gemeinsam mit anderen für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen, insbesondere sozialen Bereiche zu engagieren.“

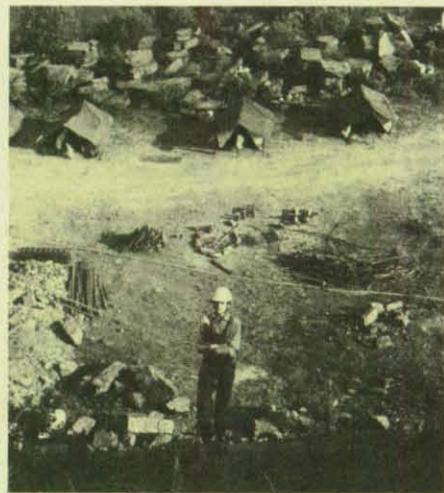
Zu den Formen und Inhalten der Jugendarbeit zählen für die DLRG die Ausbildung und der Einsatz im Schwimmen und Rettungsschwimmen, die Aus- und Fortbildung von Jugendgruppenleitern, internationale Begegnungen, musisch-kulturelle Bildung, politische Bildung, Spiel, Sport, Wandern, Fahrt und Lager. „Die Jugendarbeit bei DLRG wird bewußt als ein Bildungsauftrag für junge Menschen aufgefaßt“ – so heißt es weiter im Grundsatzprogramm.

## Die THW-Jugend

Völlig neu konzipiert wird die Jugendarbeit in der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW). Die Neukonzeption soll mit dem 1. Januar 1984 in Kraft treten.

Zur Zeit gibt es beim THW 252 Jugendgruppen mit jeweils etwa zwölf Jugendlichen. Das bedeutet, daß mehr als 3000 Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahre eine technische Ausbildung erhalten. Auch die Jugendgruppenleiter werden in den jeweiligen THW-Ortsverbänden ausgebildet. Die gesamte Jugendarbeit des THW steht unter dem Motto „Nachwuchsförderung“.

Die Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Köln-Nord ist – wie viele andere auch – sehr rege. Von der Veranstaltung eines Elterntages bis hin zur Teilnahme an der Kölner THW-Gesamtjahresübung in Mehlem reichten die Aktivitäten der Jugendlichen in diesem Jahr. Ihr Pfingstzeltlager hatten die Kölner in einem Steinbruch bei Hallenberg im Sauerland geplant. Dort wurde auch eine Brauchwasserversorgung über 50 m Höhenunterschied aufgebaut. Immer wird in der Freizeit die praktische Ausbildung umgesetzt: So stand während des Pfingstzeltlagers auch eine Stationsausbildung mit Seilbahn, Metallbearbeitung und Rollgliss-Gerät auf dem Programm.



Jugendzeltlager des THW-OV Köln-Nord in Hallenberg: Die Junghelfer üben das Abseilen mit dem Rollgliss-Rettungsgerät.

Kaum aus dem Pfingstzeltlager zurück, begann ein neuer Einsatz für die Junghelfer: Hochwasser in der Kölner Altstadt! Sicherungsarbeiten wurden durchgeführt, Sandsäcke zur Abdichtung deponiert und Pumpen installiert.

Über die Neukonzeption der THW-Jugendarbeit wird das „Zivilschutz-Magazin“ noch zu gegebener Zeit berichten.

(Fotos: Sers 3, MHD 2, ASB, JUH je 1, DRK 2, DLRG 2, Kunz)

Paul Claes

Eröffnung der 7. Brandschutzwoche in Grünberg (Kreis Gießen)

# Dr. Günther: Feuerschutzsteuer nicht antasten

Der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder setzt sich für die Beibehaltung der Feuerschutzsteuer ein – Ausrüstung und Ausstattung der Feuerwehren den ständig steigenden Anforderungen anpassen

Die bundeseinheitliche Brandschutzwoche, die alle zwei Jahre jeweils in der zweiten Septemberhälfte durchgeführt wird, stand in diesem Jahr unter dem Motto „... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“.

Die von den Feuerwehren der Bundesrepublik mit Unterstützung der Innenminister und -senatoren der Bundesländer ausgerichtete Woche hat das Ziel, der Bevölkerung das gesamte Aufgabengebiet der Feuerwehr im Bereich des Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutzes, der Technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes zu verdeutlichen.

## Zentrale Feierstunde

Mit einer zentralen Feierstunde am 17. September 1983 wurde die diesjährige Brandschutzwoche in Grünberg (Kreis Gießen) eröffnet. Das dort am 17. und 18. September 1983 stattfindende 4. Bundeswertungsspiel der musiktreibenden Züge der Feuerwehren bot den Rahmen für die Durchführung der Eröffnungsfeier.

## Vielzahl wichtiger Aufgaben

Im Sinne des diesjährigen Mottos sollten die Bürger Einblick gewinnen, daß die Feuerwehr nicht nur in der Brandbekämpfung tätig wird, sondern darüber hinaus eine Vielzahl weiterer wichtiger Aufgaben wahrnimmt.

Nach einer bundesweiten Statistik des Deutschen Feuerwehrverbandes verteilten sich die rund 600 000 Einsätze des vergangenen Jahres auf 21,7% Brandeinsätze, 48,3% Technische Hilfeleistung und 30% sonstige Einsätze. Daneben wurden von den Feuerwehren etwa 1,9 Millionen Notfall- und Krankentransporte durchgeführt.

Für die Bewältigung dieser Aufgaben stehen in den deutschen Feuerwehren insgesamt über eine Million Aktive bereit, davon rund 870 000 in den Freiwilligen Feuerwehren, 20 000 in den Berufsfeuerwehren, 38 000 in den Werkfeuerwehren und 100 000 in der Jugendfeuerwehr.

## Steigende Brandschadenssummen

Im Rahmen einer der Eröffnungsveranstaltungen vorangehenden Pressekonferenz ging der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, auf die Einsatzzahlen der Feuerwehren ein und stellte fest, daß trotz dieser Einsatzleistungen eine jährlich steigende Brandschadenssumme, die derzeit rund 3,5 Milliarden DM erreicht hat, registriert werden müsse.

Rund 1 000 Tote seien durch Brandeinwirkung zu verzeichnen, die Feuerwehren



trauerten um ihre im Jahre 1982 im Dienst tödlich verunglückten 26 Kameraden. Außerdem seien im vergangenen Jahr rund 9 000 Aktive im Feuerwehrdienst teilweise schwer verletzt worden.

## Allgemeine Situation

Zur allgemeinen Situation des deutschen Feuerwehrwesens erklärte Präsident Struve, daß der Brandschutz der Bundesrepublik nur durch den Bestand und das gemeinsame Wirken von Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren gesichert werden könne. Letztlich hänge es von der örtlichen Struktur und dem Einsatzgeschehen sowie der Einsatzhäufigkeit ab, ob dieses Aufgabengebiet

ausschließlich von Ehrenamtlichen oder mit zusätzlichen hauptberuflichen Kräften oder gar von Berufsfeuerwehren zu bewältigen sei.

Während einerseits nicht auf die Berufsfeuerwehren oder die Hauptberuflichen bei den Freiwilligen Feuerwehren verzichtet werden könne, sei andererseits der Brandschutz ohne die ehrenamtlich Tätigen nicht gesichert und überdies von den Kommunen nicht finanzierbar. Als Kostenvergleich nannte Präsident Struve einen jährlichen Aufwand je Ehrenamtlichen von etwa 100 DM und je Hauptberuflichen von ca. 60 000 DM.

Die derzeitigen Ausgaben der Länder, Kreise und Kommunen für das Feuerlöschwesen im Bundesgebiet bezifferte er für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren auf insgesamt etwa 900 Millionen DM, für den Bereich der Berufsfeuerwehren auf etwa 600 Millionen DM.

## Kein Verzicht auf Freiwillige

Als eine bedenkliche Entwicklung nannte Präsident Struve Überlegungen bei Kommunen und Kreisen, die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in den Freiwilligen Feuerwehren zu reduzieren, um den Haushalt zu entlasten. Nicht nur der DFV, sondern auch die für den Brandschutz verantwortlichen Politiker müßten derartigen Überlegungen entgegenzutreten. Denn gerade in einer Zeit der knappen Finanzmittel könne es sich keine Kommune leisten, auf die ehrenamtlichen Helfer zu verzichten. Auf lange Sicht gesehen würde die Reduzierung der Personalstärke bei Freiwilligen Feuerwehren nicht zu Einsparungen, sondern zu erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen führen.

## Brandschutzforschung intensivieren

Präsident Struve bezeichnete die derzeitige Situation der Brandschutzforschung und der damit unmittelbar zusammenhängenden Brandstatistik als unbefriedigend. Im Vergleich zu den übrigen Industrieländern sei die Bundesrepublik auf diesem Sektor noch ein „Entwicklungsland“.

Nach geltendem Recht sind die Bundesländer für die Brandschutzforschung und Brandstatistik zuständig. Die bisher von den Ländern zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel reichten aber für eine den Anforderungen entsprechende Forschungsarbeit nicht aus.

Er forderte die Länder auf, auf diesem Gebiet verstärkt ihren Aufgaben nachzukommen oder den Bundesminister für Forschung und Technologie zu bitten, stellvertretend für die Länder dieses Aufgabengebiet zu übernehmen. Der DFV sei zuversichtlich, daß der Bund bei Einwilligung der Länder künftig bereit sei, hier verstärkt tätig zu werden. Weiter wies er darauf hin, daß für eine sinnvolle Forschung eine aussagefähige bundeseinheitliche Brandstatistik Voraussetzung sei, die es aber derzeit noch nicht gebe.

### Unbefriedigende Situation

Als ein weiteres „Stiefkind der Nation“ bewertete Präsident Struve den Erweiterten Katastrophenschutz. Die unbefriedigende Situation sei aber nicht ausschließlich ein Problem der jetzigen Regierung, sondern schon das Problem sämtlicher Vorgängerregierungen gewesen.

Seit 20 Jahren beklage der DFV, wie auch die Hilfsorganisationen, die unrealistische Konzeption und ungenügende Finanzierung seitens des Bundes. Der gegenwärtigen Bundesregierung müsse man vorhalten, daß sie im Gegensatz zu ihren Vorgängern jegliche politische Aussage zum Stand und zur Fortentwicklung des Erweiterten Katastrophenschutzes vermissen lasse. Weder in der Regierungserklärung noch in den folgenden Bundestagsdebatten sei hierzu etwas Grundsätzliches gesagt worden. Präsident Struve sagte ferner, daß der DFV nunmehr seit Monaten auf die vom Bundesinnenminister erbetene politische Aussage warte.

Die beim Bundesinnenministerium in Beratung befindliche neue Zivilschutzgesetzgebung ist nach Auffassung des DFV sinnvoll, wenn hierfür die erforderlichen politischen Entscheidungen vorliegen. Die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen hätten vor Monaten ihre Stellungnahme zum Referentenentwurf abgegeben und erwarteten eine weitere rechtzeitige Beteiligung am notwendigen Beratungsverfahren.

Ziel des DFV sei es hierbei, daß das Recht der Organisationen verbessert, eine bessere Finanzierung und gleichzeitig ein vereinfachtes Abrechnungs- und Verwaltungsverfahren erreicht sowie die vom Bund zur Verfügung gestellte technische Ausstattung dem heutigen Standard unter Berücksichtigung geltender DIN-Normen angepaßt werde.

Über 1500 Musiker aus sieben Bundesländern sowie einige hundert Besucher aus der Bevölkerung boten eine imposante Kulisse für die zentrale Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Brandschutzwoche.



### Bewährtes Rettungssystem

Der Rettungsdienst sei, so der DFV-Präsident, regional unterschiedlich, bei vielen Feuerwehren fester Bestandteil ihres Aufgabengebietes. Der DFV werde es nicht unwiderrspochen akzeptieren, daß erkennbare Privatisierungsbemühungen letztlich dazu führten, ein bewährtes Rettungssystem mit dem Hinweis auf Kostensenkung zu ändern, ohne einen exakten Kostenvergleich unter Zugrundelegung eines Vergleichs von Leistung, vorhandener Technik, vorhandener Ausbildung und Einsatzbereitschaft vorzunehmen. Letztlich müsse der Anspruch der Bürger auf schnelle fachliche Hilfe im Vordergrund stehen.

### Kein Verzicht auf Feuerschutzsteuer

Das jährliche Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer bezeichnete Präsident Struve als Grundfinanzierung für den Bedarf der Freiwilligen Feuerwehren. Ohne dieses Aufkommen gerate eine gesicherte Finanzierung des deutschen Brandschutzes in Gefahr. Durch Vorgaben des Gesetzes muß das gegenwärtige Feuerschutzsteuergesetz zum 31. Dezember 1983 im Bereich des Verteilerschlüssels neu beraten und verabschiedet sein.

Unter den Besuchern waren viele Ehrengäste von Bund, Ländern, Gemeinden und den verschiedensten Organisationen, v. l. n. r.: Vorsitzender der Innenministerkonferenz, der Hessische Minister des Innern, Dr. Günther; der Vorsitzende des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“, LdtMinR Pflock; der Präsident des DFV, Hinrich Struve.



Er appellierte an die Bundesländer, an die Versicherungswirtschaft und an die Bundesregierung, alles mögliche zu tun, um hier termingerecht zu einem Abschluß des parlamentarischen Beratungsverfahrens zu kommen. Voraussetzung sei jedoch, daß die Bundesländer sich frühzeitig auf einen neuen Verteilermodus einigen und das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer auch künftig gerecht und in einem ausgewogenen Verhältnis unter den einzelnen Bundesländern verteilt werde. Durch das bisherige langwierige Beratungsverfahren zwischen den Bundesländern sehe der DFV die Gefahr, daß das Gesetz nicht termingerecht zum 1. Januar 1984 in überarbeiteter Fassung wirksam wird und damit das gesamte Feuerschutzsteuergesetz rechtlich in Gefahr gerate.

### Verstärkte Bemühungen in der Brandschutzforschung

Auch der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder, der Hessische Minister des Innern Dr. Herbert Günther, ging in der Pressekonferenz auf die Bedeutung der Feuerschutzsteuer ein. Er stimmte den Forderungen des Deutschen Feuerwehrverbandes zu und bekräftigte für die Innenminister, daß diese Steuer nicht gefährdet werden dürfe, daß die Zweckbindung abzusichern sei und daß

sich die Länder gegebenenfalls darauf einig sollten, den bisher gültigen Verteilerschlüssel beizubehalten, wenn nicht ein besserer und gerechterer Verteilermodus rechtzeitig zu finden sei.

Zum Problem der Brandschutzforschung und Branschstatistik erklärte der Minister, die Bundesländer seien verstärkt bemüht, hier Notwendiges zu erledigen und daß der Bundesminister für Forschung und Technologie auf Bitten der Länder zwischenzeitlich vereinzelt Forschungsprojekte durchführe. Die vom Deutschen Feuerwehrverband vorgetragenen Anregungen werde er mit der Innenministerkonferenz prüfen.

### Eindrucksvoller Rahmen

Die Vielzahl der Einsätze und die dabei erbrachten Leistungen der Feuerwehren standen auch im Mittelpunkt der Ansprachen zur zentralen Eröffnungsfeier der Brandschutzwoche. 43 musiktreibende Züge der Feuerwehr mit über 1500 Musikern, die zum Bundeswertungsspielen zusammengekommen waren, hatten auf dem Platz vor der Grünberger Gallushalle Aufstellung genommen und boten einen eindrucksvollen Rahmen für die Veranstaltung.

Nach einer musikalischen Einleitung hieß Grünbergs Bürgermeister Siegbert Damaschke die Gäste aus den Reihen der Feuerwehr und die Vertreter der Hilfsorganisationen herzlich willkommen und gab seiner besonderen Freude Ausdruck, auch Innenminister Dr. Günther und DFV-Präsident Struve sowie mehrere Bundes- und Landtagsabgeordnete in den Mauern der Stadt begrüßen zu können.

### Lob für Engagement

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder würdigte Innenminister Dr. Günther das ständige und uneigennützig Engagement der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Jugendfeuerwehren und Werkfeuerwehren. Die Angehörigen der Feuerwehren seien ein Beweis dafür, daß es noch Menschen gebe, die die persönliche Freiheit nicht mißverstünden und sie nicht nur als ein Freisein von öffentlichen Pflichten betrachten. Vielmehr würde in den Wehren die Bereitschaft gezeigt, sich Tag und Nacht für die Mitbürger einzusetzen.

### Keine Nachwuchssorgen

Dr. Günther betonte, daß es bei den deutschen Feuerwehren keine Nachwuchssorgen gebe, da sich nach wie vor zahlreiche

junge Menschen für den Dienst in der Feuerwehr interessieren. Spontane Beifall erhielt der Minister für die Feststellung, die heutige Jugend sei in ihrer Bereitschaft zur Hilfeleistung genauso engagiert wie die Jugend früherer Jahre. Daran ändere auch nichts, daß sich ständig Randalierer in den Vordergrund drängten und so das Erscheinungsbild der Jugend verfälscht werden könnte.

### Risiken und Gefahren steigen

Minister Dr. Günther wies besonders darauf hin, daß die Risiken und Gefahren im privaten und industriellen Bereich, aber auch im Verkehr seit Jahren ständig gestiegen seien. Durch die technologische Entwicklung stiegen diese Risiken auch weiterhin. So sei es trotz der erheblichen Anstrengungen vergangener Jahre nach wie vor erforderlich, neben einer verstärkten Forschung die Ausrüstung und Ausstattung der Feuerwehren den ständig steigenden Anforderungen anzupassen. Dasselbe gelte für die Ausbildung der Feuerwehrleute. Allein mit Ersatzbeschaffungen auf dem Ausrüstungssektor sei es nicht getan.

Abschließend wandte sich Dr. Günther entschieden gegen einen Wegfall der Feuerchutzsteuer und betonte, daß diese Steuer wegen ihrer Bedeutung für den Brandschutz bundesweit nicht angetastet werden dürfe.

Der Eröffnungsveranstaltung folgte ein Festzug aller 43 am Bundeswertungsspielen teilnehmenden musiktreibenden Züge der Feuerwehren durch die hessische Kleinstadt Grünberg.

(Fotos: Voßmeier, Claes)

### Brandschutzwoche eröffnet

In seiner Eröffnungsrede ging der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, auf die Einsatzzahlen der Feuerwehren ein und sprach den deutschen Feuerwehrangehörigen seinen Dank für ihr Engagement aus. Mit der Feststellung, daß die Brandschutzwoche ihren Platz im Vorbeugenden Brandschutz gefunden habe, erklärte der DFV-Präsident die 7. Brandschutzwoche für eröffnet.

### Dank für Vorarbeiten

Die Grüße des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes überbrachte Landesverbandsvorsitzender Wilfried Köbler. Er schloß sich den Grußworten der Vorredner an und wünschte den Teilnehmern am Bundeswertungsspielen viel Erfolg. Den Verantwortlichen der Veranstaltung sprach er einen besonderen Dank für die umfangreichen Vorarbeiten aus.

### Musikalischer Umzug

Nach der Eröffnungsfeier setzte sich der aus den 43 Musikgruppen bestehende Umzug durch die von Zuschauern dicht gesäumten Straßen der Stadt in Bewegung. Höhepunkt war für die Musiker der Vorbeimarsch an der Ehrentribüne auf dem Grünberger Marktplatz, wo sie ihre musikalischen Darbietungen den zahlreichen Ehrengästen zu Gehör bringen konnten.



Dorothee Boeken

Wenn der Traumurlaub zum Alptraum wird . . .

## „Irsinnig, einfach irrsinnig!“

Urlaub '83 inmitten der Katastrophe: Statt Sonne und Meer nur Wasser, eingestürzte Häuser, Notverpflegung und zerborstene Versorgungsleitungen

Urlaub soll die schönste Zeit im Jahr sein. In dieser Stimmung machte sich die Autorin des nachfolgenden Berichtes auch auf, erholsame Tage in Nordspanien zu verbringen. Und plötzlich nimmt der Urlaub eine ganz andere Form an: Die Überschwemmungskatastrophe zwingt, am Ort zu bleiben, abgeschlossen von der Außenwelt, ohne Wasser, Strom oder Telefon. Panik und Elend werden hautnah miterlebt und gespürt. Was fast täglich in Zeitungen beschrieben und vielleicht nur mit einem Anflug von Mitgefühl gelesen wird, ist auf einmal ganz nah. Der nachfolgende Bericht soll der Versuch einer Stimmungsbeschreibung sein.

### Bei Nieselregen in ein Fischerdorf

Es ist Donnerstag, 25. August 1983. Gegen 16 Uhr passieren wir die spanische Grenze, etwa 40 Kilometer von San Sebastian. Es ist warm im Baskenland; eine sommerliche Landschaft mit saftig grünen Wiesen und hohen Bergen breitet sich vor uns aus. Die landschaftliche Schönheit hat uns, zwei sonnen- und wanderhungrige Urlauber mit Hund, gereizt, nach Nordspanien zu reisen. Unser Ziel ist noch offen. Wir überlegen, in Bermeo an der Küste Quartier zu beziehen, doch scheint die Stadt zu groß. Uns schwebt eher ein kleines, idyllisch gelegenes Fischerdorf vor. Also fahren wir weiter. Vom Nieselregen lassen wir uns nicht abhalten, der wird wohl bald wieder aufhören.

Wir erreichen Bilbao. Dort wollen wir noch Euroschecks eintauschen, was sich allerdings als ein erfolgloses Unternehmen erweist. Fünf Spanier stehen mit verwundertem Gesichtsausdruck und betrachten in der Post die kleine Euroscheck-Karte. Sie schütteln den Kopf. Obwohl meine Spanischkenntnisse nicht über „buenos dias“ und „vino tinto“ hinausgehen, verstehe ich, daß man hier Euroschecks nicht kennt. Etwa zwölf Kilometer weiter hinter Bilbao liegt Guernica, angrenzend tatsächlich „unser kleines Fischerdorf“: Bakio. Aus dem Hotelangebot wählen wir das ältere, kleinere der beiden Unterkünfte am Ort. Es sollte sich herausstellen, daß diese Entscheidung richtig war . . .

Mitten durch ein mehrgeschossiges Haus hatten sich die Wassermassen einen Weg gebahnt und dabei eine gesamte Etage mit sich gerissen.



### Straßen werden weggerissen

Der nächste Tag sieht trist aus. Es hat während der ganzen Nacht geregnet, der Himmel ist um zehn Uhr noch fast schwarz. Selbst der Hund mag nicht nach draußen gehen bei diesem Wetter. Der anfängliche Nieselregen geht über in ungeheure Regenschauer, die ich in diesem Ausmaß noch nicht erlebt habe. Es sind die sprichwörtlichen Wasserkübel, die ausgeschüttet werden. Es ist nicht abzusehen, wann es wieder besser wird. Wir gehen in die Hotelbar und betrachten unsere Landkarte, denn wenn es auch am nächsten Tag noch weiter so regnet, wollen wir abfahren und trockene Gebiete aufsuchen. Wir sehen, daß Bakio nur zu erreichen ist von Santander

oder von Bilbao. Andere Möglichkeiten gibt es nicht. Noch ist unsere Stimmung gelassen, denn – zum Glück? – wissen wir noch nicht, was sich draußen abspielt.

Am Nachmittag ist der Regen noch stärker geworden. Wir entscheiden uns nun endgültig für unsere Abreise am nächsten Morgen, denn schließlich wollen wir unseren Urlaub nicht in der Hotelbar oder im Zimmer verbringen, von dem wir sowieso schon das Gefühl haben, jeden Winkel zu kennen. Beim Abendessen erklären wir mit Händen und Füßen und einer Mischung aus Spanisch und Französisch unserer Hotelbesitzerin, daß wir flüchten wollen. Endlich versteht die Dame, sie winkt entschieden ab. Jetzt ist es an uns zu begreifen: Ein Rückzug aus Bakio ist nicht mehr möglich.

Die Straßen – ohnehin nicht so dauerhaft gegründet – entlang der Küste und nach Bilbao sind von der Sintflut weggerissen, abgebrochen, zerstört. Die Autobahn nach San Sebastian, soweit nicht zerstört, ist nur noch für Militär- und Rettungswagen freigegeben.

Die Katastrophe! Wir können das nicht glauben und sind fassungslos. Der erste Gedanke ist, so schnell wie möglich hier fort. Aber das ist nicht möglich. Panik steigt in uns auf. Wir sind eingeschlossen, sitzen hier fest in einem Land, dessen Sprache wir nicht verstehen. Das ist das Schlimmste: Alle Menschen hasten, rennen, rufen und schreien durch die Straßen, aber wir können nichts verstehen. Nur den entsetzten Gesichtern können wir ablesen, daß etwas Furchtbares passiert ist.

### „Irrsinnig, einfach irrsinnig“

Eindeutige Zeichen der Überschwemmungskatastrophe folgen jetzt und am nächsten Tag Schlag auf Schlag: Die Strom- und Wasserversorgung bricht völlig zusammen, die Telefonleitungen bleiben stumm. Mein Bedürfnis, mit deutschen Freunden zu telefonieren, war noch nie so groß. Das schmutzige Wasser in den Straßen steigt unaufhaltsam und schleppt in immer reißender werdender Flut alles mit sich, was im Wege ist: Autos werden hochgehoben und vom Wasser weggetragen, Mauern niedergedrückt, Hausrat aus Türen und Fenstern gespült. Vom Berg kommend haben sich die Wassermengen einen Weg gebahnt durch ein mehrgeschossiges Haus und ein gespenstisches Bild hinterlassen: Genau durch die Hausmitte sind die Fluten gebrochen; zwei Stockwerke sind dabei sofort weggerissen worden, links und rechts liegende Wohnungen sind jetzt völlig zerstört. Tapetenreste flattern im Wind. Alles geht rasend schnell.

Zwei Touristen aus Starnberg, die ihre Fahrt durch einen kurzen Aufenthalt in einem Café unterbrochen haben, können nach einer halben Stunde nicht mehr aus dem Haus. Über die Straße zum gegenüberliegenden Parkplatz führt kein trockener Weg mehr. In der Straße steht das Wasser mittlerweile schon 1,70 Meter hoch. Die beiden müssen, zur Untätigkeit gezwungen, hilflos zusehen, wie ihr Auto vom Wasser hochgespült und auf eine Brückenmauer geschleudert wird. Dort hängt es nun und droht jeden Moment, in den reißenden Fluß zu stürzen. Es ist über und über mit Schlamm bedeckt.

Einer der Starnberger kämpft sich durch die Fluten, die ihn ständig mitzureißen drohen. Es ist lebensgefährlich. Später begreift er nicht mehr, wie er es geschafft hat, sich vorwärtszuarbeiten, indem er von Baum zu



Straßen wurden aufgerissen, die Versorgungsleitungen vollkommen zerstört – wie hier in Bakio.



An diesem Wagen wird der Besitzer nicht mehr viel Freude haben. Wasserwellen spülten ihn vom Parkplatz weg eine Böschung hinab.



Die Bewohner dieser Wohnung konnten sich noch rechtzeitig vor dem Wasser retten.



Deutsche Touristen aus Starnberg begutachten ihren Wagen. Da war nichts mehr zu machen.

Baum taumelt. Er will wenigstens noch die wichtigsten Papiere aus dem Wagen holen. Die sind – wie alles andere auch an Kleidungsstücken, die Musikanlage oder Lebensmittel – verdorben und von einer fünf Zentimeter dicken braunen Schlammkruste überzogen. „Irrsinnig, einfach irr-sinnig“, jammert seine Begleiterin. Sie müssen in das Hotel gehen, um dort eine einigermaßen trockene Unterkunft zu bekommen. Nur mit einem Badelaken umwickelt kommen sie abends barfuß in den Speisesaal. Freundliche Spanier leihen ihnen Schuhe, Hose, Pullover.

Wir sind mitten im Chaos, ohne das tatsächliche und schreckliche Ausmaß wirklich zu kennen, was eine Katastrophe bedeutet. Wir können unser Hotel nicht mehr verlassen. Im feuchten Zimmer hocken wir ohne Strom, ohne Wasser, die Toiletten sind kaum noch zu benutzen.

Der Blick aus dem Fenster geht hinaus auf das Meer. Doch der einst sicher idyllische Strand ist übersät mit Trümmerresten, faulem Hausrat, toten Hühnern, Kürbissen, Tomaten, Flaschen. Ein penetranter Geruch steigt auf.

**Blick in das Wageninnere: Unvorstellbare Schlamm-massen waren überall eingedrungen und hatten alles bedeckt.**



Wir leben von Mahlzeit zu Mahlzeit, überlegen in der Zwischenzeit alle möglichen Gesellschaftsspiele, die sich ständig wiederholen. In der Hotelküche, die zum Teil unter Wasser steht, wird auf Gas bei Kerzenschein gekocht. Es gibt nicht mehr viel, aber die Köchin versucht, geschickt zu improvisieren: Paella aus der Dose, paniertes Fisch aus der mittlerweile außer Betrieb gesetzten Tiefkühltruhe, Salate aus dem Glas. Zum Frühstück gibt es Kaffeepulver mit heißer Milch, dazu zwei Trockenkekse. Wasser gibt es nicht mehr zum Essen, dafür genug auf dem Boden. Meine Verzweiflung schlägt um in Ärger: Warum gerade hier?

Guter Dinge ist nur die Hotelchefin, die wohl selten so viele Gäste hat. Alle im Hotel sind still, starren immer wieder zum geschwärzten Himmel und trinken „vino tinto“. Deren Gelassenheit kann mich nicht anstecken. Ich habe meine Koffer gepackt im Zimmer stehen und weigere mich beharrlich, sie auszupacken. Zum einen warte ich sehnsüchtig auf grünes Licht zur Flucht, zum anderen ist das Hotelzimmer dermaßen feucht, daß jedes Kissen, Bettlaken oder Kleidungsstück furchtbar muffig riecht. Wir witzeln in unserer Verzweiflung über neue Formen der Urlaubsgestaltung: survival training. Der Hund scheint um Jahre gealtert, liegt nur noch mit traurigen Augen im Hotelzimmer und träumt wohl von vielen Stöckchen, denen er hinterherrennen möchte...

### Zwei Flaschen Wasser für jeden

Am Samstag ein Lichtblick: Der Regen läßt für eine halbe Stunde etwas nach. In Gummistiefeln wagen wir einige Schritte nach draußen. Vor einem Lebensmittelgeschäft stellen wir uns an. Etwa siebzig Menschen haben eine Schlange gebildet vor der Ladentür, durch die nur dann einer eintreten kann, wenn ein anderer Kunde das Geschäft verläßt. Wieder beginnt es zu regnen. Nach mehr als einer Stunde dürfen wir einkaufen. Wir nehmen das Nötigste: Trinkwasser. Wir bekommen nur zwei Flaschen. Dabei fällt mir ein Vergleich ein: Als vor einigen Wochen Spanien von einer unerträglichen Dürre heimgesucht wurde, gab es Trinkwasser auch nur in begrenzten Zuteilungen.

Wer sich traut, kann Waschwasser aus einem kleinen Freibad holen. Kanister werden verteilt, in die man das schmutzige Wasser füllen kann. Dem Hund schmeckt es noch als Trinkwasser. Im Ort treffen wir Berliner, die seit Donnerstag zu fünf in einem Campingbus auf das Ende der Regenzeit warten und darauf, daß die Straßen wieder befahrbar werden. Der Wunsch verbindet uns ungemein. Die Berliner hat es

härter getroffen als uns. Sie haben sich mit dem Schlafen abgewechselt, damit immer einer aufpassen kann, daß das Wasser im Bus nicht bis zu den Sitzen ansteigt. Auf dem Boden des Wagens schwimmen Zigarettenkippen, Brotreste, Schuhe in brauner Brühe. Von ihnen erfahren wir mehr. Die Straßen seien fast überall zerstört, in Bilbao habe es bereits 37 Tote gegeben. Ob es auch in Bakio Tote gibt, wissen wir nicht. Aber die Angst steigt.

## San Sebastian – „Francia“?

Am Sonntag sind die Pausen zwischen den Regenfällen schon etwas länger. Hoffnung keimt auf. Wir waten durch den Ort. Im Rathaus scheint eine Katastrophenschutzleitung zu arbeiten, die der Bevölkerung Anweisungen gibt und ihr zu helfen versucht. Wir gehen weiter und entdecken das zweite Hotel am Ort, das arg in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Straße davor ist abgerutscht und in den Fluß gebrochen. Wir können unser unbeschreibliches Glück nicht fassen, daß wir nicht hierhin gezogen sind. Das Haus ist zum Teil abgeknickt, Autos liegen auf ihren Dächern im Fluß; Möbel und Kleidungsstücke stehen und hängen zum Trocknen in den völlig verwüsteten Vorgärten. Die Aufräumarbeiten haben begonnen. Und auch Plünderer sind unterwegs, die mit langen Stangen im Unrat herumstochern und nach Brauchbarem Ausschau halten.

Mit Schaufeln und Besen gehen die Spanier gegen Wasser und Schlamm an. Ich sehe keine einzige Pumpe, keine Sandsäcke, nur behelfsmäßiges Arbeitsmaterial. Mit Hilfe einer Berlinerin und ihrer Spanischkenntnisse frage ich einen Einheimischen. Er zuckt nur mit den Schultern und sagt: „So etwas haben wir hier einfach noch nicht erlebt. Wir sind auf solche Überschwemmungen gar nicht vorbereitet.“ Wir, die Touristen, kommen uns hier sehr überflüssig vor. Alle Einheimischen arbeiten unermüdlich gegen den Schlamm an; wir wagen nicht, mit unseren Fragen nach Ausmaß und Fluchtmöglichkeiten vorzudringen.

Wir stapfen in das kleine Rathaus und erkundigen uns, ob jemand französisch, englisch oder deutsch spricht. Nein, es gibt keinen. Auf einem Zettel malen wir die Richtung Bilbao und San Sebastian, dahinter „Francia“. Mit einem großen Fragezeichen versehen reichen wir den Zettel einem freundlichen Basken. Er versteht. Und wir schöpfen Hoffnung, als er beginnt mit großen Buchstaben Ortsnamen aufzuschreiben. Ja, wir verstehen. Dort können wir versuchen, uns durchzuschlagen bis zur Autobahn. Die Straßen sollen provisorisch wieder repariert worden sein.

Ein Straßenzug nach der Katastrophe in Bakio: Reparaturarbeiten werden wohl noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

(Fotos: Gilles [6], Boeken)



Der Versuchung können wir nicht widerstehen. Die Berliner mit ihrem Campingbus und die beiden Starnberger schließen sich uns an. Letztere haben wir mit in unseren Wagen gepackt, um sie bis zu einer größeren französischen Stadt mitzunehmen, von wo aus sie einen Zug nach Bayern nehmen können. Ihr Auto haben sie in Bakio lassen müssen. Totalschaden – der Urlaub ist beendet. Ob eine Versicherung für den Schaden aufkommt, ist ungewiß. Mit vier Personen, einem großen Hund und viel feuchtem Gepäck fahren wir los. Unsere Stimmung schwankt: Kommen wir durch bis San Sebastian? Und was ist, wenn eine Straße plötzlich abrutscht und uns in die Tiefe reißt? Jeder hängt seinen Gedanken nach; keiner wagt, darüber zu sprechen.

## Mit Tempo 30 durch Matsch und Wasser

Mit Tempo 30 schleichen wir durch Matsch und Wasser, das nun an Höhe beträchtlich nachgelassen hat. Wir müssen aufpassen: Plötzlich hören Straßen auf und nach etwa 20 Metern führen sie weiter. Dazwischen, im Abgrund, liegen Geröll und Schlamm. Immer wieder müssen wir uns vorsichtig weitertasten, Umwege nehmen. Schließlich haben wir Bilbao erreicht. Fast ge-

schafft! Dort sieht es grausig aus. Die Wassermengen, die hier eine Höhe von fünf Meter erreicht hatten, rauschen immer noch durch tiefer gelegene Straßen und Gassen. Wir können an der oberen Stadtgrenze die Schadensstellen umfahren. Und endlich das Schild: San Sebastian – Autobahn. Wir atmen auf und beginnen wieder zu reden.

Noch auf der Autobahn können wir die Spuren der Katastrophe überall sehen. Umgeknickte Bäume, abgerissene Hauswände, Ruinen, Trümmer. Der Spanier, der an der Autobahn die Gebühren kassieren soll, scheint mit uns zu fühlen. Er läßt uns gratis passieren.

Wie das Ausmaß der Katastrophe tatsächlich war, erfahren wir erst Zuhause. Dort stellen wir auch fest, daß wir sehr viel Glück hatten: Denn die Provinz Viscaya mit dem Zentrum Bilbao war tatsächlich am schlimmsten betroffen. „Bilbao sieht aus wie Atlantis nach dem Untergang“, schrieb eine Presseagentur. Rettungsarbeiten, die wohl noch länger andauern werden, wurden hauptsächlich von der spanischen Armee und von der Polizei, Feuerwehr, dem Roten Kreuz und von zahlreichen freiwilligen Helfern durchgeführt. Die Marine setzte vier Zerstörer ein zur Versorgung des Baskenlandes mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten.

# Der in Not geratene Mensch hat ein Anrecht auf Hilfe

Medizin und Ethos sind eng miteinander verbunden –  
Die Negierung des Anrechts auf Hilfe und die Verweigerung  
der Hilfeleistung sind kein Mittel, Katastrophen zu verhindern

„Es ist sicherlich eines jeden Menschen, vor allem des Christen, Pflicht, alles denkbar mögliche zu tun, um Gewalt und Terror, Krieg und letztlich vernichtende Zerstörung zu verhindern . . . Die Negierung des Anrechtes auf Hilfe bzw. die Verweigerung von Hilfeleistung und ihrer Vorplanung sind sicherlich kein probates Mittel, Katastrophen verhindern zu wollen, ja es wäre ein kaltes Abschreiben der schon bereits leidenden Menschen.“ Diese Feststellungen traf Pater Alois Kreienbaum, Direktor der Fortbildungsakademie für Gesundheitshilfe des Deutschen Caritas-Verbandes, in seinem Referat „Ethik ärztlichen Handelns in der Katastrophe“, gehalten anlässlich einer Ärztetagung für Katastrophenmedizin in der zentralen Ausbildungsstätte des Malteser-Hilfsdienstes in Köln.

Der Salesianer-Pater stellte die enge Verbindung zwischen Medizin und Ethos heraus und zeigte die Problematik der individuellen Entscheidung auf, vor der jeder Mensch – vor allem im konkreten Fall der Arzt – steht, wenn er zwei einander ausschließende Werte prüfen und einem den Vorrang geben muß.

Das Zivilschutz-Magazin druckt nachstehend die Ausführungen Pater Alois Kreienbaums im vollen Wortlaut ab; sie stellen im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um die Katastrophenmedizin einen überaus beachtenswerten Beitrag dar.

Das Handeln in der Katastrophe steht unter einem hohen sittlichen Anspruch – geht es

doch um das Leben vieler – und es verlangt von einem jeden aufgrund besonderer Gegebenheiten große Entscheidungs- und Verantwortungsbereitschaft und Fähigkeit – und das gilt insbesondere auch für das ärztliche Handeln.

Der Blick in die Geschichte lehrt uns, daß Medizin und Ethos – und damit notwendig auch die Ethik – immer auf das engste miteinander verbunden waren, einander stark beeinflusst haben, und das auch heute. Und das deswegen wohl, weil die Medizin es unmittelbar mit dem Menschen zu tun hat, die Krankheit tief verändernd in das Leben des Menschen eingreift und das Beziehungsfeld Patient/Arzt nicht selten spannungsgeladen macht.

Ethik als die Theorie, als die Lehre vom Ethos, versucht, in Form von Normen u. a. dem Menschen Regelungen an die Hand zu geben für sein Verhalten, seine Entscheidungen und Handlungen. Ethik schafft nicht die Normen, sondern leitet sie ab von den dem Sein zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten, Werten bzw. von der in der Natur vorgegebenen Ordnung.

Konkret bedeutet das: Der Mensch selbst, sein Wesen als Individual- und Sozialwesen, seine Bestimmung, sein Ziel, das sind u. a. die normgebenden Größen, das Verhalten und Handeln des Menschen. Und so kann mit Fug und Recht gesagt werden, der Mensch selbst ist normgebende Instanz, nicht im Sinne: Der Mensch sei das Maß aller Dinge, sondern der Mensch, sich selbst vorgegeben, geschaffen, ist Grund und Maß der Normen.

Es muß aus diesen kurzen Vorüberlegungen nicht eigens gesagt werden, daß es dem Inhalt und der Form nach nicht eine

Ethik, sondern deren viele gibt, abhängig von Kulturräumen, Weltanschauungen, Religionen usw., wie immer also das Bild vom Menschen gesehen und gedeutet wird.

Die Ethik hat immer neu die Aufgabe, dem handelnden Menschen die Werte und die zugrunde liegende Ordnung transparent zu machen, damit er für seine Zeit und seine jeweilige Aufgabe das rechte Verhalten und die rechte Entscheidung finden kann. Denn niemand, die Ethik wie auch der Ethiker, kann dem einzelnen Menschen seine persönliche Entscheidung abnehmen.

Das Thema des heutigen Tages ist von solch komplexer Art, daß es in der Kürze der Zeit nicht umfassend dargelegt werden kann, und so will ich thesenhaft einige Aussagen zu dem Thema „Ethik ärztlichen Handelns in der Katastrophe“ machen.

## Das Anrecht auf Hilfe

1. Der in Not geratene oder seiende Mensch hat ein Anrecht auf Hilfe. Der am Straßenrand verunglückt liegende Autofahrer erwartet mit Recht, daß ihm geholfen wird – und das nicht nur, weil ein Gesetz solches vorschreibt. Das Anrecht auf Hilfe und die Pflicht zur Hilfe sind begründet im Wesen des Menschen.

Der Mensch als Individualwesen ist ebenso auch Sozialwesen, er ist in seinem Werden und Sein auf den anderen verwiesen, und ohne den anderen kann er nicht sein, nicht existieren – und so muß auch er für den anderen dasein, dasein wollen.

Der Mensch ist wesentlich Beziehung. Die Fabel von der Verantwortung eines jeden Gliedes für den ganzen Organismus bzw. das Bild von Paulus, daß, wenn ein Glied krank ist, alle in Mitleidenschaft gezogen und alle zur Hilfe aufgerufen sind, verdeutlichen bildhaft die Wesensbestimmung des Menschen.

Dieses Verwiesensein auf den anderen und das Dasein für den anderen haben dauernde tägliche Gültigkeit im menschlichen Lebensvollzug. Sie erhalten aber vor allem aktuelle Bedeutung – auch im Sinne des Anrechtes und der Pflicht – in Zeiten der Not. Das gilt für den privaten wie auch für den öffentlichen Lebensbereich.

Jesus macht diese Schöpfungsordnung in der Parabel vom Barmherzigen Samariter deutlich und verknüpft es mit dem alles umfassenden Gebot der Gottes- und Nächstenliebe.

Die Pflicht, helfen zu wollen, ist eindeutig und verbindlich. Strittig dagegen ist in der ethischen Überlegung die Weise des Hel-

fens, was das Ziel des Helfens sein soll, wem immer und in jedem Fall geholfen werden soll usw.

## Hilfe für alle

2. Das Anrecht auf Hilfe verliert niemand, auch nicht, wenn er durch eigenes Verschulden in die Not geraten oder gar der Feind ist. Die Würde des Menschen besteht sicherlich u. a. in seiner Freiheit und Selbstbestimmung, doch seiner Verfügungsmacht über sich selbst sind, weil er Geschöpf ist, Grenzen gesetzt, subjektiv wie objektiv. Er kann sich nicht regieren, in dem Sinne, er kann sich nicht ungeschaffen machen.

Der Mensch ist wesentlich Beziehung. Er kann die Beziehung negieren, er kann sie aber nicht aufheben, und so bleibt er – was immer er auch getan haben mag – ein Glied der menschlichen Gesellschaft, und die menschliche Gesellschaft ihrerseits hat nicht das Recht, einen generell und absolut aus ihrer Gemeinschaft auszuschließen.

Ahnend um diese unauslöschliche Bindung fragen die Apostel den Herrn: Wie oft muß ich meinem Bruder vergeben? Und Jesus sagt ihnen: Immer – und er fordert sie an anderer Stelle auf, den Feind zu lieben.

Das Helfenwollen nach christlich-ethischer Auffassung zielt auf den Menschen und urteilt nicht nach gut und böse. Hier gilt ganz sicherlich auch Jesu Wort: Ich bin gekommen, nicht um zu richten, sondern um zu dienen, und ich will, daß sie das Leben haben.

Und ganz sicherlich wird jener Helfer, der in den Kategorien Gut und Böse über die in Not geratenen Menschen denkt und urteilt, sich selbst um die Chance bringen, ganzheitlich helfen zu können.

## Pflicht zur Kriegsverhinderung

3. Die Negierung des Anrechtes auf Hilfe bzw. die Verweigerung von Hilfeleistung und ihrer Vorplanung sind sicherlich kein probates Mittel, Katastrophen verhindern zu wollen, ja, es wäre ein kaltes Abschreiben der schon bereits leidenden Menschen.

Es gibt sicherlich unter den verschiedenen Formen von Katastrophen die sogenannte „eingeplante Katastrophe“, Katastrophen also, die Folgen sind von Gewaltherrschaft, Terror oder Krieg. In jüngster Zeit gibt es Helfergruppen, die einen Einsatz in geplan-

ten Katastrophen ablehnen und jene, die bereit sind, ihn zu leisten, in die Nähe des Kriegsdienstes und seiner Vorbereitung rücken.

Es ist sicherlich eines jeden Menschen, vor allem des Christen, Pflicht, alles denkbar mögliche zu tun, um Gewalt und Terror, Krieg und letztlich vernichtende Zerstörung zu verhindern.

Aber wir können das Böse – so wie die Menschen beschaffen sind – in dieser Welt nicht beheben. Wer eine von jeglicher Bosheit freie Welt will, muß eben diese Welt vom Menschen befreien oder dem Menschen die Freiheit zum Bösen und damit auch zum Guten nehmen. Beides kann und darf der Mensch sicherlich nicht wollen.

Den Menschen christlich bejahen heißt, ihn auch in seiner Schwäche, ihn auch mit jener Möglichkeit bejahen, daß er seinen freien Willen mißbraucht und ihn dennoch nicht fallen lassen, wenn er gefallen ist, sondern ihm zu helfen, wie ein Christ nur helfen kann, nach dem Vorbild des Herrn, wie es bei Matthäus 4, 23 heißt: „Er durchzog ganz Galiläa, lehrte in ihren Synagogen, verkündete die Heilsbotschaft vom Reich und heilte jede Krankheit und jedes Gebrechen im Volk.“

Kranke, die ihm hörend und glaubend begegnen, werden gesund, sie werden in ihrem Leben konkret heil und nehmen die Botschaft des Heiles an. Gottes Ja zum Menschen meint eben den ganzen Menschen, das ganzheitliche Heil des Menschen:

1. Die Sorge, daß der Mensch hier und jetzt in seinem Leben schon heil wird und
2. die Verkündigung und die Vermittlung der Versöhnung und des Heiles, daß nämlich Gott das endgültige Leben und Heil des Menschen will.

Beides, die Sorge wie die Verkündigung, machen Jesu Wirken aus – und wer Jesu Wirken begrenzen will auf jene Menschen, die sich wohlverhalten, hat seine Sendung verkannt.

Und so werden die Vorbereitung von Hilfsmöglichkeiten für den Katastrophenfall, wie auch der tatsächliche Einsatz aus ethischer Überzeugung sich konsequenterweise richten müssen nach der Bedürftigkeit, nach der jeweiligen evtl. zu erwartenden Not.

## Das Ethos ärztlichen Handelns

4. Salus infirmi suprema lex – das will heißen, das Ethos ärztlichen Handelns, genauer gesagt das Grundanliegen und vor-

allem das Ziel ärztlichen Handelns muß die salus infirmi sein. Diese Forderung, salus infirmi suprema lex, geht sicherlich über den hypokratischen Eid hinaus, setzt andere Akzente, fordert den Arzt ganz anders heraus in seiner ethischen Verantwortung für den Menschen in Not. Das gilt bereits in ganz normalen Zeitverhältnissen, das vor allem aber in Grenzbereichen und besonders in Katastrophenfällen.

Diese allgemeine Grundregel salus infirmi suprema lex in konkrete Handlungsregeln für den täglichen Gebrauch, wie für den Katastrophenfall umzumünzen, ist schwierig und bedarf der lebenslangen Einübung, wobei hohe ethische Wertschätzung des Menschen als Geschöpf Gottes, als Individuum wie als Person, und große Erfahrungsvoraussetzungen sind.

Weil jede Situation neu und anders ist, weil der leidende immer ein konkreter, geschichtlich individueller Mensch ist mit seiner ganz einzigartigen Lebensgeschichte, muß auch jede Beurteilung und jede Entscheidung individuell sein, und feststehende und alles normierende Regeln wird es hier nicht geben können.

Wer im Vorfeld des eigenen Entscheidens in den Grenzbereichen oder auf den Katastrophenfall hin sich nicht die Erfahrung älterer Kollegen zu eigen macht in echter Aufarbeitung, der handelt schlichtweg auf den Tag X hin unsittlich.

Was bedeutet der Begriff salus für den einzelnen konkreten Menschen mit seiner ganz individuellen Lebensgeschichte in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft? Salus bedeutet sicherlich Gesundheit, aber auch anderes als Gesundheit und mehr, als mit dem Wort Gesundheit umschrieben wird. Salus bedeutet ganz allgemein Leben, und zwar das Leben des Menschen in seiner untrennbaren Ganzheit und Einheit von Leib, Seele und Geist. Salus bedeutet vor allem auch Heil, Heil in umfassendem Sinne: Heil in der Beziehung zur Welt, zum Mitmenschen, zu sich selbst, zu Gott, Heil also im biblischen Sinne. So auch die salus als das Heil des sterbenden Menschen. Salus als das sich letzte und radikale Einlassenkönnen auf seinen Herrn und Schöpfer: Herr, in Deine Hände befehle ich meinen Geist.

Wer diesem Zielgebot sich verpflichtet weiß, ist nicht einfach dem Leben, sondern dem Menschen, dem Wohl des Menschen verpflichtet, der weiß sich in Dienst genommen von der salus und dem Wohl des ganz individuellen, konkret geschichtlichen Menschen zu dienen.

Ein solcher Arzt kann auch die nicht aufhebbaren Grenzen erkennen und für sich anerkennen: Grenzen, die vielleicht in seinem Vermögen begründet sind, Grenzen, die die Natur bzw. die Katastrophe oder gar der Patient setzt. Er muß vor der unaufheb-

baren Grenze nicht fliehen wie vor einer Niederlage. Der Arzt ist ja nicht Herr des Lebens oder des Todes, sondern Diener der *salus infirmi* – und die *salus* fordert ein, freilich recht verschieden, je nach Ziel, Situation, Möglichkeit usw. dieses konkret kranken Menschen.

Und hier sind Sensibilität und Erfahrung notwendig, um die Signale wahrnehmen und deuten zu können. Und damit kommen wir zu einer weiteren These.

## Die Frage des Machtgebrauchs

5. Vieles, was ärztliche Macht vermöchte, erscheint im christlich-humanen oder ethischen Empfinden fragwürdig. Es ist hier der ganze Grenzbereich ärztlichen Handelns angesprochen. Ich will hier nicht in Details einsteigen, das ist nicht Aufgabe eines Ethikers, sondern ureigenste Aufgabe des Arztes selbst. Er ist der kompetente Mensch. Ich möchte allgemeine Überlegungen anstellen, aus denen wiederum Handlungsregeln abgeleitet werden können.

Aus dem gesamten Problembereich möchte ich die Macht ansprechen. Das Problem Macht greift Guardini in seinem Werk „Ende der Neuzeit“ auf und schreibt dazu: Das Kernproblem sei die Macht, nicht ihre Steigerung, wohl aber ihre Bändigung, ihr rechter Gebrauch. Bei genauer Prüfung zeige sich, daß im Laufe der Neuzeit zwar die Macht über das Seiende, Dinge wie Menschen, in einem ungeheuerlichen Maße angestiegen sei, der Ernst der Verantwortlichkeit aber, die Klarheit des Gewissens, die Kraft des Charakters mit diesem Anstieg durchaus nicht Schritt gehalten habe. Es zeige sich, daß der moderne Mensch nicht zum richtigen Gebrauch der Macht erzogen sei, da ihm weithin das Bewußtsein des Problems fehle. Der neuzeitliche Mensch sei auf den ungeheuren Aufstieg seiner Macht nicht vorbereitet. Es gäbe noch keine richtig durchdachte und wirkmächtige Ethik des Machtgebrauches. Soweit Guardini.

Nicht die Frage nach der Macht – Macht ist nichts Ungutes – sondern die Frage nach dem rechten Machtgebrauch steht als Problem im Raum. Also die Frage, was an Macht, was also an medizinischen, medizinisch-technischen Möglichkeiten angewandt, wie, in welchem Umfang, auf welche Personen, zu welchem Ziel sie eingesetzt werden sollen.

Guardinis Anliegen ist nicht so sehr eine Gesetzesethik, also gleichsam von oben herab normierte Handlungsregeln für den rechten Gebrauch der Macht in jedem Ein-

zelfall. Solches gibt es nicht, sondern erfordert die Fähigkeit eines jeden einzelnen, der Macht hat und sie ausübt, daß, um es auf unseren Problembereich einzugrenzen, der Arzt im Katastrophenfall nach dem Kriterium *salus infirmi* entscheiden kann, was an Machteinsatz gut und damit erlaubt bzw. ungut und somit unerlaubt ist und seine innere Haltung und Einstellung auch damit in Übereinstimmung bringen kann.

Voraussetzungen dafür sind Problemorientierung, also Aneignung von entsprechendem Fachwissen und seine Beherrschung; ferner Wert- und Personorientierung, wober ich bereits gesprochen habe.

Bei der sachbezogenen und ethischen Entscheidungsfindung nach dem Grundsatz *salus infirmi supreme lex* muß – wie sonst auch – im Katastrophenfall aber besonders, die *salus* der Helfer bedacht werden und als eigene Komponente in den Entscheidungsprozeß eingebracht werden. Ich denke etwa an eine strahlende Katastrophe. Kein Verantwortlicher kann das Wohl des Mitarbeiters opfern, um dem Wohl der betroffenen Menschen zu dienen. Wenn solches aber als notwendig erscheint, dann kann solches Tun nur in der Entscheidung des einzelnen Betroffenen selbst liegen, der bereit ist, nach dem Wort des Herrn zu handeln, niemand hat eine größere Liebe, als er sein Leben hingibt für seine Freunde.

## Die Grenzen der ärztlichen Macht

6. Die ärztliche Macht findet ihre Grenze an dem generellen wie auch an den situativen Möglichkeiten. Was technisch an sich möglich und ethisch erlaubt ist, ist gerade in Katastrophenfällen oftmals nicht durchführbar, weil es ganz einfach an den technischen Voraussetzungen bzw. an Helfern und Material fehlt. Es gilt hier sicherlich der alte Grundsatz: Niemand ist über sein Können hinaus verpflichtet.

Aber genau das wirft ethische Probleme auf und stellt die Verantwortlichen vor fast unlösbare Fragen. Da es sicherlich nicht nach dem Motto gehen kann, alles oder nichts, steht man in der Entscheidung, wem soll in solch einem Fall der medizinische, der pflegerische Dienst zugute kommen?

Ein Weg wäre der etwa: dem zu helfen, dem man zuerst in seinem Helfenwollen begegnet. Eine solche Hilfe wäre freilich dem Zufall ausgeliefert, und das kann im letzten nicht befriedigen.

Eine weitere Möglichkeit wäre nach einer Problemorientierung folgende Überlegung: Wo ist die Hilfe am nötigsten? Wo

brauchen Menschen einen am nötigsten? Was heißt aber hier am nötigsten?

Oder eine andere Überlegung: Wo ist die Hilfe am effektivsten? Kann das heißen: Menschen mit aussichtsloser Prognose sich selbst zu überlassen, um alle Kräfte, menschliche wie materielle, auf jene Menschen zu konzentrieren, denen man noch das Leben, und zwar ein menschengemäßes Leben, retten und erhalten kann – und das ebensoviel als möglich.

Darf, ja kann man so überhaupt fragen? Ich glaube schon, angesichts der Tatsache, daß man nicht allen helfen kann.

Ich denke hier an den Bericht eines Arztes, eines Arztes auf einer Tagung über Tod und Euthanasie in den 70er Jahren. Er berichtete folgendes: Rußland-Feldzug 1943/44. Die Sanitätsgruppe mußte das vorgeschobene Lazarett vor dem anrückenden Feind räumen. Beim Aufbruch wurde noch ein Soldat gebracht, dem durch Granatschuß der untere Teil des Leibes weggerissen war, und dazu hatte er noch Gasbrand. Nach 30 Jahren war die Entscheidungssituation von damals noch so gegenwärtig, als stände er noch mittendrin, die ihm keine Ruhe in all den Jahren gelassen hatte.

Ich will seine Entscheidungssituation wiedergeben, wie er sie damals empfunden und bewältigt hat. Da war für ihn die Frage: Sollte er ihn mitnehmen, sollte er ihn zurücklassen? Aufgrund technischer wie materieller Möglichkeiten wie auch der anderen Verwundeten willen hat er sich entschieden, ihn zurückzulassen.

Damit die weitere Frage: Sollte er bei ihm zurückbleiben und damit die anderen Verwundeten ohne ärztliche Hilfe lassen? Er habe sich entschieden für den Transport, er wollte an der Seite der Verwundeten bleiben. So mußte er den Sterbenden allein zurücklassen.

Der Soldat – voll Bewußtsein – bat dann um die erlösende Spritze: Er habe so furchtbare Schmerzen, seine Lage sei einfachhin aussichtslos, er wolle sich nicht in die Hand der Russen ausliefern lassen.

Sollte er die Bitte des Soldaten nachkommen? Was war die *salus* dieses Menschen in dieser Situation? War die Bitte des Soldaten unsittlich, war dieser Bitte nachzukommen unsittlich?

Solch eine Katastrophensituation zeigt auf, daß der verantwortlich denkende und handelnde Mensch in Entscheidungssituationen geraten kann, wo keine Normen greifen, wo keine Vorstellungs- und Handlungsschemata Entscheidungshilfen bieten können, wo vielmehr der einzelne – ausgehend von allgemeinen Grundsätzen – zur normgebenden Instanz, ja zur ureigensten Entscheidung gezwungen wird – und das macht, wie Sartre sagt, Angst.

Und der allgemeine ethische Grundsatz für diese Krise und Katastrophensituation könne etwa lauten: Unausweichlich in die Situation versetzt, ein Übel zu verursachen, gleichviel wie er handle, habe der Mensch zu prüfen, welches Übel das schlimmere sei, um das zu vermeiden, um sich dann für das geringere zu entscheiden.

Oder positiv ausgedrückt: Vor zwei miteinander konkurrierende, einander ausschließende Werte gestellt, hat der Mensch zu prüfen, welche der beiden Werte der Vorrang gegeben werden muß, um dann ihn auch handelnd verwirklichen zu können.

Nach diesem Grundsatz und eingedenk der salus des betroffenen Soldaten habe er ihm auch die erlösende Spritze gegeben. Man mag – was diese Entscheidung angeht – verschiedener Ansicht sein, vor allem auch vom rechtlichen Standpunkt aus. Ich denke aber, daß dieser Arzt eine ethische Entscheidung getroffen hat, mit der er vor seinem Gewissen und vor seinem Gott bestehen kann, wenn es auch emotional vielleicht nicht ganz leicht sein dürfte, damit zu leben.

Unreflektiert wird diese Vorzugsregelung im Krankenhaus wie auch im Leben überhaupt häufigst praktiziert. Ich denke aber, eben das müßte weitaus mehr ganz konkret und bewußt geübt werden, um dann in äußerster Krise eine solch extreme Entscheidung auch treffen zu können.

Entscheidungsunfähigkeit fügt nämlich zu der schon bestehenden Katastrophe nur noch eine weitere hinzu, nämlich, daß der Verantwortliche wie auch seine Helfer dem Aktivismus oder auch der Resignation verfallen können und so mögliche Hilfe vielleicht verhindern.

Darüber hinaus werden dann noch Schuldgefühle entwickelt, nicht recht entschieden und gehandelt zu haben. Es ist aber doch fatal, wenn jene, die sich dem Guten verschrieben, dem Guten dienen wollen, aufgrund ihres Dienstes dann noch Schuldgefühle in sich entwickeln. Davon zu unterscheiden sind die unguuten Gefühle, die da aufkommen können, wenn der Mensch das Gefühl hat, daß er nicht allen und allen nicht genug geholfen habe.

Geht uns das nicht eigentlich täglich so, nur daß wir es nicht so bewußt registrieren? Ich habe im Krankenhaus als Pfarrer nie sagen können, es ist allen pastoral so geholfen, wie sie es bräuchten. Aber ein weiser Pastoral-Theologe hat uns in unserer Ausbildung gesagt und es auch einüben lassen, daß wir gerade angesichts ungeheurer Not selbst die Grenzen zu ziehen haben, um existieren und auch weiter wirken zu können.

Es gilt auch hier das Wort: Wir sind Gottes Mitarbeiter, aber nicht seine Vorarbeiter.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/in der BVS-Dienststelle Cuxhaven**  
(Verg.-Gr. IV a BAT) – sofort –
2. **Leiter/in der BVS-Dienststelle Bochum**  
(Verg.-Gr. IV a BAT) – sofort –
3. **Leiter Fachgebiet II 2 (Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle Hessen**  
(Verg.-Gr. IV a BAT) – ab 1. 4. 1984
4. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Bonn**  
(Verg.-Gr. V b BAT) – ab 1. 2. 1984 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **15. November 1983** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Regierungspräsidenten Köln ist zum 1. 7. 1984 die Stelle des

### **Dezernenten für den Katastrophenschutz**

zu besetzen. Die Stelle ist nach Vergütungsgruppe I b BAT bewertet.

Die Tätigkeit eines Dezernenten im Bereich des Katastrophenschutzes umfaßt folgende Aufgabenbereiche

Überprüfung von Katastrophenschutzplänen

Aufsicht über Katastrophenschutz-Einheiten aller Fachdienste

Inspektionstätigkeit

Anlage und Durchführung von Katastrophenschutzübungen.

Bewerber sollten über einschlägige bzw. vergleichbare langjährige Berufserfahrungen verfügen, daher sollte der Bewerber nicht wesentlich unter 40 Jahre alt sein. Ferner erfordert der Aufgabenbereich sicheres Auftreten, Verhandlungsgeschick und Organisationstalent. Zudem sollten aufgrund der Art der Tätigkeit Erfahrungen im Umgang mit Katastrophenschutzorganisationen und die Befähigung zur Ausbildung von Führungskräften bestehen. Das Vorhandensein umfassender Verwaltungskennntnisse und technisches Verständnis wird vorausgesetzt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte ich mir bis 6 Wochen nach Veröffentlichung an folgende Anschrift zuzusenden:

**Der Regierungspräsident  
Dezernat 11  
Zeughausstr. 4–10  
5000 Köln 1**

CDU-Landespolitiker informierten sich über Zivilschutz

## Innenminister Dr. Möcklinghoff: „Militärische Verteidigung ist ohne Zivilschutz absurd“

Zweitätiges Seminar an der BVS-Schule Voldagsen – Innenminister versprach Unterstützung

Anläßlich eines Informationsseminars zum Thema „Zivilschutz“ besuchten Mitglieder der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die BVS-Schule Voldagsen. An der Tagung nahmen die Abgeordneten der Ausschüsse „Recht“ und „Innere Verwaltung“ mit ihren Vorsitzenden Hartmann und Thole teil; das niedersächsische Innenministerium war durch Staatssekretär Dr. Heidemann und Ministerialdirigent Antonischki vertreten. Im weiteren Verlauf des Seminars konnten BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl und Schulleiter Garbrand Fisser auch den Innenminister Niedersachsens, Dr. Möcklinghoff (CDU), begrüßen.

In seiner Ansprache bekannte sich der Minister zu der Notwendigkeit des Zivilschutzes, ohne den das auf Abschreckung basierende Verteidigungskonzept unglaublich würde. „Was nützt uns unser Verteidigungskonzept, wenn wir im Kriegsfall nicht wissen, wie wir die Zivilbevölkerung vor feindlichen Angriffen schützen sollen?“ fragte Dr. Möcklinghoff. Vom Zivilschutz hänge unmittelbar die Verteidigungsbereitschaft ab. „Niemand wollte kämpfen, wenn er wüßte, daß seine Angehörigen zu Hause keine Chance zum Überleben haben,“ sagte der Innenminister und kritisierte, daß in der Bundesrepublik Deutschland zu wenig für den Zivilschutz getan werde.

„Wir meinen, daß ein Krieg in der heutigen Zeit nicht mehr führbar ist. Deshalb müssen wir stark sein, um wirkungsvoll abschrecken zu können – eben damit ein solcher Krieg nicht begonnen wird. Der Zivilschutz ist ein fester Bestandteil der Abschreckungsstrategie, denn damit zeigt ein Land, daß es wirklich bereit ist, sich zu verteidigen. Ein Krieg wird dadurch unwahrscheinlicher!“

Staaten wie die Schweiz, Schweden, China und die Sowjetunion seien in Sachen Zivilschutz vorbildlich. Bei uns werde zwar viel Geld für die militärische Verteidigung ausgegeben, den Zivilschutz aber verdränge man. „Dabei gehört der Beitrag des Zivilschutzes unbedingt dazu!“ betonte Dr. Möcklinghoff und versicherte, daß es sich hierbei auch um die Meinung der Bundesregie-

Die CDU-Landtagsabgeordneten stellten sich zusammen mit Ministerialdirigent Antonischki (erste Reihe, Zweiter von rechts) und BVS-Landesstellenleiter Sohl (links) zum Gruppenbild.



rung handele. Er und seine anwesenden Parteifreunde versprachen, sich für eine Förderung des Zivilschutzes einzusetzen. So solle beispielsweise geprüft werden, ob man auf Landesebene Zivilschutzmaßnahmen bei der Errichtung öffentlicher Gebäude fordern könnte. Zwar habe man schon vor Jahren im Kabinett einen entsprechenden Beschluß gefaßt, diesen aber nur in Form einer Empfehlung, die wohl nur selten befolgt wird.

Die Landtagsabgeordneten hatten sich in den zwei Tagen an der BVS-Schule eingehend über den Zivilschutz und dessen Problematik informiert. Das Seminar begann mit einem Vortrag von Ministerialdirigent Antonischki, der die Grundsätze der Zivilen Verteidigung aus der Sicht des Landes Niedersachsen darlegte. Oberst i. G. a. D. Resch verdeutlichte die Situation der Zivilbevölke-

rung im Verteidigungsfall aus der militärischen Sicht. Darüber hinaus waren Referate von BVS-Mitarbeitern zu hören.

Auf dem Tagungsprogramm standen ferner die Besichtigungen des im Bau befindlichen Kernkraftwerkes Grohnde und des Warnamtes III in Rodenberg am Deister. Warnamtsleiter Biskupek führte die Besucher in die Arbeitsweise seiner Behörde ein. Am Abend des ersten Tages folgten die Politiker einer Einladung des Landrates von Hameln/Pyrmont, Fritz Saacke (CDU). Oberkreisdirektor Dr. Horst Kallmeyer nutzte die Gelegenheit, um die Abgeordneten über die Katastrophenschutz in seinem Landkreis zu unterrichten.

BVS-Landesstellenleiter Sohl stellte abschließend mit Zufriedenheit fest, daß die niedersächsische Landesregierung und die CDU die wesentliche Aufgabe des BVS, dem Mitbürger die Notwendigkeit des Zivilschutzes nahezubringen, mittragen. „Es ist ein Geschäft, die Bevölkerung auf Gefahren vorzubereiten, die hoffentlich nie auftreten werden,“ erklärte Sohl, „aber der Zivilschutz ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge.“

Abschließend bedankte er sich bei dem Innenminister und den Landtagsabgeordneten für ihr Kommen. Ausschußvorsitzender Hartmann zeigte sich von der Gastfreundschaft an der BVS-Schule angetan. Er gab seiner Hoffnung auf eine in Zukunft intensivere Zusammenarbeit zwischen BVS und CDU-Fraktion Ausdruck.

M. F.



Innenminister Dr. Möcklinghoff wurde an der BVS-Schule Voldagsen von BVS-Landesstellenleiter Sohl begrüßt. (Fotos: Fisser)

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Neustadt.** Als erste Stadt im Kreis Ostholstein führte Neustadt in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Lübeck eine Selbstschutzwoche durch. Die Stadt habe stets ein offenes Ohr für die Belange des BVS, führte Dienststellenleiter Dieter Restorf aus. Bereits vor drei Jahren habe der Verband in guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung einen Zivilschutztag, Seminare und Ausstellungen durchführen können. Neustadt könne sich außerdem rühmen, die erste Stadt Ostholsteins zu sein, die Konsequenzen aus den Schneekatastrophen gezogen und einen eigenen Katastrophenschutzplan erarbeitet hat.

Aufgeschlossen wie die Verwaltung zeigten sich während der Selbstschutzwoche auch viele Bürger der Stadt. Sie besuchten einen Selbstschutz-Grundlehrgang, der an drei Abenden im Feuerwehrgerätehaus angeboten wurde. Gut besucht war auch ein Seminar für Vertreter von Behörden und Betrieben; 45 Delegierte beteiligten sich daran.

Informationsstände, ein Vortragsabend, Ausstellungen zu den Themen „Lebensmittelbevorratung“, „Schutzraumbau“ sowie „Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger“ waren weitere Angebote an die Bürger.

Ausklang und Höhepunkt zugleich bildete jedoch eine große Informationsveranstaltung, verbunden mit einem Sicherheitswettbewerb und einer spektakulären Schauübung aller Hilfsorganisationen unter freiem Himmel.

\*

**Albersdorf.** Anlässlich einer Selbstschutzwoche in Albersdorf hob Landrat Heinrich Buhse hervor, der Kreis Dithmarschen sei traditionsgemäß durch Katastrophen geprägt, besonders der „Blanke Hans“ bedrohe diesen Landstrich auch in der heutigen Zeit. Der Bürger solle daher wissen, wie er sich selbst schützen könne und keine Informationschance, die der BVS anbiete, auslassen.

Mit einer Fülle von interessanten Angeboten wurde die Bevölkerung in dieser Woche konfrontiert. So fand u. a. ein „Ratespiel für Kluge“ statt, fünf Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 126 Teilnehmern wurden durchgeführt, und an acht Informationsveranstaltungen – eine speziell für Frauen – nahmen viele Bürger teil. Auch die Geschäftswelt von Albersdorf beteiligte sich mit einer Schaufensterwerbung zum Thema „Selbstschutz“ an den Aktivitäten.

Neben vier weiteren Ausstellungen wurde die BVS-Bilderschau „Schutz und Wehr“ gezeigt. Viele Gäste waren zu der Eröffnung erschienen, unter ihnen

Eröffnung der Selbstschutzwoche in Albersdorf (von links): Bürgermeister Trube, Landrat Buhse, BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender, Amtsvorsteher Mumm, Kreispräsident Gosau und BVS-Dienststellenleiter Bonny.



Die Sieger des Sicherheitswettbewerbs in Albersdorf.



Schirmherr Landrat Buhse sowie Kreistagsabgeordnete aus dem Raum Albersdorf, Kreispräsident Gosau, Amtsvorsteher der benachbarten Kirchspiele, Kreisbrandmeister Bruhe, Amtswehrführer, Direktoren und Leiter von Schulen und Behörden sowie Vertreter von Feuerwehr, Polizei, DRK und DLRG. Auch der Amtsausschuß war nahezu geschlossen anwesend.

Mit einem Sicherheitswettbewerb endete die Selbstschutzwoche: Auf dem Schulhof der Grundschule hatten die Bürger Gelegenheit, ihre Kenntnisse in Fragen der Selbsthilfe zu testen. Die einzelnen Stationen des Wettbewerbs wurden, je nach Fragestellung, von der Feuerwehr, der Polizei, der DLRG und dem BVS betreut. Rund 80 „Mutige“ unterzogen sich dieser Prüfung, so auch Bürgermeister Trube und Amtsvorsteher Mumm, der die Schirmherrschaft übernommen hatte.

\*

**Flensburg.** Die BVS-Dienststelle Flensburg beteiligte sich am „Tag der offenen Tür“ auf dem NATO-Flugplatz Eggebek anlässlich des 25jährigen Bestehens des Marinefliegergeschwaders 2, Tarp, Kreis Schleswig-Flensburg. In einem Schutzraum wurden die Zivilschutzausstellung mit Filmkoje sowie eine Geräteschau aufgebaut.

Viele Besucher informierten sich über Fragen des Selbstschutzes und über den Schutzraumbau.

\*

**Schleswig.** 14 Tage lang hatte die Schleswiger Bevölkerung Gelegenheit, die BVS-Ausstellung „Schutz und

Wehr“ in der Kreissparkasse am Stadtweg zu besuchen. Bei der Eröffnung betonte Kreispräsident Andreas Franzen: „Wir können uns zu keinem Zeitpunkt in Sicherheit wiegen.“ BVS-Dienststellenleiter Roland Hiebich ergänzte: „Helfen wollen genügt nicht – man muß helfen können.“ Für die Ausbildung stünden die BVS-Dienststellen jederzeit zur Verfügung.

## Berichte aus Hamburg

**Hamburg.** Am 6. Juli 1983 verabschiedete der Direktor des BVS, Helmut Schuch, den Leiter der Landesstelle Hamburg, Franz Beiter, in den Ruhestand. In seiner Ansprache zeichnete Schuch noch einmal den Werdegang Beiters auf.

Seit 1954 war der Scheidende ehrenamtlicher Helfer der damaligen BLSV-Ortsstelle Emden. Am 1. August 1961 wurde Beiter hauptamtlicher Mitarbeiter des Verbandes und übernahm am 1. April 1963 als Leiter die Ortsstelle Emden. Im September 1967 wurde er Leiter der Bezirksstelle Stade, ab März 1969 Leiter der Bezirksstelle Lüneburg bzw. Bereichsbeauftragter für den Bereich Lüneburg. Am 1. Mai 1974 wurde Beiter mit der Leitung der BVS-Landesstelle Hamburg beauftragt.

Für seine ehrenamtliche Tätigkeit im Verband wurde Beiter die BVS-Ehrennadel durch den Direktor des Verbandes verliehen.

An der Feierstunde nahmen u. a. Ltd. Polizeidirektor Breuer als Vertreter der

BVS-Direktor Helmut Schuch überreicht Franz Beiter die Urkunde. (Foto: Morjan)



Innenbehörde, Oberbranddirektor Gerhard als Chef der Hamburger Feuerwehr, die Branddirektoren Brümmer und Ruhnau sowie die Direktionsbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr, Voß und Seemann, teil. Der Einladung gefolgt waren auch der Landesbeauftragte des THW, Trautvetter, sowie Vertreter der befreundeten Hilfsorganisationen ASB, DRK, DLRG, JUH und MHD sowie die ehrenamtlichen Helfer aus dem Bereich der BVS-Landesstelle Hamburg. Das Warnamt I war durch Warnamtsleiter Kneppenberg vertreten.

Für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sprach Ltd. Polizeidirektor Breuer dem scheidenden BVS-Landesstellenleiter für seine Tätigkeit in Hamburg Dank und Anerkennung aus. Der Katastrophenschutzbeauftragte des DRK, Cierzon, bedankte sich im Namen der Hilfsorganisationen für die gute Zusammenarbeit mit dem BVS und überreichte Beiter einen Zinnteller mit den Emblemen aller Hilfsorganisationen. Für die ehrenamtlichen BVS-Helfer sprach Kapitän Reichelt.

Im Anschluß führte Direktor Schuch Kurt Morjan als neuen Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg in sein Amt ein.

**Hamburg.** Zu einem Kinderfest, dessen Erlös einem Bergedorfer Jugendheim zugute kommen sollte, hatten der Sparclub „Immer hinein“ und die Stammtischkicker „Rappoldteweg 07“ eingeladen. Stammlokal beider Vereinigungen ist der „Briefkasten“, eine Gaststätte in Lohbrügge im Bezirk Bergedorf.

Beim Kinderfest gaben die Organisatoren den Bergedorfer Helfern des BVS Gelegenheit, ihre Mitbürger zu informieren.

Natürlich war die Bedingung, daß die BVS-Mitarbeiter ein Spiel betreuten. BVS-Fachlehrer Peter Wiese baute mit mehreren Helfern eine Löschübung für die Kinder auf: Mit einer Einstellspritze galt es, eine „Flamme“ zu löschen. Das Feuer ist auf eine Blechplatte aufgemalt,

wird mit genügend Druck darauf gespritzt, so klappen die Scharniere um, mit denen sie gehalten wird. Durch die Kinder, die viel Spaß dabei hatten, wurden auch viele Erwachsene an den Stand des BVS gelockt.

Bei der Endabrechnung der Sparer und Kicker ergaben sich 1316,03 Mark als Spende für das Jugendheim Gojenberg. Außerdem spendete ein Bürger das Geld für einen Telefonanschluß im Spielplatzheim Lohbrügge.



Unter Anleitung von Peter Wiese versuchen Sven und Sonja, mit der Einstellspritze die Feuertrappe „umzuspritzen“. (Foto: von Essen)

Mit dem Fest konnten viel Spaß, ein guter Zweck und Informationen für die Bürger gut miteinander verbunden werden.

## Nachrichten aus Bremen

**Bremen.** Insbesondere die Sommermonate hat der BVS in Bremen genutzt, um Straßenaktionen in Einkaufszentren durchzuführen. Das Ziel des Einsatzes der fahrbaren Einrichtungen der BVS-Dienststelle ist es, die Bürger verstärkt

zu einem „aktiven Selbstschutz“ zu motivieren. Hierbei hat sich der umgerüstete Kleinbus mit der Kinoleinwand im Heck bestens bewährt.

Im Gespräch mit den Bürgern in ihren Wohnbereichen stellen die BVS-Mitarbeiter immer wieder fest, daß die Mehrheit der Bevölkerung dem Zivilschutz sehr aufgeschlossen gegenübersteht und konkrete Informationen über Selbstschutzmaßnahmen im eigenen Hause gerne aufnimmt.

## Quer durch Niedersachsen

**Hoya.** Mit Eifer bei der Sache waren Mitglieder der Jugendfeuerwehr Hoya, als BVS-Mitarbeiter Manfred Lauer sie im Selbstschutz unterrichtete. Lebensrettende Sofortmaßnahmen, das Ablöschen brennender Bekleidung an einer Puppe und weitere Selbsthilfemaßnahmen standen auf dem Programm, das durch theoretischen Unterricht abgerundet wurde. Die Selbstschutz-Ausbildung der jungen Feuerwehrleute soll fortgesetzt werden.

**Pattensen.** Unter der Schirmherrschaft von Stadtdirektor Horst Drücker fand in Pattensen eine Selbstschutzwoche statt. Der BVS informierte die Bürger der Stadt an einem Stand auf dem Wochenmarkt über Sinn und Zweck des Selbstschutzes. In Geschäften wurde gezeigt, welche Lebensmittel und Arzneien für Krisenzeiten vorsorglich gelagert werden sollten.

Höhepunkt der Veranstaltungsreihe, an der sich auch Hilfsorganisationen sowie die Pattenser Polizei und Feuerwehr beteiligten, war ein Sicherheitswettbewerb, bei dem die Bürger ihre Kenntnisse auf dem Gebiet der Hilfeleistung unter Beweis stellen konnten. Eine Ausstellung von Fahrzeugen und Geräten bot den Besuchern Einblick in die Ausstattung der im Katastrophenschutz tätigen Organisationen.

**Rotenburg.** 52 Vertreter der Behörden nahmen an einer Informationsveranstaltung teil, die die BVS-Dienststelle Cuxhaven in Rotenburg durchführte. Ziel der eintägigen Veranstaltung war es einerseits, einen Eindruck von den im Verteidigungsfall drohenden Gefahren zu vermitteln, andererseits die Teilnehmer zur aktiven Mitarbeit im Selbstschutz aufzufordern.

Einen Themenschwerpunkt bildete die Förderung des Baus von Schutzräumen sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.

**Diepholz.** Im Rahmen der Maßnahmen zum Aufbau des Behördenselbstschutzes in Diepholz besuchten Angehörige von Post und Polizei einen BVS-Lehrgang, in dem sie u. a. in der Bergung ausgebildet wurden.

**Neustadt.** Einblick in ihre Arbeit gab die BVS-Dienststelle Hannover mit einer Informationsveranstaltung auf dem Kirchplatz in Neustadt. Die Bürger wurden darauf hingewiesen, daß gerade die Fähigkeit zur Selbsthilfe in den ersten Minuten nach Eintreten einer Katastrophe und vor dem Eintreffen organisierter Hilfe von großer Bedeutung ist.

BVS-Mitarbeiter Herbert Bethke und Otto Langforth erläuterten den breitgefächerten Katalog des Selbstschutzes; mit filmischen Beiträgen sowie Broschüren wurde ein Eindruck der Vielfalt der Selbstschutzmaßnahmen vermittelt.

**Wennigsen.** Vier Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hannover stellten den Bürgern von Wennigsen anhand von Filmen und Broschüren die Arbeit des BVS vor. Die Veranstaltung sollte dazu beitragen, das Interesse am Selbstschutz in der Bevölkerung zu wecken und auf einen Selbstschutz-Grundlehrgang hinzuweisen, der im November in Wennigsen stattfindet.

**Schlage-Ickhorst.** Eine SPD-Mitgliederversammlung, eine Ortsausschußsitzung, ein Dia-Vortrag über den Kilimandscharo und ein Blues-Concert – das waren Veranstaltungen, die BVS-Mitarbeiter Ende August im Landkreis Hannover unter die Lupe nahmen. Mehr noch: Die BVS-Vierer-Teams setzen sich, kaum von ihren ungewohnten Einsätzen zurück, an die Schreibmaschine und verfaßten Berichte über die besuchten Abend-Termine. Diese journalistische Übungsarbeit zählte zu den Höhepunkten eines einwöchigen Presseseminars der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Schlage-Ickhorst (Landkreis Hannover).

„Worum es hier geht, ist klar“, sagte Michael Krüger, Fachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Niedersachsen, „wir müssen unsere Kontakte zu den Medien, insbesondere zur lokalen Presse, entschieden verbessern. Und wenn wir das wollen, dann müssen wir wissen, wie bei den Zeitungen gearbeitet wird.“

Referent des Presseseminars war Cornelius Riewerts, Chef der Lokalredaktion der „Münsterschen Zeitung“. Riewerts ließ es nicht bei theoretischen Erörterungen der Alltags-Praxis in einer Redaktion bewenden: Von Beginn an wa-

ren die Teilnehmer, die aus Niedersachsen, Bremen und Hamburg kamen, mit dem Problem konfrontiert, Nachrichten und Berichte selbst zu verfassen. Das so zustandegekommene „Rohmaterial“ erwies sich als der optimale Lehrstoff: Fehler konnten erkannt und analysiert werden, und – was sich als besonders wichtig erwies – eine inhaltlich und formal auf die Bedürfnisse einer Redaktion abgestimmte Manuskriptabfassung wurde systematisch trainiert. Mit Erfolg, wie Riewerts im Verlauf des Seminars feststellen konnte.

Seminargast war Günter Cyriaks, Katastrophenschutz-Dezernent bei der Bezirksregierung Hannover. Seine Plauderei „aus dem Nähkästchen“ war für die BVS-Mitarbeiter eine willkommene Abwechslung.

Der Alltag indes kehrte in Gestalt journalistischer Übungen schnell zurück. Referent Riewerts setzte die Seminarteilnehmer bewußt unter Zeitdruck, indem er simulierte Pressekonferenzen abhielt und anschließend eine konzentrierte Wiedergabe des vorgetragenen Inhalts forderte. Ebenso wurde die schwierige Frage der Interview-Technik angegangen: Vor dem Mikrofon mußten sich die BVS-Dienststellenleiter in der Beantwortung auch unangenehmer Fragen üben.

Seine These, nach der auch der BVS-Mitarbeiter, wenn er Berichte für die lokale Presse verfaßt, Journalismus betreibt, suchte Riewerts dadurch zu belegen, daß er die Seminarteilnehmer zu ganz alltäglichen Terminen schickte – siehe oben. Die „an der Front“ gewonnenen Erkenntnisse über die Schwierigkeit, Vorgänge verständlich und schlüssig für den Leser der Zeitung darzustellen, halfen den Seminarteilnehmern, eine neue Einstellung zum „BVS-Fachchinesisch“ zu gewinnen.

Ein Besuch des Verlagshauses der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ stellte eine wertvolle Ergänzung des Seminarprogramms dar.

„Das A und O erfolgreicher Pressearbeit ist der persönliche Kontakt zu den Redakteuren“, stellte Riewerts immer wieder mit Nachdruck fest. Seine Forderung, einen guten persönlichen Kontakt zu den Journalisten zu schaffen, wurde von allen Seminarteilnehmern akzeptiert.

„Der BVS präsentiert keine schlechte Ware“, stellten Krüger und Riewerts zum Abschluß der Seminarwoche fest. Entscheidend sei, den Gedanken des Selbstschutzes objektiv gerade über das Medium der lokalen Tageszeitung zu vertreten.

Riewerts, demnächst Chefredakteur der Oldenburgischen Volkszeitung (Vechta) und mithin „Niedersachse“, konnte den

BVS-Mitarbeitern abschließend ein Kompliment machen: „Sie haben alle begriffen, worum es geht. Wenn Sie so weiterarbeiten, werden Sie keine Probleme bei der Darstellung des BVS und seiner Aufgaben in der Öffentlichkeit haben.“

**Göttingen.** Die BVS-Dienststelle Göttingen führte am 6. August 1983 mit den Jugendfeuerwehren der Samtgemeinde Gieboldehausen einen Sicherheitswettbewerb durch. BVS-Fachbearbeiter Schütze begrüßte den Schirmherrn, Samtgemeindedirektor Wüstefeldt, sowie die Leiter der Feuerwehren mit ihren Jugendbetreuern und den Mannschaften. Nach einem Grußwort von Gemeindedirektor Wüstefeldt wurden die Mannschaften auf die Strecke geschickt, die aus acht Stationen bestand. Sie waren vom BVS, von der Feuerwehr und vom DRK besetzt.

Es war den Jugendlichen anzusehen, mit welcher Freude sie bei der Sache waren, und so war es kein Wunder, daß die Punktezahlen dicht beieinander lagen. Sieger wurde Oberfeld, 2. Gieboldehausen, 3. Krebeck I, 4. Bilshausen, 5. Krebeck II und 6. Rhumspringe.

**Einbeck.** In enger Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Göttingen bildet die Kleinwanzlebener Saatzucht AG ihre



Ein Funkspruch aus charmantem Munde: Mit Begeisterung sind die Helferinnen bei der Einsatzübung dabei. (Foto: Bolze)

Einsatzkräfte des betrieblichen Katastrophenschutzes aus. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Katastrophenschutzes der Firma führte das Unternehmen im Rahmen einer Selbstschutzwoche in Einbeck eine Einsatzübung durch, um den hohen Ausbildungsstand der Helfer zu demonstrieren. Beteiligt waren auch die Polizei sowie die Feuerwehr und das DRK. Ausgangslage war ein Brand in einer Lagerhalle. Die Feuerwehr rückte mit drei Zügen und zwei Drehleitern an, das DRK stellte zwei Krankenwagen.

Hauptakteure des Geschehens waren jedoch die Helfer des betrieblichen Katastrophenschutzes. Sie demonstrierten Brandbekämpfung, Löschwasserversorgung sowie das Bergen und die Versorgung von Verletzten.

Zufrieden mit der Einsatzbereitschaft der Helfer und dem Übungsablauf zeigte sich als neutraler Beobachter Stadtbrandmeister Herbert Süßenbach: „Die Zusammenarbeit der Einbecker Hilfsorganisationen hat hervorragend funktioniert.“

Schon vor zehn Jahren begann der Aufbau des betrieblichen Katastrophenschutzes der Firma. Mit Hilfe des BVS wurden Mitarbeiter motiviert, sich als Helfer ausbilden zu lassen. Heute besteht der Katastrophenschutz des Unternehmens aus einer Sanitätsstaffel, einer Brandschutzgruppe, einem Rettungstrupp, dem Ordnungs- und Sicherungsdienst sowie dem Technischen Notdienst.

Die 40 Helfer, darunter sechs Frauen, nehmen immer wieder an Aus- und Fortbildungslehrgängen teil, um für den Einsatzfall gerüstet zu sein.

Burkhard Bolze

**Goslar.** Die Stadt Goslar führte in Zusammenarbeit mit dem BVS Ende September eine Selbstschutzwoche unter der Schirmherrschaft von Oberstadtdirektor Bodo Abt durch. Die Straßenaktionen des BVS gaben der Bevölkerung die Möglichkeit, sich über Vorsorgemaßnahmen im Katastrophen- und Verteidigungsfall sowie über den Schutzraumbau umfassend zu informieren. Gleichzeitig waren in den Räumen der Hauptgeschäftsstelle der Stadtparkasse die Ausstellungen „Schutz und Wehr“ sowie „Zivilschutz“ zu sehen, durch Leihgaben des Feuerwehrmuseums in Goslar und Mithilfe eines Goslarer Warenhauses ergänzt.

Der gleichzeitig angebotene Selbstschutz-Grundlehrgang war gut besucht. Darüber hinaus führte der BVS insgesamt 19 Grundlehrgänge in Schulen durch, die sich bei dieser Selbstschutzwoche durch ihre rege Teilnahme an dem Veranstaltungsangebot dem Gedanken des Selbstschutzes gegenüber aufgeschlossen zeigten. Weitere drei Fachveranstaltungen wurden in den von der Stadt Goslar erstellten Ausbildungsräumen in Ohlhof vom BVS in den Bereichen „Brandschutz“, „Sanitätsdienst“ und „Bergung“ durchgeführt.

Abschluß der Selbstschutzwoche war der vom Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Goslar, Karl-Heinz Faber, und der BVS-Dienststelle Göttingen organisierte „Katastrophenschutztag“ auf dem historischen Marktplatz. An dieser Großveranstaltung nahmen Feuerwehr, DRK, THW und DLRG sowie die Polizei und der BGS mit mehr als 40 Einsatzfahrzeugen teil. Tausende zogen während der fünfstündigen Veranstaltung an Fahrzeugen und Geräten vorbei und ließen

sich über Einsatzmöglichkeiten sowie die Aufgabenstellung der Organisationen informieren. Der BVS verdeutlichte anhand von Vorführungen zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr Goslar Brandgefahren und Brandverhütung.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Düsseldorf.** An der Eröffnung der Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Info-Center der Provinzial-Versicherung nah-



Die Eröffnung der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ in Düsseldorf (von links): Direktor Pröttel, Provinzialversicherung, Beigeordneter Licht, Stadt Düsseldorf, und BVS-Dienststellenleiter Meerkötter. (Foto: Schwarz)

men neben dem Hausherrn Direktor Pröttel, dem Beigeordneten der Stadt Düsseldorf, Licht, auch der Abteilungsleiter für Zivil- und Katastrophenschutz im Innenministerium, Ministerialdirigent Maier-Bode, mit seinem Referatsleiter Witascheck teil. Rund 40 Gäste wurden anschließend von BVS-Dienststellenleiter Meerkötter durch die Ausstellung geführt.

**Bochum.** Die BVS-Helferin Cornelia Külpmann (ehemals Püttner) und ihr frisch angetrauter Gatte waren sichtlich überrascht, als ihre BVS-Kollegen und Freunde mit Einreißhaken und Strahlrohren ein Ehrensapier von der St. Engelbert-Kirche in Gevelsberg bildeten. Zwei Tage zuvor gab es Gelegenheit für die BVS-Mitarbeiter zu poltern. Nachbarn und Freunde gaben sich ein geselliges



Mit Einreißhaken und Strahlrohr stehen die BVS-Helfer bei der Hochzeit Spalier. (Foto: Fischer)

Stelldichein. Dem jungen Paar fehlte es nicht an Glückwünschen für den gemeinsamen Lebensweg.

**Bonn.** „Es muß wieder das Bewußtsein geweckt werden, wie man sich gegen Notfälle wappnen kann“, sagte Oberkreisdirektor Paul Kieras bei der Eröffnung einer Ausstellung des BVS im Krankenhaus in Siegburg. Die BVS-Dienststelle Bonn hatte Selbstschutzgeräte und Hilfsmittel zusammengestellt, die in der Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ empfohlen werden.

Der Oberkreisdirektor empfahl den Bürgern des Rhein-Sieg-Kreises, diese Broschüre im Kreishaus abzuholen oder bei der BVS-Dienststelle Bonn anzufordern. Dem BVS sei mit dieser Broschüre ein „Volltreffer“ gelungen, meinte der Dezernent für Zivil- und Feuerschutz, Günther Brahm.

Die Möglichkeiten und Grenzen des Selbstschutzes erläuterte BVS-Dienststellenleiter Heinz Möbes. Den Leitern der Ordnungsämter der Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises legte er nahe, die Wohnbereiche mit Selbstschutzberatern zu besetzen, damit diese schon jetzt den Bürgern Informationen und Ratschläge geben könnten.

**Düsseldorf.** Die Stadt Düsseldorf ehrte diesmal nicht eine Person, sondern eine ganze Behörde für besondere Verdienste um den Behördenselbstschutz: das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik.

Die Verdienste drücken sich in Zahlen wie folgt aus: Von 1966 bis heute wurden 556 Mitarbeiter in Fachlehrgängen beim BVS geschult; 50 an der BVS-Schule Körtlinghausen zu Führungskräften ausgebildet. Jährlich werden in acht Fachlehrgängen von der BVS-Dienststelle Düsseldorf neue Selbstschutzkräfte auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Der Präsident des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Benker, nahm jetzt in einer Feierstunde im Katastrophenschutz-Zentrum der Stadt aus der Hand von Amtsleiter Mäurers die Dankurkunde entgegen. Im Beisein der gesamten Führungsspitze des Amtes bedankte sich Benker für die Urkunde und versprach, den Behördenselbstschutz in seinem Haus auch weiterhin zu fördern. Er dankte ferner seinen „Selbstschutz-Männern“ für die Bereitschaft, diese Aufgaben zu übernehmen. Benker bat DVS-Dienststellenleiter Meerkötter auch weiterhin um tatkräftige Unterstützung bei der Ausbildung seiner Selbstschutzkräfte.

Im Rahmenprogramm führte eine Brandschutzstaffel vor, was sie beim BVS gelernt hat.

**Arnsberg.** Einen Sicherheitswettbewerb unter der Schirmherrschaft von Stadtdi-

rektor Herhaus veranstaltete die BVS-Dienststelle Arnsberg in Lippstadt in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr, DRK, MHD, THW, DLRG, Polizei und der Bezirksverkehrswacht. Plakate und Transparente wiesen die Bevölkerung schon Tage vorher auf die Veranstaltung hin.

An elf aufgebauten Stationen stellten 51 Teilnehmer ihr Können unter Beweis. Die älteste Teilnehmerin war 76 Jahre, der jüngste Teilnehmer 14 Jahre alt. Frau Bürgermeister Dr. Christ überreichte die Ehrenpreise des BVS und die von der Stadt Lippstadt gestifteten Sachpreise. Erst nach der Preisverleihung stellte sich heraus, daß die beiden Erstplatzierten vor Jahresfrist einen Selbstschutz-Grundlehrgang besucht hatten.

**Dortmund.** In den Sommerferien war ein BVS-Filmwagen vier Wochen lang im Stadtgebiet Dortmund im Einsatz. In Absprache mit der Stadt wurden täglich an jeweils wechselnden Standplätzen in den einzelnen Stadtteilen – auch Randgebieten – Informationen unter dem Motto „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ mit Filmen, Prospektmaterial und Diskussionsgesprächen an die Bevölkerung gebracht.

Durch diese Vorhaben will die BVS-Dienststelle Dortmund flächendeckend aktiv werden und u. a. für Selbstschutz-Grundlehrgänge sowie Vorsorgemaßnahmen werben.

**Coesfeld.** Am dreitägigen Stadtfest von Ahaus, an dem auch der Nordrhein-Westfälische Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel, teilnahm, beteiligte sich die BVS-Dienststelle Coesfeld gemeinsam mit den Hilfsorganisationen mit einem Sicherheitswettbewerb.



Auch Bürgermeister Ikemann zeigt seine Kenntnisse in lebensrettenden Sofortmaßnahmen. (Foto: Wegener)

Allen Teilnehmern ging der Schirmherr der Veranstaltung, Bürgermeister Josef Ikemann, mit gutem Beispiel voran. Er durchlief den ganzen Sicherheitsparcours. Erstaunlich war das von ihm erreichte Ergebnis, das ihm mit 69 von 70 möglichen Punkten auf Platz drei der besten Teilnehmer brachte.

Bei der Siegerehrung nahm der Bürgermeister den Ehrenpreis des BVS in Empfang. Die Teilnehmer waren einstimmig der Überzeugung, daß Wiederholungen und fachliche Vertiefungen dringend angebracht sind.

**Coesfeld.** Gemeinsam mit der Stadt Steinfurt und mit Unterstützung der Kreisverwaltung veranstaltete die BVS-Dienststelle Coesfeld eine Selbstschutzwoche im Stadtteil Steinfurt-Borghorst. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Franz Brinkhaus und der Mitwirkung der örtlichen Hilfsorganisationen wurde die Selbstschutzwoche mit einem Sicherheitswettbewerb abgeschlossen.

Allein die Tatsache, daß sich beim Sicherheitswettbewerb 58 Bürger einer Überprüfung ihres Wissens und Könnens im Selbstschutz und der Selbsthilfe unterzogen – 41 konnten mit einem Anerkennungspreis belohnt werden – läßt hoffen, daß dem Bürger die Aufgabe des Selbstschutzes verständlicher wurde.

Als magischer Anziehungspunkt erwies sich der eingesetzte Computer, der dem interessierten Bürger den auf seine Familienverhältnisse zugeschnittenen Lebensmittelbedarf für den Zeitraum von 14 Tagen vorausberechnete. Ergänzend hierzu hatte ein Verbrauchermarkt in seinem Schaufenster ein Regal mit einem Lebensmittelvorrat für einen Haushalt für vier Personen ausgestellt. Darüber hinaus hatten sich in der Innenstadt weitere vier Geschäftsinhaber mit einer Schaufensterwerbung mit verschiedenen Selbstschutzthemen an der Selbstschutzwoche beteiligt.

**Oberhausen.** Gemeinsam mit dem Zivilschutzamt der Stadt Oberhausen und den örtlichen Katastrophenschutzorganisationen beteiligte sich die BVS-Dienststelle an einem von der „Werbegemeinschaft Sterkrader Geschäftsleute“ veranstalteten Spiel- und Wochenende.

Bei herrlichem Wetter wurden an zwei Informationsständen vielen Bürgern Auskunft über Vorsorgemaßnahmen, Schutzraumbau und Fragen des Selbstschutzes gegeben. Besondere Aufmerksamkeit fanden die praktischen Vorführungen, z. B. das Ablöschen brennender Kleidung und die Lagerung eines Verletzten. In einem vom Zivilschutzamt zur Verfügung gestellten Zelt wurden Filme zum Thema Selbstschutz und Selbsthilfe gezeigt.

**Mülheim a. d. Ruhr.** Stadtdirektor Heinrich Jochum übergab für den Behörden-selbstschutz der Stadt Mülheim a. d.

Ruhr Geräte zur Brandbekämpfung. Besonders erfreut war Behördenselbstschutzleiter Kurt-Günter Rodenbusch, der nun mit seinen Selbstschutzkräften mit eigenem Gerät Brandbekämpfung, aber auch Menschenrettung durchführen kann.

Für weiteres Gerät und für die persönliche Ausrüstung der Helfer werden noch in diesem Jahr 20000 DM ausgegeben. 500 Mitarbeiter der Stadtverwaltung wurden bereits im Behördenselbstschutz ausgebildet. Die jährliche Fortbildung sichert einen einsatzfähigen Helferstamm.

**Leverkusen.** Zwanzig Jahre war Heinz Potthoff als hauptamtlicher Mitarbeiter des BVS tätig. Am 1. August trat der 60jährige nun in den Ruhestand. In einer Feierstunde wurde ihm durch BVS-Fachgebietsleiter Joachim Kaufner die Dankurkunde überreicht.

Im November 1963 nahm der gelernte Werkzeugmacher seine Arbeit bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Remscheid als Geräteverwalter auf. Die neue Tätigkeit fiel Potthoff nicht besonders schwer, war er doch einschlägig „vorbelastet“. Elf Jahre hatte er der Werkfeuerwehr angehört.

1968 wurde der Scheidende zum BVS-Ausbilder ernannt. Im Rahmen der Umstrukturierung des Verbandes wurde Potthoff 1979 nach Leverkusen versetzt. Viele Bürger werden ihn von seinen Einsätzen her kennen. Besonderes Geschick bewies er beim Umgang mit Jugendlichen, z. B. bei der Ausbildung in Schulen.

Er wird auch weiterhin dem BVS treu bleiben und in Remscheid als ehrenamtlicher Beauftragter tätig sein.

**Gelsenkirchen.** Auch in der Ferienzeit wurden die von der BVS-Dienststelle aufgebauten Informationsstände von der Bevölkerung gut besucht. Das Zivilschutzamt der Stadtverwaltung Gelsenkirchen hat in Zusammenarbeit mit dem BVS 15 Standorte in den einzelnen Stadtteilen festgelegt, z. B. Einkaufszonen, Parkanlagen und Haltestellen der öffentlichen Verkehrsbetriebe. Der Filmwagen, der Informationstisch und die Vorführungen des BVS wurden von rund 2300 interessierten Bürgern besucht.

**Düsseldorf.** BVS-Fachlehrer Josef Schmiade erhielt in einer Feierstunde im kleinen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Neuss für seine 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit die Ehrennadel des Verbandes. BVS-Dienststellenleiter Meerkötter überreichte ihm die Auszeichnung.



Ein Gruppenfoto nach der Ehrung (von links): Verwaltungsdirektor Dr. Kirschbaum, Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz, Landrat Hoeren, Oberkreisdirektor Dr. Edelmann, BVS-Helfer Schmiade, BVS-Dienststellenleiter Meerkötter. (Foto: Schwarz)

Die Spitze der Verwaltung mit Oberkreisdirektor Dr. Edelmann, Landrat Hoeren, dem Dezernenten für Zivil- und Katastrophenschutz, Verwaltungsdirektor Dr. Kirschbaum, sowie dem Leiter des Zivilschutzamtes, Winzen, gratulierte Schmiade zu der Ehrung. Schmiade hat viele Bürger des Kreises Neuss und der Stadt Düsseldorf ausgebildet.

**Hagen.** Die BVS-Dienststelle Hagen beteiligte sich am „Tag des Helfers“, an dem sich sieben Hilfsorganisationen der Bevölkerung der Stadt Lüdenscheid vorstellten. In einer großen Ausstellung auf dem Rathausplatz und dem angrenzenden Sternplatz konnten Einsatzfahrzeuge und Gerät von DLRG, DRK, JUH, Feuerwehr und THW besichtigt werden.

Der BVS zeigte im Foyer des Rathauses die Ausstellung „Schützen – Retten – Helfen“, auf dem Sternplatz befand sich ein Informationsstand mit Filmwagen. Ein weiterer Stand war auf dem Rathausplatz eingerichtet. Hier wurden praktische Übungen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang vorgeführt, u. a. das Ablöschen brennender Kleidung, das Bergen eines Verletzten aus einem Pkw und die Lagerung eines Bewußtlosen.

**Münster.** In der Heimvolkshochschule „Haus Mariengrund“, eine von der Schönstatt-Ordensgemeinschaft getragene Senioren-Bildungseinrichtung mit jährlich ca. zehn einwöchigen Kursen für Senioren, ist die BVS-Dienststelle Münster seit 1982 neben Polizei, Feuerwehr, MHD sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen, fest eingeplant. In Absprache mit der pädagogischen Leiterin wurde das Thema „Selbstschutz als Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers im Rahmen des Zivilschutzes“ gewählt. Bei diesen Informationsvorträgen hat der Referent stets aufmerksame Zuhörer, die bei der anschließenden Aussprache aufgrund ihrer eigenen Lebenserfahrung aufregend und sachlich diskutieren.

**Düsseldorf.** Günter Sief, Selbstschutzberater der Stadt Düsseldorf und langjähriger Helfer des BVS, erhielt aus der Hand von Oberbürgermeister Kürten das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande. Anlässlich einer Feierstunde im Rathaus der Stadt würdigte Kürten die Verdienste Siefs um den Selbstschutz.

So wirkte Sief von 1960 bis 1974 als BVS-Fachlehrer und Teilabschnittsleiter ehrenamtlich bei der Dienststelle Düsseldorf mit. In dieser Zeit war er maßgeblich am Ausbau der Schulungsräume der damaligen BLSV-Ortsstelle Düsseldorf und der Übungsanlage beteiligt. Er hat allein für diese Arbeiten freiwillig 540 Arbeitsstunden geleistet.



Aus der Hand von Oberbürgermeister Kürten erhält BVS-Helfer Günter Sief das Bundesverdienstkreuz am Bande. (Foto: pulja)

Seit 1974 ist Sief als Selbstschutzberater der Stadt Düsseldorf tätig. In dieser Eigenschaft wirkte er an der Entwicklung von Führungsmitteln mit, die inzwischen bundesweit verwendet werden. Darüber hinaus hat Sief ständig Interessenten für Selbstschutz-Veranstaltungen geworben. In Anerkennung für diese Leistung wurde ihm von der Stadt Düsseldorf 1977 das Selbstschutz-Ehrenzeichen der Stadt in Silber und 1980 das Ehrenzeichen in Gold verliehen.

**Herford.** Im Herforder Mathilden-Hospital, einer modernen Krankenanstalt, wurden im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes in zwei Lehrgängen 16 Lernschwestern im Brandschutz und in der Bergung unterwiesen.

Selbstschutz ist zum festen Bestandteil der Ausbildung für alle Schwesternschülerinnen geworden. Schwester Heriberti, die Leiterin der Pflegeschule, dankte bei der Begrüßungsansprache den Mitarbeitern der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Herford und unterstrich, daß durch den Unterrichtsstoff, der nicht zum eigentlichen Ausbildungsprogramm des Pflegepersonals zähle, zusätzliche Sicherheit vermittelt werde. Sie sähe es als beson-

ders wichtig an, daß die Ausbildung allumfassend sei und neben einem gut fundierten Wissen im medizinisch-pflegerischen Bereich auch die Kenntnisse über weitere Hilfsmaßnahmen beinhalte.

Schwester Heriberti schloß mit den Worten: „Den Lernschwestern macht's Spaß, wir werden auch zukünftig auf die Lehrgänge des BVS nicht verzichten.“

**Moers.** In einer kleinen Feier wurde Günter Damerow von BVS-Dienststellenleiter Kurt Schuster, Wesel, und Helfervertreter Horst Schroeder im Beisein einer großen Zahl von Helferinnen und Helfern in den Ruhestand verabschiedet.

Seit 1972 war Damerow ehrenamtlich bei der Dienststelle Moers in den verschiedensten Funktionen tätig, so unter anderem als Dienststellenleiter der damaligen Gemeinde Rheinkamp.

Bei der Zusammenlegung der Dienststellen übernahm er die Funktion eines Beauftragten für die Stadt Moers. Seinem unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß das Zusammenleben der verschiedenen Dienstbereiche so reibungslos vonstatten ging.

Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein erklärte der Scheidende, er sei gerne bereit, der neuen BVS-Beauftragten der Stadt Moers, Frau Wagner, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

## Hessenspiegel

**Bruchköbel.** Anlässlich einer Vortragsveranstaltung, die im Bürgerhaus in Bruchköbel in Verbindung mit einer Pressekonferenz stattfand, referierte der Leiter der BVS-Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner, über das Thema „Selbstschutz in der freien Verantwortung des Bürgers“.

Gastreferent Landtagsabgeordneter Ludwig Seibold gab im Anschluß daran einen Überblick über die Ernährungssicherung in Not- und Krisenzeiten. Seibold führte aus, daß der Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland zwar insgesamt bei 87% liege, jedoch bei Ausfall der Futtermittelimporte aus dem Ausland auf 72% zurückgehe. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft im Verteidigungsfall zu ermöglichen, wäre bereits 1968 das Ernährungssicherstellungsgesetz erlassen worden.

Alles in allem bestehe ein besonderes Schutzinteresse bei landwirtschaftlichen Betrieben, weil der Ernährungssicherung gerade in Not- und Krisenzeiten erhebliche Bedeutung beigemessen werden müsse.

**Wetzlar.** BVS-Dienststellenleiter Josef Schramm verabschiedete Heinz Enseroth in den Ruhestand. In einer Feierstunde zeichnete Landesstellenleiter Gerhard Straube den langjährigen Mitarbeiter mit der BVS-Ehrennadel aus.



**BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube überreicht Heinz Enseroth die Auszeichnung.**

Enseroth war seit 1956 ehrenamtlicher Helfer und ab 1967 hauptamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wetzlar. Der Scheidende wird der Dienststelle als ehrenamtlicher Mitarbeiter erhalten bleiben.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Ludwigshafen.** Die BVS-Dienststelle Ludwigshafen zeigte zwei Wochen lang im Rathauscenter eine Ausstellung über Zivil- und Katastrophenschutz. Alle Kunden der Kaufhäuser, Einzelhandelsgeschäfte und Cafés innerhalb der Ladenstraße mußten an der gut plazierten Bilderschau vorbei, ebenso die Besucher und Beschäftigten des Ludwigshafener Rathauses.

Viel Beachtung fand vor allem bei den Hausfrauen der Stand mit dem Thema „Lebensmittelbevorratung“. Dies, so sagten viele Hausfrauen, gäbe gute Anregung zum Anlegen eines sinnvollen Notvorrates.

Besonderes Interesse fanden Informationen über den Schutzraumbau. Bewohner aus den Stadtrandlagen, vorwiegend Besitzer von Einfamilienhäusern, ließen sich über Einzelheiten des Schutzraumbaus beraten.

**Mainz.** In den Sommermonaten Juli und August wurden von den BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz, ähnlich wie im vergangenen Jahr, landesweit Veranstaltungen durchgeführt.

Informationsstände in Supermärkten und Fußgängerzonen sowie Veranstaltungen der örtlichen Vereine wurden genutzt, um Bürger anzusprechen und Informationsmaterial zu verteilen. In den rheinland-pfälzischen Urlaubsgebieten wurde eine große Anzahl Feriengäste über die

Arbeit des BVS informiert und über Selbstschutzmaßnahmen beraten.

**Osthofen.** Die BVS-Dienststelle Mainz beteiligte sich am diesjährigen Osthofener Markt; von Freitag bis Montag war ein Informationsstand aufgebaut, um die Bevölkerung über Maßnahmen des Zivil- und Selbstschutzes zu informieren.

Anlässlich seines Rundganges über das große Gelände besuchte Bürgermeister Günter Metzler auch den Informationsstand des BVS. Metzler sagte vor den anwesenden Stadträten und interessierten Bürgern, der BVS sei für ihn und einen Teil seiner Bürger nicht unbekannt. Fachgebietsleiter Euler dankte dem Bürgermeister für die bisher der BVS-Dienststelle Mainz gewährte Unterstützung.

## Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** In drei großen Verbrauchermärkten im Stadtgebiet Saarbrücken informierte die BVS-Dienststelle Saarlouis die Kunden über Fragen des Selbstschutzes. Die Marktleiter stellten hierzu dem BVS gut plazierte Stände zur Verfügung. Neben den ausgelegten Broschüren machten die sehr dekorativ aufgebauten Selbstschutzgeräte wie Kletterfix, Löschboy, Schutzhelm, Schutzmaske, Bergetuch u. a. die Informationsstände zu besonderen Anziehungspunkten. Es wurden viele Gespräche über das Ausbildungsangebot des BVS sowie über sonstige Fragen des Selbstschutzes geführt.

**Neunkirchen.** Die von der Kreisstadt Neunkirchen neuerrichtete BVS-Übungsanlage im Sinnerthaler Weg hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Fachlehrgänge für den Behördenselbstschutz sowie Fortbildungen und Übungen der Deutschen Bundespost haben hier bereits stattgefunden.

Der Lehrsaal, die Umkleide- und Duschräume sowie der Geräteraum haben ebenso wie das Brandübungshaus und andere Anlagen auf dem Übungsgelände die besondere Anerkennung der Lehrgangsteilnehmer gefunden.

Hier hat die Stadtverwaltung, nach Beschluß des Stadtrates, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten eine beispielhafte Anlage mit den erforderlichen Räumlichkeiten geschaffen, um den Selbstschutz der Bevölkerung zu fördern.

**Saarbrücken.** Seit Jahren nimmt das Saarland im Schutzraumbau eine vorran-

gige Stellung ein. So ist es auch zu erklären, daß nunmehr für rund acht Prozent der saarländischen Bevölkerung ein hochwertiger Schutz zur Verfügung steht. In einem Erlaß des Innenministeriums an die Landräte und den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken wird dieser erfreuliche Stand als Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen gewertet. Gleichzeitig wird auf die Erhöhung der Förderungsmittel des Bundes (1979 = 43 Mio. DM, 1983 = 98 Mio. DM) hingewiesen.

Diese Mittel, so der Innenminister, stehen nicht nur für den Bau von öffentlichen Schutzräumen in Kerngebieten und Verkehrsschwerpunkten der Städte zur Verfügung, um dort Mehrzweckanlagen in Tiefgaragen und U-Bahnen oder die Nutzbarmachung von Stollen und Bunkern aus dem letzten Krieg zu fördern. Sie sollen vielmehr mit Priorität dem privaten Bauherrn mit beachtlichen Zuschüssen helfen, seinen Hausschutzraum zu finanzieren.

Im gleichen Erlaß geht der Minister auch auf den Ausbau vorhandener Keller zu Schutzräumen ein, wobei er bemerkt, daß von dem finanziellen Förderungsangebot leider zu wenig Gebrauch gemacht wird. Damit möglichst vielen Bürgern die staatlichen Förderungsmaßnahmen eröffnet werden, hat das Innenministerium nunmehr allen Gemeinden entsprechende Merkblätter für die Rathausbesucher und Schutzbauinteressenten zur Verfügung gestellt, die auch den Hinweis auf die Beratungsmöglichkeit durch den BVS und die Anforderung der Schutzbaufibel enthalten.

Ergänzend hierzu wird der BVS bei sämtlichen Öffentlichkeits- und Ausbildungsveranstaltungen die gezielte und intensive Informationsarbeit weiter verstärken. Außerdem sind in Zusammenarbeit zwischen BVS und Gemeinden entsprechende Veröffentlichungen in den amtlichen Mitteilungsblättern und der Presse bereits erfolgt. Schließlich erhält die Aktion eine weitere Intensivierung durch eine gezielte BVS-Plakataktion in allen öffentlichen Veranstaltungen.

Die bisherigen Reaktionen zeigen, daß das Zusammenwirken sehr erfolgversprechend verläuft.

**Perl.** In der sogenannten Dreiländerecke trafen sich auf Einladung der BVS-Landesstelle Saarland zahlreiche Mandatsträger verschiedener politischer Parteien, um sich einen Überblick über den Zivilschutz zu verschaffen.

Die Kommunalpolitiker waren nach den Darlegungen von BVS-Landesstellenleiter Christian Koch einhellig der Auffassung, daß in bezug auf den Selbst-

schutz der Bevölkerung ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Deshalb sprachen sie sich auch dafür aus, in der Gemeinde Perl Initiativen zu ergreifen mit dem vorrangigen Ziel, die personelle Besetzung der vorgesehenen Selbstschutz-Beratungsstellen zu erreichen.

Auch hinsichtlich der Information und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz zeigten sich die Politiker sehr aufgeschlossen. So soll in den nächsten Monaten eine verstärkte Informations-tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit Bürgermeister Bauer eingeleitet werden.

Mit viel Interesse verfolgten die Mandatsträger schließlich die Ausführungen von Ministerialrat Grundmann, der die Politiker über Einzelheiten der katastrophenschutzmäßigen Vorkehrungen des saarländischen Innenministeriums bezüglich des in unmittelbarer Nähe im Bau befindlichen französischen Kernkraftwerks unterrichtete.

**Saarbrücken.** Im Kreise der Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Saarlouis feierte BVS-Ausbilder Josef Dillschneider sein 25jähriges Dienstjubiläum. Landesstellenleiter Christian Koch würdigte die Verdienste Dillschneiders, hob das Pflichtbewußtsein und die Zuverlässigkeit des Jubilars hervor, bedankte sich für die treuen Dienste und überreichte ihm eine Urkunde.

Dillschneider war zunächst ehrenamtlich beim BLSV tätig, wurde 1963 hauptamtlicher Geräteverwalter und später Ausbilder bei einer Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle.

## Südwest aktuell

**Albstadt.** Mit Unterstützung der BVS-Dienststelle Reutlingen führten die Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes des Postamts Albstadt eine Übung unter wirklichkeitsnahen Bedingungen durch. Das Gelände der ehemaligen Papierfabrik im Zollernalbkreis erwies sich als hervorragendes Übungsprojekt. Zwei Brandschutzstaffeln, zwei Sanitätsstaffeln und eine Bergungsgruppe übten die Wasserentnahme aus einem stark fließenden Gewässer in Verbindung mit einem Löschangriff, das Bergen von „Verletzten“ und deren Versorgung sowie das Überqueren eines reißenden Baches mit Hilfe des Greifzugs.

**Offenburg.** Die BVS-Dienststelle Offenburg führte beim Reservistenverband der Deutschen Bundeswehr, Bereich Offenburg, zwei Informationsveranstaltungen durch. Die Resonanz der Teil-

nehmer war überaus positiv. Dies fand auch Erwähnung in der Reservisten-Zeitschrift „Loyal“, in der auf das BVS-Ausbildungsangebot hingewiesen wurde.

**Hechingen.** „Bürger fragen – der BVS antwortet“ – unter diesem Motto stand die Fragestunde des Bürgermeisteramtes in Hechingen anlässlich der Zollernaldschau, einer Fachausstellung der heimischen Gewerbebetriebe des Zollernalbkreises. Die Stadt stellte hierfür ihren Ausstellungsstand zur Verfügung.

Der Initiator dieser Sonderveranstaltung, der Selbstschutz-Sachbearbeiter der Stadt Hechingen, Vaigle, lud auch die Bausachverständigen der Unteren Baubehörde ein. So konnten den Bürgern neben Selbst- und Zivilschutzinformationen auch Baupläne und Bauvorhaben der Stadt vorgestellt werden.

Besonderes Interesse fanden bei den Bürgern die Broschüren „Ihr Vorsorgepaket“ und „Schutzbaufibel“. Die angebotenen Selbstschutz-Grundlehrgänge forderten die Bevölkerung zum aktiven Selbstschutz auf. Um diese Forderung zu unterstreichen, führte die BVS-Dienststelle Reutlingen wenige Tage später weitere Veranstaltungen und Straßenaktionen in Hechingen durch.

**Lörrach.** Im Rahmen der Selbstschutzwoche anlässlich der Landesgartenschau in Lörrach wurde von der BVS-Dienststelle Freiburg in Verbindung mit Katastrophenschutz-Organisationen DLRG, DRK, THW, JUH sowie der Schweizer Lebens-Rettungs-Gesellschaft (SLRG), Basel, ein Sicherheitswettbewerb durchgeführt.

Die Besucher der Gartenschau konnten an neun Stationen ihre Kenntnisse und Fertigkeiten auf dem Gebiet des Selbstschutzes und der Selbsthilfe unter Beweis stellen. Fehler und Mängel wurden durch geschultes Personal an den einzelnen Stationen korrigiert und richtig dargestellt.

**Riedlingen.** Im Sommer 1983 führte die BVS-Dienststelle Ravensburg den ersten Sicherheitswettbewerb in Riedlingen durch. Die Idee zu dieser Veranstaltung kam nach einem Fachlehrgang für Selbstschutzberater. Der Gedanke wurde von der BVS-Dienststelle und der Stadtverwaltung Riedlingen aufgenommen.

Nach einem Vorgespräch mit allen interessierten Organisationen wurde dann bei strahlendem Sonnenschein auf dem Riedlinger Festplatz das Startzeichen gegeben. An acht Stationen konnten die Bürger ihre Kenntnisse über Sicher-

heitsfragen in Theorie und Praxis unter Beweis zu stellen.

Der Schirmherr, Bürgermeister Wetzel, ehrte die Sieger. Neben dem Ehrenpreis des BVS kamen schöne Sachpreise zur Verteilung. Der Einsatzfreude und dem Engagement der Organisationen und ihrer Helfer ist es zu verdanken, daß der Riedlinger Sicherheitswettbewerb ein voller Erfolg wurde.

## Bayern heute

**Schweinfurt.** Bei strahlendem Sonnenschein eröffnete Schirmherr Oberbürgermeister Kurt Petzold den BVS-Sicherheitswettbewerb in Schweinfurt. Unter den zahlreichen Gästen waren Bundestagsabgeordneter Rudolf Müller, die Landtagsabgeordneten Wilhelm Baumann und Werner Hollwich, Bezirksrat Peter Heusinger und Landrat Karl Beck.

„Der Sicherheitswettbewerb ist kein Vorführwettbewerb, sondern etwas zum Mitmachen“, sagte der Oberbürgermeister und betonte, den freiwilligen Helfern aller beteiligten Hilfsorganisationen gebühre Dank und Anerkennung für den außergewöhnlichen Einsatz und die Bereitschaft, ehrenamtliche Dienste zu übernehmen, die dem Wohle der Mitbürger dienen. Es sei wichtig, dem Bürger die Notwendigkeit des Selbstschutzes ins Bewußtsein zu rücken, da es um die eigene Sicherheit gehe.

Nach der Eröffnung besuchten die Ehrengäste die Stationen der mitwirkenden Organisationen ASB, BRK, DLRG, FFW, JUH, MHD, Polizei, THW, ABC-Zug und BVS.

35 Teilnehmer – davon neun Frauen – bewiesen an zehn Stationen ihre Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe. Der Sieger erreichte 95 von 100 möglichen Punkten. 73 Jahre war die älteste Teilnehmerin, sie erreichte mit 81 Punkten den 17. Platz.

Der ABC-Zug der Stadt zeigte im Rahmenprogramm eine Dekontaminations-einrichtung. Hier konnten die Besucher an einer präparierten Schaufensterpuppe Strahlenmessungen durchführen. Großes Interesse fanden die Vorführungen der Seilbahn durch das THW und der Rettungsschere, mit der die Feuerwehr einen Pkw in Einzelteile zerlegte.

Bei der Siegerehrung konnten neben den drei Ehrentellern des BVS auch wertvolle Sachpreise ausgehändigt werden, die auf Veranlassung des Verkehrsvereins Schweinfurt verschiedene Geschäfte gestiftet hatten.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung hatte die Jugendblaskapelle Dittelbrunn übernommen.

## Der Leistungsanstieg wurde gebremst

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende drastische Leistungsanstieg konnte im 1. Halbjahr 1983 nicht mehr fortgesetzt werden, da hierzu die personellen Voraussetzungen fehlten. Durch Ausfall mehrerer ehrenamtlicher Mitarbeiter für die Tagesausbildung mußte eine Vielzahl von Wünschen aus allen Bereichen abgelehnt werden. Nur mit außerordentlicher Mühe gelang es, etwa die gleiche Anzahl Veranstaltungen wie im 1. Halbjahr 1982 durchzuführen.

Der Gewinn ehrenamtlicher Mitarbeiter entsprach dem Verlust und führte lediglich zu einer vermehrten internen Ausbildung. Da wesentliche Teile der Ausbildung zum Fachlehrer oder Redner an den Schulen des Bundesverbandes für den Selbstschutz durchgeführt werden, hat sich die Entsendung ehrenamtlicher Mitarbeiter an die BVS-Schule Voldagen und die BVS-Bundesschule Ahrweiler erheblich ausgeweitet.

Der Bekanntheitsgrad der GZS ist nicht zuletzt dadurch weiter angestiegen, daß sich die Friedensbewegung kritisch mit der Arbeit der Gesellschaft auseinandersetzte und in zahlreichen Schriften und Einzelaktionen die Behauptung aufstellte, daß Zivilschutz „Kriegsvorbereitung“ sei. Diese Behauptungen sind von der Bevölkerung wie auch Betrieben und Behörden nicht übernommen worden. Es ist positiv festzustellen, daß man in Berlin Zivilschutz und Selbstschutz lebhaft und kritisch diskutiert. Die GZS leistet hierzu weiter ihren Beitrag.

Seit Jahresbeginn 1983 verfügt die Gesellschaft über umfangreiches Gerät für die Ausbildung von Bergungsstaffeln und Bergungsgruppen. Die Einweisung der eigenen Mitarbeiter an diesen Geräten ist im Frühjahr angelaufen. Durch Beschaffung von neuem Filmmaterial und neuer Lehrmittel-Foliensätze konnte die eigene Ausbildung weiter modernisiert werden. Die Bemühungen der Gesellschaft, einen neuen Übungsplatz für die praktischen Teile der Selbstschutzausbildung zu erhalten, wurden intensiviert, führten aber bislang zu keinem Erfolg.

Bei etwa gleicher Zahl von Veranstaltungen der verschiedenen Art haben sich nicht unerhebliche Veränderungen zum Vergleichszeitraum 1982 ergeben. Erhebliche Bedeutung hatte der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, bei dem insbesondere die Informationsvorträge und Schutzraumbesichtigungen deutlich zugenommen haben. Die Zahl der fachlichen Unterrichtungen erreichte etwa den Stand des Vergleichszeitraumes. Erstmals und mit großem Erfolg durchgeführt wurden 14 Flugblattaktionen. Bei einer derartigen Aktion in der Innenstadt anläßlich eines sogenannten „Friedensfestes“ kam es zu Tötlichkeiten gegen einen ehrenamtlichen Mitarbeiter der Gesellschaft. In der gleichen Veranstaltung wurde der Geschäftsführer der Gesellschaft durch Veranstaltungsteilnehmer bedroht.

Die Verwaltungsakademie des Landes Berlin hat u. a. die Aufgabe, die Sicherheitsbeauftragten aller Behörden zu schulen. Nachdem in den zurückliegenden Jahren nie die erforderliche Anzahl an Veranstaltungen auf Grund personeller Probleme durchgeführt werden konnte, wird die Gesellschaft ab Herbst 1983 bis Februar 1984 sechs Seminare durchführen. Verschiedene Behördenbereiche haben daraufhin weitere Veranstaltungswünsche geäußert.

Um den sich ständig erweiternden quantitativen und qualitativen Ansprüchen gerecht werden zu können, bedarf es einerseits einer intensiven Schulung der eigenen Mitarbeiter, andererseits aber vor allem einer personellen Verstärkung.

## Erfolgreiche Plakataktion

In den zurückliegenden Jahren hatten alljährlich Öffentlichkeitsveranstaltungen aller im Katastrophenhilfsdienst Berlins mitwirkenden Organisationen stattgefunden. Hierbei handelte es sich seit 1980 ausnahmslos um Ausstellungsvorhaben, bei denen jede Organisation sich selbst und ihren Tätigkeitsbereich darstellte. Höhepunkt dieser Veranstaltungen waren häufig Demonstrationen, an denen mehrere Hilfsorganisationen zusammenwirkten.

Ziel dieser Veranstaltungen war, wie es bereits der frühere Innensenator Ulrich im Herbst 1980 umriß, junge Berliner Bürger als freiwillige Helfer zu gewinnen. Nach dem damaligen Stand verfügten die im Katastrophenhilfsdienst mitwirkenden Organisationen über nicht einmal 3000 ausgebildete und einsatzbereite Helfer. Das Ziel war, bis zum Jahre 1985 die Zahl dieser Helfer auf 5000 zu erhöhen.

Da sämtliche zurückliegenden Ausstellungsvorhaben örtlich begrenzt wirksam waren und die Berliner Bevölkerung nicht erreicht und daher auch nicht motiviert werden konnte, wurde durch die aus allen Organisationen gebildete Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ beschlossen, im Jahre 1983 von einem Ausstellungsvorhaben Abstand zu nehmen. Höhepunkt der diesjährigen Bemühungen sollte eine Plakataktion in der Zeit vom 16. bis 24. August 1983 sein, die eine stadtweite Verbreitung garantieren sollte. Diese Plakataktion, auf allen U-Bahnstationen sowie einem größeren Teil der Litfaßsäulen durchgeführt, wurde unterstützt durch Anzeigen in mehreren großen Berliner Zeitungen.

Das Plakat in der Größe DIN A0 zeigt „Helfende Hände“ unter der Überschrift „Hilf mit im Katastrophenhilfsdienst“. Auf dem Plakat ausgedruckt waren die Embleme der im Katastrophenhilfsdienst mitwirkenden Organisationen: Berliner Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Technisches Hilfswerk und die GZS.

Für schriftliche Anfragen aus der Bevölkerung stand der Senator für Inneres zur Verfügung, telefonische Anfragen sollten an die GZS gerichtet werden. Um einem telefonischen Ansturm gewachsen zu sein, hatten mehrere Organisationen, ähnlich wie die Gesellschaft, gesonderte Kräfte als Ansprechpartner bereitgestellt. Die kurzfristige Reaktion der Bevölkerung entsprach den Erwartungen. Viele der interessierten Mitbürger verlangten von der Gesellschaft derart detaillierte Informationen, daß ihnen eine Kontaktaufnahme mit der entsprechenden Organisation unmittelbar empfohlen werden mußte.

Inzwischen hat sich das Interesse etwas vermindert. Längerfristig dürften die Organisationen aber ausnahmslos einen Zugewinn an Helfern und Mitgliedern zu verzeichnen haben.

## Schleswig-Holstein



### Ölsperre ausgelegt

**Burg/Fehmarn.** Eine Motoryacht schlug 300 m vor dem Südstrand des bekannten Ostseeheilbades Burg auf Fehmarn leck. Der Eigner der Yacht hatte sein Boot noch bis 100 m zum Ufer gesteuert, bevor es bis zum Deck im Ostseewasser versank. Dies geschah gegen 12.00 Uhr.

Der Bürgermeister von Burg, Ulrich Feilke, wurde umgehend von dem Unglück informiert, denn der Treibstofftank der Yacht drohte auszulaufen. Feilke alarmierte sofort den THW-OV Burg.

Ortsbeauftragter Peter Bolz und die beiden Gruppenführer Konrad und Johannsen sowie Bürgermeister Feilke machten sich zunächst an Ort und Stelle ein Bild von dem Bootsunfall. Über Alarmempfänger wurden dann die THW-Helfer in die Unterkunft des Ortsverbandes gerufen.

Gegen 16.30 Uhr trafen drei THW-Fahrzeuge, ausgerüstet mit einem Boot mit Außenbordmotor und diversem Gerät am Burger Südstrand ein. Einmal mehr konnten sich jetzt die Einsatzfahrzeuge bewähren, denn sie mußten sich ca. 500 m durch den weißen Sandstrand „mahlen“, bevor sie auf der Höhe der gestrandeten Yacht am Ufer ankamen.

Der Auftrag lautete, den Treibstofftank auszubauen, um ein mögliches Auslaufen des Dieselöls zu verhindern. Doch das Vorhaben mußte aufgegeben werden, da der Tank bereits unter Wasser lag.

Zwischenzeitlich war auch der Instandsetzungszug des THW-OV Neustadt am Südstrand eingetroffen. Die Neustadter Helfer legten sofort eine Ölsperre aus. Dies war sozusagen Rettung in letzter Minute, denn kurz nach dem Auslegen der Sperre bildete sich bereits ein Ölfilm auf der Wasseroberfläche.

Es wurde jetzt mit fünf Greifzügen versucht, die Motoryacht ans Ufer zu ziehen. Dies gelang den Helfern allerdings nicht, denn das Boot war derart morsch, daß es auseinanderzureißen drohte.

Als die THW-Helfer gegen 22.30 Uhr ihren Einsatz beendeten, waren Stadt- und Kurverwaltung froh darüber, daß durch das Auslegen der Ölsperre größerer Schaden abgewendet werden konnte. Am darauffolgenden Tag wurde dann

eine Burgstaakener Firma mit dem Abwracken des Motorbootes beauftragt.  
M. Sch.

## Hamburg



### Neuer Bezirksbeauftragter für Hamburg-Harburg

**Hamburg.** Der THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg hat nach längerer Interimszeit wieder einen Bezirksbeauftragten. In Gegenwart von Vertretern aus Behörden und Verbänden, der Feuerwehr und Hilfsorganisationen überreichte THW-Landesbeauftragter Trautvetter dem neuen Bezirksbeauftragten Günter Bode das Ernennungsschreiben des THW-Direktors.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter überreicht Bezirksbeauftragten Günter Bode das Ernennungsschreiben. (Foto: Krüger)

Bode ist bereits über 20 Jahre im THW tätig und hat als stellv. Bezirksbeauftragter umfangreiche Erfahrungen für sein neues Amt gesammelt. Trautvetter wünschte in Anwesenheit zahlreicher Helfer dem neuen Bezirksbeauftragten viel Glück und Erfolg für seine verantwortungsvolle Aufgabe.

In einer kurzen Ansprache versprach Bode, auch in Zukunft das Beste zum Wohle des Bezirksverbandes Hamburg-Harburg und des THW zu leisten. A. K.

## Niedersachsen



### THW probte den Ernstfall

**Rotenburg/Stade.** Das Wetter hatte es nicht gut mit den Helfern des THW-OV Rotenburg (Wümme) gemeint, als sie sich bei strömendem Regen an der Unterkunft in der Knickchaussee einfanden.

An diesem Wochenende stand eine zweitägige Bergungsübung auf dem Dienstplan, an der außerdem die DLRG-Ortsgruppe Rotenburg, das DRK und der Verpflegungstrupp des THW-OV Bremervörde teilnahmen.



„Fahren auf dem Wasser“ steht im Vordergrund der zweitägigen Übung. (Foto: Banehr)

Ziel war es, das in der Theorie Erlernete in die Praxis umzusetzen. Es begann bereits mit der Abfahrt zum Einsatzort, den die einzelnen Gruppen mit Hilfe von Kartenmaterial nach den angegebenen Koordinaten anfahren mußten, ein Bundeswehrgelände an der Elbe in der Nähe von Stade. Hier gehörte es u. a. zu den Aufgaben der Helfer, Mannschaftsschlauchboote einsatzbereit zu machen und zu Wasser zu lassen. Das „Fahren auf dem Wasser“ vollzog sich unter den kritischen Augen von Gruppenführer Heinz Michaelis, der auch bei der Planung der Übung federführend war. Anschließend standen u. a. der Bau von Tonnensteg und Anleger auf dem Programm.

Der nächste Tag führte die Helfer auf einen Truppenübungsplatz bei Agathenburg, wo das Bergen von „Verletzten“ aus Höhen mit Hilfe einer Seilbahn und anderen Hilfsmitteln geübt wurde. R. B.

### THW errichtete Glockenstuhl

**Bassum.** Eine historische Glocke aus dem Jahr 1450 hängten Helfer des THW-OV Bassum beim Richtfest Ende August in Bassum-Bramstedt in einen eigens dafür gefertigten Glockenstuhl aus massivem Eichenholz auf. Am 10. September 1983, anlässlich des Erntedankfestes, erscholl ihr Klang erstmals seit vielen Jahren wieder.

Daß Bramstedt mit dem Glockenstuhl und der alten Glocke nun über ein neues Wahrzeichen verfügt, ist dem THW-OV Bassum zu verdanken. Unter der Leitung von Ortsbeauftragten Rudi Bauer hatten fünf Helfer im Rahmen der Ausbildung „Holzbearbeitung“ den



Die THW-Helfer beim Aufbau des Glockenstuhls.  
(Foto: Niedfeld)

Glockenstuhl nach alten Zeichnungen in allen Einzelheiten in der THW-Unterkunft vorbereitet und später das acht Meter hohe und am Fuß fünf Meter breite Gestell auf einem zentralen Platz des Ortes aufgebaut.

Mit dem Befestigen von Schindeln auf dem Dach und einem nochmaligen Imprägnieren der gesamten Holzkonstruktion haben sie eine Arbeit abgeschlossen, die als wahres Meisterwerk bezeichnet und gelobt wurde. Sicherlich die schönste Anerkennung für die Bassumer Helfer.

H. N.

### „Heros '83“ – Alarmübung unter einsatzmäßigen Bedingungen

**Northeim.** Als am frühen Samstagmorgen bei den Helfern des THW-OV Northeim das Telefon läutete, lief in der Kreisstadt eine großangelegte Einsatzübung der Katastrophenschutz-Organisation an. Die Ausgangslage der Übung, unter dem Decknamen „Heros '83“, war verheerend: In den frühen Morgenstunden hatte ein starkes Erdbeben das Northeimer Kreisgebiet erschüttert und besonders schwere Verwüstungen im Bereich der Ortschaft Hammenstedt angerichtet. Die Naturkatastrophe hatte Brücken zum Einsturz gebracht und tiefe Spalten in das Erdreich gerissen. Das Dorf war von seiner Umwelt abgeschnitten, viele Menschen verletzt und obdachlos. Der Landkreis löste „Katastrophenalarm“ aus.

Um diesen Übungseinsatz möglichst realistisch zu gestalten, hatte Zugführer Klaus Harrigfeld, der das Programm dazu detailliert ausgearbeitet hatte, bis zur letzten Minute Stillschweigen bewahrt.

So kam der Alarm für die THW-Helfer völlig überraschend. Dennoch war bereits wenige Minuten später eine erste Einsatzgruppe bereit zum Abmarsch.

Da das Katastrophengebiet für die Sanitätsdienste mit Fahrzeugen nicht mehr erreichbar war, die „Verletzten“ aber schnellstens ärztlicher Hilfe zugeführt werden mußten, beorderte Zugführer Klaus Harrigfeld die 1. und die 3. Bergungsgruppe unverzüglich zum Bau eines Hängesteges an die Rhume. Unter einsatzmäßigen Bedingungen fuhren beide Gruppen unter Leitung ihrer Gruppenführer Andreas Leiffert und Horst Beikirch in das Gebiet. Dort wurden sie der Technischen Einsatzleitung (TEL) unterstellt, die in einem Fahrzeug des Instandsetzungsdienstes untergebracht war. Von hier aus koordinierte Gruppenführer Klaus Beikirch über Funk alle Rettungsmaßnahmen.

Laut Programm verzögerten starke Veränderungen in der Geländeformation jedoch immer wieder die Fertigstellung des Steges. Um dennoch die Versorgung der Bevölkerung zu beschleunigen, wurde die 2. Bergungsgruppe unter Leitung ihres Gruppenführers Wolfgang Dell zum Bau einer Personenfähre in das Katastrophengebiet entsandt.

Plötzlich erreichte eine weitere Hiobsbotschaft die Rettungsmannschaften: Während der Naturkatastrophe waren zwei Sportflugzeuge im Anflug auf den Flugplatz der Kernstadt. Über dem Waldgebiet bei Hammenstedt brach plötzlich der Funkkontakt mit ihnen ab.

Unverzüglich setzte sich die Bergungs-Räumgruppe unter Leitung ihres Gruppenführers Norbert Will in Marsch, um nach möglichen Überlebenden zu suchen. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß eines der beiden Flugzeuge Stickstoffdioxid in noch unbekanntem Mengen transportiert hatte. „Verletzte“ wie Helfer waren durch das sich bildende Gas – eindrucksvoll durch ein Reizgasgemisch simuliert – gleichermaßen gefährdet. Daher wurde das Tragen von Atemschutzmasken und Schutzkleidung angeordnet.

In einem abgesperrten, unwegsamem Gebiet von einem Quadratkilometer suchten die THW-Helfer nach den „Verletzten“, die zuvor das DRK wirklickeitsnah geschminkt hatte. Insgesamt fünf „Opfer“ befreiten die Helfer aus ihrer lebensgefährlichen Lage, leisteten Erste Hilfe und transportierten sie schließlich zu einer Sammelstelle.

Ziel dieser Übung war die Alarmierung sowie das Fahren und Arbeiten unter einsatzmäßigen Bedingungen. In einer abschließenden Besprechung zeigte sich Zugführer Harrigfeld sehr zufrieden mit dem Verlauf der Übung. Besonders hob er die hohe Einsatzstärke, die trotz Urlaubszeit erreicht wurde, hervor. M. A.

### Bombe verwüstete Eckhaus

**Göttingen.** Ein anonymer Anrufer, der sich als „Apo-Sprecher“ ausgab, hatte am Montagmorgen, dem 6. September 1983, gegen 2.55 Uhr den Bombenanschlag auf das Ärztehaus am Wall in Göttingen bei der Polizei angekündigt. Genau um 3.12 Uhr – Beamte eines Streifenwagens hatten kurz zuvor nach ergebnisloser Suche den Tatort verlassen – explodierte die Bombe.

Sie durchschlug den Fußboden des Behandlungszimmers einer Nervenarztpraxis, wo sie deponiert war, riß ein großes Loch in die Decke eines darunterliegenden Restaurants, drückte zur Gronertorstraße hin zwei Fenster und die Wand heraus und richtete in der näheren Umgebung beträchtlichen Sachschaden an.

Nachdem die Berufsfeuerwehr Göttingen noch in der Nacht die Absicherung des Tatortes vorgenommen und ein junges Paar – das unverletzt geblieben war – als einzige Bewohner des Hauses aus dem Dachgeschoß evakuiert hatte, wurde der THW-OV Göttingen um 10.00 Uhr durch die Polizei angefordert.

Seine Aufgabe lautete, die Arbeit der Beamten des Bundeskriminalamtes zu sichern und zu unterstützen. Dazu mußten umfangreiche Aussteifungsarbeiten am und im Gebäude vorgenommen und in der Nacht zum Dienstag die Schadensstelle ausgeleuchtet werden.

Insgesamt 34 Helfer waren unter der Leitung von Zugführer Reinhard Lorentz vor Ort. THW-Ortsbeauftragter Dr. Wolfgang Send war in der Leitstelle eingesetzt. Am Dienstagabend gegen 22.00 Uhr wurde der Einsatz beendet, ohne daß entscheidende Hinweise auf den oder die Täter gefunden werden konnten.

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und THW hat vorzüglich geklappt, und der seit kurzem voll ausgebaute Bereitschaftsdienst des THW-OV Göttingen hat seine erste Bewährungsprobe bestanden. K. O.

Berlin



### Bombenanschlag auf das Maison de France

**Berlin.** Am 27. August 1983, um 11.20 Uhr, explodierte im Maison de France am Kurfürstendamm in Berlin eine Bombe. Der Anschlag galt vermutlich dem französischen Generalkonsulat, das im Maison de France untergebracht ist.

Schon kurz nach dem Eintreffen des Landesbranddirektors an der Einsatzstel-

Ein Blick vom Dach in den eingestürzten Gebäudeteil. Auf der Suche nach Verschütteten müssen alle Trümmer vorsichtig entfernt werden.



Fassaden und Gerüstteile schweben gefährlich über den Randtrümmern, die von den Bergungskräften entfernt werden.



le wurde auch der THW-Landesverband alarmiert und um Unterstützung durch zwei Bergungsgruppen gebeten.

Das wegen Renovierungsarbeiten eingestürzte Gebäude bot ein Bild der Zerstörung. Die Explosion riß einen ca. 25 m tiefen Krater in die Hausfront zur Uhlandstraße. In diesem Teil knickte auch das Stahlrohrgerüst zusammen.

Die größten Schäden zeigten sich jedoch im Inneren des Gebäudes. Die Bombe, die im 4. Stock neben dem Kinoraum gelegt worden war, ließ die darüberliegenden Räume einstürzen. Die Wirkung nach unten wurde abge-

schwächt, weil die Bombe auf einem gewaltigen Doppel-T-Träger lag, der sich durch die Wucht der Explosion verbog und aufgerissen wurde.

Als das THW nach ca. einer Stunde mit zwei Bergungsgruppen eintraf, waren von Passanten und der Feuerwehr schon ein Toter und 23 Verletzte geborgen bzw. versorgt worden. Es wurden jedoch sowohl unter dem Trümmerberg außerhalb des Hauses als auch im Haus weitere Verschüttete vermutet.

Da in dem Haus viele Einrichtungen, Büros und Geschäfte mit Publikumsverkehr untergebracht sind, war eine Aus-

Auf diesem mächtigen Doppel-T-Träger stand die Bombe. Der Träger wurde von der Wucht der Explosion total verbogen und aufgerissen.

(Fotos: Brühl)



sage darüber, ob noch jemand vermißt wird, nicht möglich.

Feuerwehr und THW, die vor Ort in den Personen des Landesbranddirektors und des THW-Landesbeauftragten eine gemeinsame Einsatzleitung bildeten, setzten zunächst alle Kräfte ein, die Schuttberge vorsichtig von Hand abzutragen, um mögliche Verschüttete zu bergen. Diese Arbeit, die auch unter erheblicher Gefahr für die Bergungskräfte vorstatten ging, brachte glücklicherweise keine weiteren Opfer zu Tage.

Die Suche im Haus war erheblich schwieriger. Hier mußten nicht nur umfangreiche Abstützungsmaßnahmen durchgeführt werden, um eine Enttrümmerung überhaupt erst durchführen zu können, es mußten auch auf die Untersuchungen und Nachforschungen der Kriminalpolizei und des Staatsschutzes Rücksicht genommen werden.

Die zwei Bergungsgruppen des THW wurden um 18.00 Uhr durch frische Kräfte ersetzt. Die Ablösung klappte reibungslos, und die neuen Gruppen setzten die Arbeiten innerhalb und außerhalb des Gebäudes in engster Zusammenarbeit mit der Feuerwehr fort.

Um 23.00 Uhr wurden die THW-Helfer dann aus dem Einsatz herausgelöst, nachdem sicher feststand, daß es keine Verschütteten mehr geben könne. Die Feuerwehr selbst beendete ihren Einsatz um 4.00 Uhr.

Auf Ersuchen der Polizei setzte das THW am folgenden Tag noch einige Kipper ein, um den Schutt von der Uhlandstraße auf eine Spezialdeponie vor der Kongreßhalle zu fahren. Der Schutt wurde dort von der Kriminalpolizei auf Spuren der Bombe bzw. des Sprengstoffes untersucht.

Insgesamt war das Berliner THW bei diesem Einsatz mit 71 Helfern beteiligt.

G. B.

Nordrhein-Westfalen

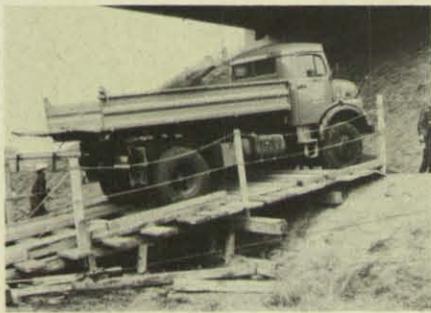


### Sieben THW-Ortsverbände führten Gemeinschaftsübung durch

**Recklinghausen.** Vor große Aufgaben wurden auch in diesem Jahr wieder die Einheiten der THW-Ortsverbände Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Haltern, Herten, Recklinghausen und Waltrop bei einer Gemeinschaftsübung gestellt. Das von Ortsbeauftragten Besten und Zugführer Walkötter ausgearbeitete „Drehbuch“ ging davon aus, daß es im Raume Haltern infolge schwerer Stürme und

sintflutartiger Regenfälle zu großen Schäden gekommen war.

So waren Straßen durch umgestürzte Bäume versperrt, die Wasser- und Gasleitungen unterbrochen sowie Freileitungsmasten umgeknickt. Mehrere Personen waren aus einem mit Betonteilen versperrten Keller zu befreien, Brücken



Die vom THW-OV Castrop-Rauxel erstellte Rampe besteht ihre Belastungsprobe.

abzustützen, ein Hängesteg über die Lippe sowie eine Tonnenfähre einschließlich einer Bootsanlegestelle zu bauen. Die von der Übungsleitung ausgesuchten Einsatzstellen forderten den eingesetzten Helfern wie auch den verwendeten Gerätschaften Höchstleistungen ab.

Die Einsatzstellen lagen im Raum Haltern-Annaberg bzw. Bergbossendorf. Die Sicherung des Wasserdienstes übernahmen mehrere Mehrzweckboote sowie die Tauchergruppe des THW-OV Dorsten. Die Fernmeldeverbindungen stellte während der Übung der Ortsverband Haltern sicher, der als einziger



Der THW-OV Herten beim Bau eines Bootsanlegesteges. (Fotos: Rapp)

Ortsverband eine ausreichende Anzahl von Funkgeräten einsetzen kann. Den 19 Bergungszügen und vier Instandsetzungszügen des Kreises Recklinghausen stehen nur sechs Funkgeräte zur Verfügung – eine Anzahl, die weder für eine Übung noch für einen Ernstfall ausreichend ist.

Der Ausbildungsstand der Einheiten ließ keine Schwachpunkte erkennen. Die von THW-Kreisbeauftragten Udo Rapp geladenen Ehrengäste konnten sich bei einem Besuch der Übungsstationen davon überzeugen, daß die den Helfern gestellten Aufgaben mit sehr viel Übersicht und Sachverstand gelöst wurden.

Beeindruckt waren die Gäste von der Aufgabenvielfalt, die auf das THW in einem möglichen Einsatz zukommen kann.

U. R.

## Gemeinde unterstützt

**Simmerath.** Auf Bitten der Gemeinde Simmerath übernahm der THW-OV Simmerath die Aufgabe, im Rahmen der Brennschneidausbildung einen nicht mehr genutzten Öltank aus Stahl im Keller einer Grundschule zu beseitigen.

Nach eingehender Beratung über das richtige Vorgehen und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen wurde die Aufgabe an einem Samstag in Angriff genommen. In den unteren Teil des Tanks wurde ein Loch von 13 mm Durchmesser gebohrt und eine Verschraubung zum Einfüllen von Stickstoff angebracht. Danach wurde der 35 m<sup>3</sup> fassende Tank mit Stickstoff gefüllt, um jede Explosionsgefahr auszuschließen. Unter schwerem Atemschutz wurde dann ein Loch von 1 x 1 m mit dem Brennschneidgerät aus der Seitenwand des Tanks herausgetrennt. Die Belüftung des Kellers erfolgte dabei durch ein Körnergebläse.

Nach ausreichender Durchlüftung des Kellerraumes zerlegten dann zwei Brennschneidtrupps den Tank. Während dieser Arbeiten gerieten Ölrückstände im Tank in Brand, die jedoch schnell mit einem Feuerlöscher erstickt wurden.

Dieser nicht alltägliche Einsatz brachte den Helfern wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Brennschneidgeräten.

V. W.

## Katastrophenschutzstab besuchte THW-Landesverband NRW

**Düsseldorf.** Hohen Besuch erhielt am 6. September 1983 der THW-Landesverband NRW: Landesbeauftragter Drogies begrüßte den Oberkreisdirektor des Kreises Recklinghausen, Rudolf Pezely, der von den Kreisbeauftragten von Feuerwehr, DRK, MHD, JUH und THW begleitet wurde.

Mit anerkennenden Worten würdigte Drogies die Tatsache, daß der Oberkreisdirektor sich in regelmäßigen Abständen mit den Leitern der Hilfsorganisationen seines Kreises zu Arbeitssitzungen trifft. Zweck derartiger Sitzungen sei es, so Oberkreisdirektor Pezely, die Zusammenarbeit der Katastrophenschutz-Organisationen des Kreises zu fördern, das persönliche Kennenlernen der im Stab des HVB zusammenarbeitenden Fachberater zu ermöglichen, den Katastrophenschutz betreffende und or-

ganisationsübergreifende Fragen zu besprechen und somit einen funktionierenden Katastrophenschutz im Kreis Recklinghausen zu gewährleisten.

Weiter betonte Pezely, er sehe durchaus nichts Besonderes darin, wenn er sich als verantwortlicher Hauptverwaltungsbeamter um den Katastrophenschutz seines Kreises kümmere, da es ja zu seinen Aufgaben gehöre. Nur ein funktionsfähiger Katastrophenschutz gewährleistet, daß im Ernstfall innerhalb kürzester Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden und somit der betroffenen Bevölkerung optimal geholfen werden kann.



THW-Landesbeauftragter Drogies (rechts) zeichnet Oberkreisdirektor Pezely mit der THW-Plakette aus. (Foto: Rapp)

Nachdem man, um die einzelnen Organisationen besser kennenzulernen, schon die Landesgeschäftsstelle des DRK in Münster besucht hatte, war es am 6. September nun das THW, mit dem man sich intensiv beschäftigte. So konnten Pezely und die Kreisbeauftragten der Organisationen einen Einblick in den Aufbau und die Gliederung des THW nehmen und bei dieser Gelegenheit auch Gerätschaften besichtigen, die der Landesbeauftragte im Ernstfall als zusätzliche Ausstattung in den Einsatz schicken kann. Besonderes Interesse fanden die großen Notstromaggregate und die leistungsfähigen Tauchpumpen des THW-Landesverbandes.

Einen breiten Raum nahm auch die Diskussion über mögliche Einsätze des THW im friedensmäßigen Katastrophenschutz ein. Hierbei vertrat Pezely die Auffassung, daß sich das THW durch das Inrechnungstellen der Einsatzkosten bisher selber ins Abseits gestellt habe. Eine Abänderung wäre dringend erforderlich, zumal die vereinnahmten Summen sehr gering seien. Diese Summen stünden in keinem Verhältnis zu ihrer demotivierenden Wirkung, da das THW oft dort nicht zum Einsatz käme, wo die Gemeinden dafür bezahlen müßten.

Ein Höhepunkt des Besuches war die Verleihung der THW-Plakette durch Landesbeauftragten Drogies an Pezely als Dank für seine stete Bereitschaft, sich für die Belange des THW einzusetzen.

U. R.

## In Niederländisch Limburg zwei Behelfsbrücken gebaut

**Stolberg.** Am 3. Juli 1983 fand in der niederländischen Gemeinde Wittem, Ortsteil Eys, das Königsschießen der Vereine aus Belgisch und Niederländisch Limburg sowie Brabant statt. An diesem großen Volksfest sind 153 Schützenvereine aktiv beteiligt.

Die ortsansässige niederländische Zivilschutz-Organisation „Bescherming Bevolking“ war vom Organisationskomitee gebeten worden, zwei Behelfsbrücken über Wasserläufe in der Ortschaft Eys zu schlagen, um den Zugang bzw. die Zufahrt zum Festplatz sicherzustellen. Zur internationalen Zusammenarbeit und zur Pflege der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem niederländischen Zivilschutz in Gulpen und dem THW-Geschäftsbereich Aachen wurde der 2. Bergungszug des THW-OV Stolberg um Unterstützung gebeten.



Die THW-Helfer beim Bau der Behelfsbrücke. (Foto: Geicht)

Nach einer Besichtigung des Geländes durch Ortsbeauftragten Karl Dahmen, Zugführer Wolfgang Geicht sowie dem niederländischen Kollegen Schmeetz wurde beschlossen, die Behelfsbrücken als Leichtmetallbrücken zu errichten.

Die Brückenbauarbeiten sollten am Samstag, dem 24. Juni 1983, aufgenommen werden. Im Laufe der vorhergehenden Woche wurde das notwendige Brückenbaugerät gewartet bzw. vom THW-OV Bonn-Beuel ausgeliehen.

Am Samstagmorgen rückte der 25 Mann starke Bergungszug mit fünf THW-Fahrzeugen um 7.00 Uhr in Richtung Wittem aus. Unter der Führung von Zugführer Geicht traf man sich kurz hinter der deutsch-niederländischen Grenze mit der zehn Helfer umfassenden Gruppe der „Bescherming Bevolking“ von Rettungsdienstleiter Schmeetz.

Sofort wurde in Wittem-Eys mit der Errichtung der Behelfsbrücken begonnen. Bei den Brücken handelte es sich um Grabenbrücken in schwerer Ausführung. Der Brückenbau ging zügig voran. Innerhalb von vier Stunden konnten die Übergänge aufgrund der hervorragenden Zusammenarbeit errichtet werden. Die Hauptbrücke hatte eine Stützweite

von 16 m und war mit einer Last von 10 t belastbar, während die kleinere Brücke mit einer Stützweite von 6 m bis zu einer Belastung von 4 t ausgerichtet war. Zur Verkleinerung der Stützweite wurde unter die größere Brücke ein Schwelljoch von einem Meter Höhe im Uferbereich des Baches gebaut.

Die vielen Schaulustigen und die Vertreter der Gemeinde konnten sich vom guten Ausbildungsstand der beiden Zivilschutz-Organisationen überzeugen. Die Helfer der beiden Verbände wurden von der Bevölkerung freundschaftlich und überaus fürsorglich betreut, wobei besonderes Lob der Verpflegung galt.

Zum Abschluß der technischen Hilfeleistung erklärte Wittems Bürgermeister Janssen, diese gemeinsame, grenzüberspannende Arbeit zeige, daß im Grenzland der europäische Geist wirklich lebe. Alle Helfer wurden eingeladen, das Eyscher Schützenfest zu besuchen, das Anziehungspunkt für ca. 100 000 Menschen an zwei Wochenenden sein würde. Ortsbeauftragter Karl H. Dahmen sprach den Dank des THW-OV Stolberg für die herzliche Aufnahme aus.

Nachdem die beiden Brücken ein Unwetter mit größeren Überschwemmungen ohne Probleme überstanden hatten, wurden sie am 16. Juli 1983 in einer weiteren Übung nach Abschluß des Volksfestes von beiden Organisationen gemeinsam wieder abgebaut. V. G.

## Dreißig Jahre Arbeit für das THW

**Gelsenkirchen.** Als 1953 der THW-OV Gelsenkirchen ins Leben gerufen wurde, war Franz Greger dabei. Er traf sich mit 29 Männern am einzigen freien Tag in der Woche, dem Sonntag, um das zu gründen, was heute der zweitgrößte Ortsverband in Nordrhein-Westfalen ist. Im Luftschutzbunker am Hauptbahnhof Gelsenkirchen schlug die Geburtsstunde des THW-Ortsverbands. Werkzeug und Gerät brachten die Helfer selbst mit. „Ein ständiger Handwerker hat sein eigenes Werkzeug“, war damals der Leitsatz von Greger. „Unter steinzeitlichen Bedingungen übten wir damals, aber wir waren mit Begeisterung bei der Sache“, so Greger. Die meisten Männer kannten sich von der Arbeit her, waren im Bergbau tätig.

Geräte- und Kfz-Bestand waren damals dürftig. So wanderten manche zur Feuerwehr ab, die schon besser ausgerüstet war. Greger blieb, und das THW gewann immer mehr Freunde. 1955 dann das erste große Projekt: Für den Kleingartenverein Gelsenkirchen-Hüllen bauten die Helfer eine Fußgängerbrücke über einen Bach. „Statik, Bauplan, Fun-



Beim Sommerfest des THW-Helfervereins wurde Franz Greger mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet (von links): Bürgermeister Egon Rossa, Vorsitzender des THW-Helfervereins, Referatsleiter THW 1 Norbert Krutzki, THW-Ortsbeauftragter Gerd Frey, THW-Landesbeauftragter Siegfried Drogies, Franz Greger, Betriebsdezernent Heinz Süßmann. (Foto: Kruthoff)

dament- und Holzbau – alles stammte von uns. Die Auflagen des Bauaufsichtsamtes hatten wir gut umgangen“, schmunzelt der heute 72jährige Greger. „Die Brücke steht heute noch. Besondere Vorkommnisse beim Brückenbau: Zwei Männer sind in den Bach gerutscht, um 3.00 Uhr morgens ...“

Als besondere Auszeichnung empfanden es die Männer um Greger, der bereits im Gründungsjahr an den ersten Ausbilderlehrgängen teilnahm, wenn sie sonntags zu ihren Übungsstunden mit dem Dienst-Kombi von zu Hause abgeholt wurden. Man schrieb das Jahr 1957.

„Am Sonntag, dem 31. August 1958, bauten wir eine vier Tonnen schwere Behelfsbrücke über den Lohmühlenteich in Gelsenkirchen-Buer, die eine Länge von 26 Metern hatte. Übrigens ist der Bauplan gezeichnet worden, in Ermanglung eines Papiers der Größe DIN A0, auf zusammengeklebtes Karopapier. Wir waren damals noch immer so arm wie die Kirchenmäuse“, erklärt Greger. Müßig zu sagen, daß die Brücke heute noch steht.

„Nachdem wir den Bau eines China-Stegs, eines Beseler-Stegs und einer Behelfsbrücke kennengelernt und somit eine gewisse Ausbildungsvorstufe erreicht hatten, berieten wir ein Abenteuer. Das Lippe-Tal in der Nähe von Hervest-Dorsten hatte es uns angetan. Die Lage: Die Straßenbrücke ist vom Hochwasser zerstört. Die Verbindung von einem Ort zum anderen ist unterbrochen. Wir bauen eine Behelfsbrücke über die Lippe, vorher jedoch als ‚Verbindung‘ einen Drahtseil-Hängesteg mit einer Länge von 80 Metern. Das Hochwasser

rauschte, und so mancher Helfer schritt, äußerlich tapfer, über den Fluß. – Warum dürfen wir heute nicht mehr solche Großübungen außerhalb der Stadtgrenzen durchführen?", kritisiert Greger.

Wie oft die THW-Helfer in all den Jahren ihre Unterkünfte gewechselt haben, läßt sich an zwei Händen gar nicht aufzählen. Der Ortsverband wuchs ständig und gewann immer mehr Freunde hinzu. Ein Erlebnis wird Greger jedoch in Erinnerung bleiben: „1970 waren wir mit dem THW für 14 Tage im Jordanien-Einsatz. Ich freundete mich mit einem Scheich an, die Verbindung hielt länger. Der Scheich lud mich zu einem späteren Besuch in die Wüste ein. Meine Familie und ich fuhren hin. Nach der vielstündigen Bewirtung und langen ‚fingerbrecherischen‘ Gesprächen bot der Gastgeber meiner Tochter die Stammeszugehörigkeit an und als ‚Existenzgrundlage‘ eine Herde von 18 Ziegen. Scheich Abdul konnte nicht verstehen, daß ich diesem Tauschvertrag nicht zustimmte. Einmal im Jahr, zum Ramadan schreibe ich ihm.“

Greger ist heute noch Bereitschaftsführer der technischen Züge des Ortsverbandes Gelsenkirchen. Ende August wurde ihm das THW-Ehrenzeichen in Gold verliehen.

Greger, der fließend sieben Sprachen (darunter Arabisch) spricht, diesem Mann der ersten Stunde, ist Dank zu sagen für seine Liebe zum THW, seinen Ehrgeiz, seine Uneigennützigkeit, seinen Sachverstand, sein Verständnis für die Jugend, sein Engagement.

„Es war für mich immer das Vertrauen in eine Sache. Die Einstellung der meisten jungen Menschen ist leider heute anders. Es hat früher mehr Spaß gemacht, es gab weniger Bürokratie. Wir brauchen nach wie vor Helfer, die mit Holz, Säge und Seil umgehen können“, meint einer, der es wissen muß. N. W.

### Teilnahme am 1. Lengericher Stadtfest

**Lengerich.** Vom 1. bis 4. September fand das 1. Lengericher Stadtfest statt. Den Aufbau und die vielen Veranstaltungen unterstützten die Helfer des THW-OV Lengerich. Ihre Leistungen wurden vom Stadtdirektor besonders gewürdigt.

Bei allen Veranstaltungen stellte sich der Ortsverband mit seinen Helfern und Gerätschaften den Besuchern vor. Die Bevölkerung bekundete reges Interesse an den Vorführungen, wobei sie sich selbst aktiv daran beteiligte. Den Helfern wurden viele interessierte Fragen gestellt.

### Nachruf

Die Helfer des THW-OV Euskirchen trauern mit den Angehörigen um

#### Peter Brenig

der nach einem Unfall im Alter von 23 Jahren verstarb.

Sein solides handwerkliches Können, seine stete Einsatzbereitschaft und seine humorvolle Kameradschaft haben ihn in den fünf Jahren seiner Zugehörigkeit zum THW zu einem vorbildlichen Helfer werden lassen, den alle, die ihn kannten, schätzten.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren, er wird leben in der Kameradschaft unserer Helfer.

Hessen



### Gelungene Einsatzübung

**Spachbrücken.** Eine Einsatzübung hatte der THW-OV Spachbrücken, bei der die Helfer des Bergungszuges ihr vielseitiges Können unter Beweis stellen mußten.

„Verschüttete“ und „Verletzte“ wurden geborgen. Dabei übernahm Zugführer Ulrich Schreiber die Leitung und Koordination der Bergungsgruppen. Trümmer mußten mit Hilfe von Dreibock, Rolle und Lkw angehoben, schwere Lasten bewegt werden, um die Bergungsarbeit zu ermöglichen. Schnell erfolgte der Aufbau des Sanitätszeltes.

Höhepunkt war der Bau einer Seilbahn, um „Verletzte“ aus einer Felswand abzulassen.

H. G.

Saarland



### THW und DRK üben gemeinsam

**Spiesen-Elversberg.** Die Einheiten des THW und DRK aus Spiesen-Elversberg üben gemeinsam an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die Schule war als Übungsort ausgewählt worden, da es dort eine „Trümmerstraße“ gibt, auf der sämtliche, auch im Ernstfall vorkommenden Schadensformen nachgestellt werden können.

Eingesetzt waren vom THW der 2. Bergungszug, der 2. Materialerhaltungstrupp und die Technische Einsatzleitung



Bergung aus Trümmern – eine der Aufgaben bei der Übung. (Foto: Müller)

(TEL) des Kreises Neunkirchen mit den Fachberatern ABC/Brandschutz, Wehrführer Heinz Schramm und sein Vertreter Edgar Schmidt; Sanitätsdienst/Versorgung, Wolfgang Frisch vom DRK, sowie der 1. Sanitätszug unter Leitung von Bereitschaftsführerin Edda Phillip. Die gesamte Leitung der Übung stand unter dem Kommando von Zugführer Werner Kaufmann als Leiter der TEL, die das neue, gerade wenige Stunden vor Beginn der Übung erhaltene Kommandofahrzeug einsetzen konnte.

Schon die Fahrt nach Ahrweiler war Bestandteil der Übung: Die Einheiten mußten nach Marschskizzen einen Sammelpunkt in der Nähe des Nürburgringes anfahren. Dort formierten sich die insgesamt 13 Fahrzeuge zu einem Verband.

Am folgenden Tag schminkte das DRK 30 „Verletzte“, Jugendliche des DRK und THW, die von der TEL in den Trümmern verborgen wurden. Dann kam der Einsatzbefehl, Auftakt zu einer mehr als fünfstündigen Übung. Trotz großer Hitze arbeiteten alle Helfer gewissenhaft und mit großem Eifer.

Das DRK hatte 45 „Verletzte“ zu versorgen. DRK-Arzt Dr. med. Hans-Jakob Masson hatte mit seinen Sanitätern alle Hände voll zu tun.

Teilweise arbeiteten die Bergungshelfer des THW, unter Leitung von Zugführer Helmut Ganz, unter schwerem Atemschutz, was bei der herrschenden Hitze eine große Belastung darstellte.

Bei der Abschlußbesprechung fanden die Schiedsrichter, Zugführer Hans Werner und Gruppenführer Georg Mebs, lobende Worte für den Einsatzwillen der Helfer; auch die Beobachter des Landratsamtes Neunkirchen, Oberinspektor Hagen Hild und Sachbearbeiter Helmut Müller, sprachen den Helfern ihre Anerkennung für die Leistung aus.

Der Übungstag schloß mit einem zünftigen Helferfest. D. L./H. M.

### THW-Ausstellung mit Übungseinlagen

**Saarlouis.** Ein kleines Jubiläum war für den THW-OV Saarlouis Anlaß, in Elm

eine Ausstellung mit verschiedenen Übungseinlagen, an denen auch das DRK Elm beteiligt war, durchzuführen.

Bernhard Geber, Gruppenführer im Bergungszug, der den Elmer Stützpunkt leitet, hatte mit den Führungskräften des Ortsverbandes den Übungsablauf koordiniert und war für die Veranstaltung verantwortlich. Als die Einheiten des Ortsverbandes nach einer Kolonnenfahrt auf dem Elmer Marktplatz eintrafen, erwarteten die Gruppen mehrere Aufgabenstellungen, die zugleich einen Einblick in die Arbeit des THW geben sollten:

Das örtliche Rohrnetz war zum Teil zerstört. Von einer noch intakten Wasserleitung mußte die GW-Gruppe mit Hilfe von Zwischenbehälter und Zapfstellen die Wasserversorgung der Bevölkerung sicherstellen.

Für das Auspumpen überfluteter Keller- und Lagerräume brachten Gruppenführer Ferdi Müller und die Helfer der AÖ-Gruppe sämtliche zur Verfügung stehenden Pumpen zum Einsatz.

Die E-Gruppe setzte das 100-kVA-Notstromaggregat in Betrieb und leuchtete die Aktionsbereiche des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes aus. Daneben nahmen die Helfer mit Gruppenführer Harald Junk die Übung aber auch zum Anlaß, die Ausstattung der E-Gruppe vorzustellen und den Gebrauch des Kabelschießgerätes zu demonstrieren.

Auch den Bergungszug erwarteten unterschiedliche Aufgaben: Am schnellsten mußte Gruppenführer Alois Tkatsch seine Bergungsgruppe einsetzen, denn eine Reihe von Hindernissen, die mit Brennschneidgerät, Trennschleifer, Motorsäge und Bohrhammer zu beseitigen waren, versperrten die engen Kriechgänge und somit auch den Zugang zu mehreren eingeschlossenen, „verletzten“ Personen. Zudem mußte teilweise mit schwerem Atemschutz gearbeitet werden. Die Jugendgruppe stellte sich als Verletztendarsteller zur Verfügung. Helfer des DRK Elm hatten die „Verletzten“ eindrucksvoll geschminkt.

Diese Gerätegruppe sollte den angrenzenden Bachlauf mit einem Behelfssteg überbrücken und eine provisorische Verbindung zwischen den Ortsteilen Derlen und Knausholz schaffen. Die Helfer, Gruppenführer Wolfgang Jung und Zugtruppführer Gerhard Schramm bewältigten diese Aufgabenstellung binnen kürzester Zeit.

Aufmerksame Beobachter der Einsatzübung waren u. a. THW-Landesbeauftragter Günter Faß und Geschäftsführer Rudolf Werth.

Der Ortsvorsteher von Elm, Oswald Schackmann, dankte dem THW dafür,

daß sich die Helfer bei Brückenbauarbeiten in der Gemeinde lobenswert eingesetzt haben. Die Übung in Elm habe nicht nur einen hervorragenden Ausbildungsstand der Helfer gezeigt, sondern auch die moderne Ausrüstung des THW vorgestellt.

R. W.

## Großübung des THW-ÖV Saarlouis

**Saarlouis.** An einem Spätnachmittag gegen 16.00 Uhr ereignet sich in Düppenweiler in einer Hotel-Pension eine schwere Gasexplosion. Dies ist die Ausgangssituation für eine Übung des THW-ÖV Saarlouis.

Im Hotel, im angrenzenden Restaurant und im Umkreis von ca. 30 m entsteht erheblicher Personen- und Sachschaden. Nach Angaben des Eigentümers ist das Hotel wegen Renovierungsarbeiten nur zum Teil belegt. Die Handwerker haben den 2. Stock und das ausgebaute Dachgeschoß deshalb auch abgesperrt, als sie um 12.00 Uhr das Haus verließen. Hier kann sich also niemand aufhalten.

Am Morgen dieses Tages wurden 13 Hotelgäste registriert: Vier ältere Damen und eine neunköpfige Jugendgruppe aus Saarlouis. Drei Hotelangestellte haben Dienst. Das Restaurant öffnet erst um 18.00 Uhr. Der Wirt und der Koch treffen jedoch immer schon am Spätnachmittag ihre Vorbereitungsarbeiten für den Abend. Die Jugendgruppe wollte am Nachmittag die Freizeiträume und die Kegelbahn in den Kellerräumen der Hotel-Pension benutzen.

Um 16.30 Uhr wird Alarm gegeben. Mit den Bergungsaufgaben wird der B-Zug Saarlouis beauftragt. Diesen Situationsbericht übermittelt Zugtruppführer Gerhard Schramm aufgrund seiner ersten Erkundungsergebnisse dem anrückenden B-Zug, der um 17.00 Uhr an der Schadensstelle – dem Übungsgelände der ehemaligen Katastrophenschutzschule des Saarlandes auf dem Littermont – eintrifft.

Zielstrebig gehen die Helfer nun die von Zugführer Reiner Werth vorbereiteten Aufgabenstellungen an. Einsatzgruppen und -trupps sind schnell formiert. Während Gruppenführer Wolfgang Jung und seine Helfer die Schadensstelle, die Verletzensammelstelle, die Geräte- und Materialablage ausleuchten, durchsuchen die Helfer um Gruppenführer Bernhard Geber bereits die Unglücksstelle und bergen die „Verletzten“.

Gemeinsam kann man dann in der dritten Phase des Einsatzes mit der Durchsuchung der schwer zugänglichen Stellen beginnen. Dabei fordern die Lage der „Verletzten“, Unwegsamkeiten und

Hindernisse an der Schadensstelle und weitere überraschende Meldungen von den Führungskräften und Helfern immer neue Entscheidungen und Arbeiten.

Motorsäge, Trennschleifer und Brennschneidgerät dienen dazu, den Weg zu den „Verletzten“ zu bahnen. Gleichzeitig werden die im ersten Stock aufgefundenen Personen geborgen. Die Aufgabenstellung schreibt die Bergung mit Seilbahn und Leiterhebel vor.

Insgesamt verzeichnet Zugtruppführer Gerhard Schramm die Bergung von 14 „Verletzten“, die man außerhalb des unmittelbaren Gefahrenbereichs den Helfern des Malteser-Hilfsdienstes zur weiteren Betreuung übergibt. Etwa zehn Helfer vom MHD haben zwischenzeitlich unter Leitung von Willi Mansion in ihrem Zeit eine Verletzensammelstelle eingerichtet und leisten Erste Hilfe.

Die Phase 3 ist abgeschlossen, aber immer noch vermutet man „Verschüttete“ an der Schadensstelle. Erst nach mehreren „stillen Perioden“ und dem eingehenden Durchsuchen des gesamten Trümmergeländes kann die Abschlußmeldung erfolgen, Gerät und Material verladen werden.

„Durch die Gasexplosion ist der ganze Straßenzug stark zerstört. Versorgungsleitungen sind beschädigt, die Bevölkerung muß teilweise evakuiert werden. Am Straßenrand liegt ein Behälter mit Heizöl, der durch den Explosionsdruck von einem Lkw heruntergefallen ist.“ So stellt Zugführer Sebastian Hafner den Gruppenführern und Helfern des I-Zuges die Schadenslage dar.

Daraus ergeben sich für die einzelnen Gruppen wiederum unterschiedliche Aufgabenstellungen. Die E-Gruppe muß wegen der anbrechenden Dunkelheit die Einsatzstellen des I-Zuges und die Verletzensammelstelle des MHD ausleuchten. Außerdem finden die Elektriker auf der Rückseite des Restaurants ein mehradriges Kabel, das freiliegt und von den Helfern um Gruppenführer Harald Junk instandgesetzt werden muß.

Währenddessen sind Truppführer Jürgen Ditgen und die GW-Gruppe damit beschäftigt, mit einer TS 2/5 und einer Flügel-Handpumpe aus einer Zisterne die Verletztenablage und den angrenzenden Häuserblock mit Wasser zu versorgen. Die Flügelpumpe muß dabei mit einem Dreibock über die Zisterne aufgehängt werden. Ein Stahlbehälter mit ca. 150 Liter Wasser-Heizölgemisch bereitet der AÖ-Gruppe größeres Kopfzerbrechen. Für die Helfer und Gruppenführer Ferdi Müller ist dies jedoch kein Problem, denn für solche Fälle ist man gut ausgerüstet. Der Inhalt des Behälters wird mit einer Ex-Pumpe zu einem tiefergelegenen Behälter gepumpt. An-

schließend wird ein Ölbindemittel aufgebracht und abgefackelt.

Geschäftsführer Rudolf Werth konnte sich – neben einer Reihe weiterer Besucher – vom guten Ausbildungsstand des Ortsverbandes überzeugen. Ortsbeauftragter Hermann Wagner bedankte sich abschließend bei ca. 100 Helfern für ihren Einsatz. R. W.

### **THW-Direktor Ahrens inspizierte den Landesverband Saarland**

**Saarbrücken.** Da im Bereich des THW-Landesverbandes Saarland viele Probleme zu bewältigen sind, nahm THW-Direktor Ahrens im Rahmen einer Dienstreise die Gelegenheit wahr, sich an Ort und Stelle mit einigen Schwierigkeiten zu befassen.

Schwerpunkt seiner Inspektion war die Begutachtung der Unterkünfte. Neben neu errichteten Unterkunftsbauten, die eine optimale Ausbildung und Vorbereitung auf Einsätze garantieren, wurden auch diejenigen besucht, die man als nicht mehr zeitgemäß bezeichnen kann. So führte der Weg auch zur Unterkunft des THW-OV Beckungen nach Düppenweiler.

Der Landesvorsitzende der Helfervereinigung, Alfred Becker, der den THW-Direktor begleitete, brauchte nicht viel Worte zu machen, um von der dringenden Notwendigkeit einer neuen Unterkunft zu überzeugen. Das einzige Gesprächsthema, das diese Runde beherrschte, war die zeitliche Einordnung der anstehenden Baumaßnahme. Wenn hier auch ein Neubau schon Jahre überfällig ist, so lassen die bescheidenen Bundesmittel für den Bau von THW-Unterkünften auch bei der Beachtung des dringenden Bedarfs erst einen Baubeginn für 1985/86 erwarten.

Dann ging die Reise weiter zum Ortsverband Sulzbach. Auch hier bot sich kein besseres Bild. Ahrens sprach den Führungskräften ein Lob aus, daß sie es verstünden, mit großem zeitlichen Aufwand und viel Geschick diese baufällige Unterkunft noch in einem peinlich sauberen und somit benutzbaren Zustand zu halten. H. B.

### **THW hilft „Bürgern in Not“**

**Mettlach.** Daß die THW-Ausbildung auch für soziale Zwecke sinnvoll genutzt werden kann, zeigte der Ortsverband Mettlach kürzlich beim Bau der mittlerweile weiten Teilen der Bevölkerung bekannten „THW-Rampe“.

Ein junger Autofahrer aus Mettlach wurde bei einem Sturm durch einen auf die

Fahrbahn stürzenden Baum im Stadtgebiet Merzig so schwer verletzt, daß er querschnittgelähmt ist. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus mußte er, um aus seiner Wohnung zu gelangen, jeweils über mehrere Treppen getragen werden, so daß er ständig auf fremde Hilfe angewiesen war.

Ein in der Nachbarschaft wohnender Leidensgenosse machte ihn auf die vom THW-Kreisbeauftragten und Landtagsabgeordneten Alfred Becker ins Leben gerufene Hilfsaktion „Bürger in Not“ aufmerksam. Becker sagte schnelle Hilfe zu, Material stellte „Bürger in Not“; das THW wurde aktiv.

Was da an einem dienstfreien Samstag von fachkundigen Helferhänden gebaut wurde, konnte sich sehen lassen: Es wurde auf ein ansteigendes, unwegsames Gelände ein ca. 25 m langer behindertengerechter Steg gebaut, wobei besonderer Wert auf eine gleichmäßige, nicht mehr als sechs cm/m betragende Steigung gelegt werden mußte.

Inzwischen hat der Steg seine Bewährungsprobe bestens bestanden, zum Wohle des jungen Mannes, dessen Schicksal dadurch zumindest etwas erleichtert worden ist. A. E.

### **THW-Ortsverbände stellten sich vor**

**Neunkirchen.** Im Rahmen des 4. Waldhausfestes stand ein Informationsabend auf dem Programm, an dem sich das THW im Landkreis Neunkirchen der Öffentlichkeit darstellte. Die THW-OV Illingen, Neunkirchen und Spiesen-Elversberg wollten ferner die Gelegenheit nutzen, die Führungskräfte der anderen im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen über das THW zu informieren.

Landrat Dr. Schwelm, der für den Katastrophenschutz im Kreis Neunkirchen verantwortlich ist, griff die Initiative des THW Spiesen-Elversberg gerne auf und schickte Einladungen an den Personenkreis, der im Falle einer Katastrophe Führungsaufgaben wahrnimmt.

So waren in Spiesen der Brandschutzdienst mit Kreisbrandinspekteur Heinz Britz, den Wehrführern und ihren Stellvertretern, die Kreisführung des DRK mit den Führern der Sanitätszüge, der Betreuungsdienst des MHD und die Führung des Versorgungsdienstes vertreten. Aber auch die Mitglieder des Stabes HVB und die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Neunkirchen waren zugegen.

Die Veranstaltung sollte in erster Linie den Führungskräften im Katastrophenschutz einen Einblick in die vielfachen

Tätigkeiten des THW geben. So wurden Fahrzeuge und Geräte und deren Einsatzmöglichkeiten im Bergungs- und Instandsetzungsdienst vorgestellt und die Technische Einsatzleitung erörtert. Führungskräfte des THW standen zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und Unklarheiten auszuräumen.

Trotz des Regens unterzogen sich der Landrat und die Gäste der interessanten Besichtigungstour. Neben den geladenen Führungskräften waren aber auch die Wehrmänner aus Merchweiler, Neunkirchen und die Jugendwehr Landsweiler gekommen, um Geräte und Fahrzeuge des THW zu besichtigen. H. M.

### **Erste-Hilfe-Lehrgang erfolgreich abgeschlossen**

**Völklingen.** Mit Erfolg nahmen die 17 Junghelfer des THW-OV Völklingen unter Leitung ihres Gruppenführers Cattarius an einem acht Doppelstunden umfassenden Erste-Hilfe-Lehrgang teil. Die Ausbildung bot neben der Theorie viel Zeit für praktische Übungen, damit sich jeder Helfer Klarheit über seinen Leistungsstand verschaffen konnte. Zum Abschluß des Lehrganges, welcher unter Leitung des stellv. Zugführers Dillmann vom DRK Völklingen durchgeführt wurde, mußten die Junghelfer ihr Können unter Beweis stellen.

Es galt, mehrere Opfer mit den verschiedensten Verletzungen (von der Brandwunde bis zur schweren Kopfverletzung) als Ersthelfer zu versorgen. Die gekonnt geschminkten Mitglieder des Jugendrotkreuzes stellten erschreckend echt aussehende Verletzte dar. Die „Opfer“ hatten jedoch Glück, denn die Ersthelfer hatten die Verletzungen sofort richtig erkannt und umgehend die entsprechenden Sofortmaßnahmen durchgeführt.

Durch weitere Ausbildung ist sichergestellt, daß ein hohes Leistungsniveau auf dem Gebiet der Sofortmaßnahmen am Unfallort beibehalten wird. Dieses Wissen und gute fachdienstbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten sind unabdingbare Forderungen an einen THW-Helfer. J. W.

### **Brücke im Naherholungsgebiet Ruhbachtal erneuert**

**Spiesen-Elversberg.** Einem ungewöhnlichen Unfall fiel eine Fußgängerbrücke über den Ruhbach zum Opfer: Ein Pferd brach durch den teilweise morschen Brückenbelag. Um das Tier zu befreien, wurde die Brücke zersägt. Sie stellte nun in zerstörtem Zustand eine Gefahr dar.

Auf Anfrage des Geschäftsführers des Naherholungsverbandes erklärte sich der THW-OV Spiesen-Elversberg spontan bereit, die Brücke kurzfristig zu erneuern.

Unter der Leitung von Gruppenführer Dietmar Lucas rückten die THW-Helfer mit Lkw und Gerätekraftwagen zur Baustelle aus. Innerhalb einer Stunde war die alte Konstruktion abgebrochen. Die tragenden Teile der alten Brücke waren so morsch, daß sie beim Herausheben zerbrachen.

Selbstverständlich benutzten die THW-Helfer nur frisches, imprägniertes Holz zur Neukonstruktion der tragenden Unterkonstruktion; zusätzlich wurde ein dritter Längsträger eingezogen, um die Tragkraft der Brücke zu erhöhen.

Trotz strömenden Regens und klatschnasser Kleidung arbeiteten die THW-Helfer gewissenhaft und mit Eifer; schließlich gehört der Brückenbau zum Ausbildungsprogramm des THW. Nach sechs Stunden Arbeit stand der neue Übergang. H. M.

### Souveräner Sieger: das THW

**Riegelsberg.** Eine Mannschaft des THW-OV Riegelsberg nahm an der von Radio Luxemburg in Zusammenarbeit mit der Saarbrücker Zeitung live übertragenen Sendung „12 Uhr mittags“ im Riegelsberger „Coffee house“ teil. Gegner im Wettstreit um die ausgesetzten Preise, 500 DM für den Sieger und ein Faß Alt-Bier für den Verlierer, war das Team der Freiwilligen Feuerwehr.

Die ersten Punkte für das THW-Aufgebot machte Wolfgang Werron. Er hatte in seinem mit Nonchalance vorgetragenen Lebenslauf eine Berufsbezeichnung gewählt, die es gar nicht geben kann und damit Moderator Jochen im Luxemburger Studio aufs Glatteis geführt.

Ortsbeauftragter Helmut Klein, der mit seinen Helferkameraden an dem Spiel teilnahm, brachte bei der aktuellen Runde mit seinen einwandfreien Antworten seine Mannschaft zum ersten Male in Führung.

Helmut Schmidt bestritt mit Bravour das schwierige „Zick-Zack-Spiel“, bei dem nach der zweiten gestellten Frage die erste, nach der dritten die zweite Frage usw. zu beantworten ist, was volle Konzentration erfordert.

Als Meister seines Fachs erwies sich auch Musikspezialist Joachim Schwarz, der neben der Musik- auch die Finalrunde bestritt: Er brachte die letzten zum Sieg noch fehlenden Punkte, und Ortsbeauftragter Helmut Klein konnte auf die Frage des Moderators, was man denn mit dem Gewinn anfangen werde, ant-

worten, daß hiervon ein Teil der Unkosten des am 10. und 11. September 1983 stattfindenden Jubiläums des Ortsverbandes bestritten werde. R. B.

### THW präsentierte sich der Öffentlichkeit

**St. Ingbert.** Der THW-OV St. Ingbert, in der Oststraße hinter den Stadtwerken stationiert, hatte die Bevölkerung zu zwei „Tagen der offenen Tür“ eingeladen. Der Ortsverband, der die Tage mit seinem 25jährigen Jubiläum verband, wollte einmal die Gelegenheit nutzen, Unterkunft, Fahrzeug- und Gerätepark vorzustellen, zum anderen sich stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken. Nicht zuletzt ging es darum, das Interesse der Jugend zu aktiver Mitarbeit im THW zu wecken.

Als 1980 der Umzug des THW aus den unzulänglichen Gebäuden des Bauhofs in die neue Unterkunft erfolgte, ergaben sich optimale Voraussetzungen für die Ausbildung, die Stationierung von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen. Zur Ausstattung des OV St. Ingbert zählen vor allem geländegängige Einsatzfahrzeuge.

Entsprechend ihrer Aufgabenstellung sind die Fahrzeuge ausgerüstet für den Trupp für Freileitungsbau, den Erdleitungstrupp, den Wassertrupp, den Gastrupp, den Öltrupp. Letzterer fand das besondere Interesse der Besucher. Deshalb gaben sich die Helfer besondere Mühe, den Einsatz bei einem Ölunfall zu demonstrieren.

Was nicht mehr in den Fahrzeugen Platz findet, ist im Geräteraum fein säuberlich gelagert. Werkräume, mit allen erdenklichen Werkzeugen und Maschinen ausgestattet, lassen das Herz eines jeden Handwerkers höher schlagen. Hier erfahren die jungen Helfer eine solide Ausbildung.

Sicherheitsbeauftragter Josef König hatte in den Werkräumen in mühevoller Kleinarbeit Modelle von Brücken, Stegen und Türmen aufgebaut, die den vielfältigen Einsatz des THW demonstrieren. R. B.

Baden-Württemberg



### Eine gelungene Kombination zwischen Ausbildung und Freizeit

**Ellwangen.** In der Zeit vom 12. bis 21. August 1983 fand am Schlierbachstausee bei Neunstadt das schon traditio-

nelle Zeltlager der Jugendgruppen des THW-OV Ellwangen statt. Welchen Stellenwert dieses Lager einnahm, zeigte auch die Gästeliste: Landtagsabgeordneter Dr. Eugen Volz und der Oberbürgermeister von Ellwangen, Stefan Schulze, besuchten das Zeltlager.

Nachdem vergangenes Jahr zu Gunsten eines Lehrgangs „Fahren auf dem Wasser“ für Jung Helfer auf ein Zeltlager verzichtet worden war, begann man in diesem Jahr am Abend des 11. August mit Unterstützung von Helfern aus dem Bergungszug das Lager aufzubauen. Insgesamt mußten fünf Schlaf-, ein Verwaltungs-, ein Geräte- und ein Aufenthaltszelt sowie das Küchenzelt errichtet werden.



Viel Spaß haben die THW-Jung Helfer beim „Fahren auf dem Wasser“ mit dem Schlauchboot. (Foto: Stelly)

Das Lager war als eine Kombination zwischen Ausbildung und Freizeit geplant. Der Ausbildungsteil bestand hauptsächlich aus „Fahren auf dem Wasser“, wobei das Erlernte vom vergangenen Jahr schnell in die Praxis umgesetzt bzw. ergänzt werden konnte. Des weiteren bauten die Jung Helfer eine Seilbahn zum Bergen von Verletzten in unwegsamem Gelände und demonstrieren, daß sie selbst mit diesem Gerät einem erwachsenen Helfer in nichts nachstanden. Aber auch einfache Dinge, wie zum Beispiel das Anspitzen von Holzpfählen oder das Arbeiten mit Beil und Bügelsäge, standen ebenso auf dem Programm wie der Umgang mit der Tragkraftspritze bei einem simulierten Flächenbrand.

Dem Ideenreichtum bei der Freizeitgestaltung schienen in diesem Jahr keine Grenzen gesetzt. Nach dem schon traditionellen Feldgottesdienst am Sonntagmorgen weckte eine „Lagerolympiade“ den Enthusiasmus der THW-Helfer von morgen. Warum sollte man die Ausstattung des Bergungszuges nicht einmal zweckentfremdet gebrauchen und mit den Tragesätzen einen Wettlauf ums Lager veranstalten?

Es zeigte sich, daß es auch in der heutigen Zeit noch möglich ist, althergebrachte Prinzipien des Pfadfinderdenkens mit den Errungenschaften der modernen Technik zu kombinieren – ein Problem, das vom THW auf simple Weise gelöst wurde. B. S.

## THW-Jugendgruppe erkämpfte sich das Feuerwehr-Leistungsabzeichen

**Müllheim.** Über 320 Jugendliche aus über 20 Gemeinden trafen sich in Müllheim/Baden zu den alljährlich stattfindenden Kreisjugendfeuerwehrtagen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, darunter auch erstmals die Jugendgruppe des THW-OV Müllheim. Eingeladen hatten die Freiwillige Feuerwehr und der Kreisjugendfeuerwehrwart.

Auf einem Moto-Cross-Gelände war eine Zeltstadt aufgebaut. Gemeinsam wurde am Samstagmorgen eine Wanderung durchgeführt. Am Nachmittag kam es dann zum ersten Höhepunkt, dem „Spiel ohne Grenzen“. Mit viel Spaß und Elan absolvierten die Teilnehmer zahlreiche Geschicklichkeitsübungen.

Der Sonntagmorgen brachte dann den Höhepunkt: die Prüfung für das Feuerwehr-Leistungsabzeichen. Für die Jugendgruppe des THW-OV Müllheim ging es nun zur Sache. Es sollte das von den beiden Jugendleitern der Freiwilligen Feuerwehr Müllheim, Wenk und Fallner, vermittelte Wissen vor den Augen der Schiedsrichter unter Beweis gestellt werden. Die Jugendgruppe des THW-OV Müllheim hatte acht Junghelfer und eine Junghelferin gemeldet. Leider mußte Beate Widemann kurzfristig durch einen Jungfeuerwehrmann ersetzt werden, weil sie zwei Tage zuvor einen Unfall erlitten hatte.

Dies machte sich beim Wettkampf bemerkbar. Wochenlang hatte man vorher zusammen trainiert. Die THW-Junghelfer des Ortsverbandes Müllheim waren mit einem Durchschnittsalter von 13 Jahren die jüngste Teilnehmergruppe. Aber es sollte doch noch alles klappen. Dies waren die Aufgaben: acht C-Schläuche ausrollen und kuppeln, einen kompletten Löschangriff mit drei Strahlrohren vortragen, feuerwehrspezifische Fragen beantworten, 1500-m-Staffellauf und Kugelstoßen.

Mit großem Eifer waren die Jungs des THW dabei. Was die Jugendgruppe vorführte, war erstaunlich, wenn auch nicht alles so perfekt klappte wie bei den Jugendfeuerwehrlern. Die Freude war am Ende aber um so größer, als die THW-Jungen das begehrte Leistungsabzeichen entgegennehmen konnten.

Durch diese Veranstaltung wurde ein schöner Beitrag zur gemeinsamen Arbeit von THW und Feuerwehr geleistet, der zur Nachahmung anregt. Darüber hinaus war auch die Wasser- und Stromversorgung dieser Veranstaltung Sache des THW-OV Müllheim unter bewährter Leitung von Zugführer Lindemer.

H. H.

## THW-Helfer bargen Verschüttete

**Haßmersheim.** Beim Abbruch eines alten Gebäudes brachen zwei Männer, Vater und Sohn, durch die Decke und wurden von nachfallenden Balken und Brettern verschüttet. Eine durch die Hilferufe der Ehefrau aufmerksam gewordene Nachbarin gab sofort Alarm.

Drei Helfer des THW-OV Haßmersheim, die von ihrer Arbeitsstätte an den Unfallort geeilt waren, bargen unter schwierigen Bedingungen die beiden verletzten Personen. Der Sohn, mit schweren Beinverletzungen, und der etwas leichter verletzte Vater wurden ins nächste Krankenhaus gebracht.

J. H.

## Brückenschlag über die Enz

**Pforzheim.** In Roßwag, Landkreis Ludwigsburg, mußte die einzige Brücke über die Enz wegen Bauarbeiten voll gesperrt werden. Um den Roßwager Landwirten dennoch zu ermöglichen, mit Traktoren und landwirtschaftlichen Fahrzeugen die Enz zu überqueren und ihre Felder zu bestellen, errichteten die Helfer des THW-OV Pforzheim eine Pontonbrücke.

Beim Bau der Brücken kommt der neue Kranwagen des Ortsverbandes zum Einsatz. (Foto: Winterfeld)



Die 35 Meter lange Brücke hat eine maximale Tragfähigkeit von acht Tonnen und wurde innerhalb von sechs Stunden mit dem SD-Gerät geschlagen. Zum Einsatz kam dabei auch der neue Kranwagen des Ortsverbandes.

Voraussichtlich einen Monat wird die Pontonbrücke stehenbleiben, bis die Bauarbeiten an der „richtigen“ Brücke beendet sind und die Vollsperrung aufgehoben werden kann.

F. W.

## Berichtigung

zum Beitrag „THW Pforzheim erhielt neuen Kranwagen“ (Zivilschutz-Magazin 9/83, Seite 38)

Es muß heißen: Mit einer Tragfähigkeit von 15 Tonnen bei einer Ausladung von zwei Metern wurde er als einer der er-

sten Kranwagen der neuen Generation beim THW in Dienst gestellt.

Irrtümlicherweise wurde der Preis des Fahrzeuges mit DM 350 000 angegeben. Der richtige Preis beträgt DM 382 380.

Bayern



## Fernmeldeübung und Kartenkunde „praxisnah“

**München.** „Was man nicht im Kopf hat – das muß man in den Beinen haben“, an diesen alten Spruch wurden einige Helfer des THW-OV München II (Ost) erinnert, die den Unterricht in Kartenkunde etwas auf die leichte Schulter genommen hatten. Der Grund: Die Helfer des 4. Bergungszuges wurden im Ebersberger Forst an verschiedenen Stellen abgesetzt und mußten bestimmte Koordinaten zu Fuß erreichen.

Ebenso ging es den Helfern des 5. Bergungszuges, die in der Nähe des Tegernsees, nahe bei Wildbad Kreuth, ihre Orientierungskunst beweisen sollten. Sie hatten es vielleicht noch etwas schwerer, die Berge gestalteten die

Orientierung problematischer; mancher Weg erwies sich als nicht passierbar.

Die Funkverbindung unter den an entgegengesetzten Stellen eingesetzten Zügen wurde über „Funkbrücken“ vom Fernmeldedienst der Landeshauptstadt München sichergestellt, der mit mehreren Fahrzeugen im Einsatz war und Relaisstellen errichtet hatte. Die Fernmelder bewiesen ein hohes Maß an Verantwortung, wenn es galt, die in schwierigem Gelände aus der Funkbrücke „verlorene“ Einheiten der Bergung wiederzufinden. Dies gelang auch bei den wenigen Helfern, die sich trotz Kompaß und Karte „verfranst“ hatten.

Es zeigt sich wieder, daß Theorie zwar nicht gerade beliebt, aber dennoch notwendig und ernstzunehmen ist. Einige zuviel gelaufene Kilometer, noch dazu bei drückender Hitze, ließ dies auch manchen „Theoriefeind“ einsehen. J. P.

## Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen

(Vortrag, gehalten von Karl-Erich Utischill vor den Helfern und Helferinnen des Warnamtes VII zu Beginn des 2. Ausbildungsabschnittes 1983)

Ich begrüße Sie zum zweiten Ausbildungsabschnitt des Jahres 1983 und hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit im Dienste unserer Aufgabe. Zu Beginn des gleichen Ausbildungsabschnittes im vergangenen Jahr habe ich das Thema „Die NATO, ein Verteidigungsbündnis und die Notwendigkeit einer Gesamtverteidigung“ behandelt und in diesem Zusammenhang aufgezeigt, was den im NATO-Verteidigungsbündnis vereinigten Regierungen Sorge bereitet . . .

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit, und das ist mein heutiges Thema, auf das IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 richten und auf die Zusatzprotokolle aus dem Jahre 1977, die den Bereich des Zivilschutzes umfassen und die als die eigentlichen **wahren** Friedensdokumente in die Geschichte der Menschheit eingehen müßten. Voraussetzung hierzu ist allerdings, daß die bisherigen 101 Unterzeichnerstaaten diese Zusatzprotokolle ratifizieren, das heißt, daß diese Bestimmungen in die jeweilige Gesetzgebung einfließen, die Unterzeichnerstaaten sich daran halten und sich die noch restlichen Mitglieder der UNO diesem Abkommen anschließen.

Es stimmt, noch nie ist die Sorge um den Frieden und die Furcht vor dem Kriege größer gewesen als in unserer Zeit. Die Existenz der Massenvernichtungsmittel und die Präsenz hochgerü-

steter Streitkräfte lassen um das Überleben der Menschheit fürchten. Mehr als je zuvor würde ein Krieg die **ganze** Bevölkerung kriegsführender Staaten bedrohen. Ein Krieg ist nicht mehr wie früher eine blutige Auseinandersetzung, die die Streitkräfte allein austragen. Der Wunsch, Frieden zu erhalten, ist groß, aber alle Möglichkeiten der UNO und der um den Frieden besorgten Regierungen haben ihn bisher **nicht** garantieren können. An vielen Stellen der Welt fordern militärisch ausgetragene Konflikte und Bürgerkriege ihre Opfer unter den Streitkräften, aber auch unter der Zivilbevölkerung.

Daß die Menschheit seit 1945 vor einem **Weltkrieg** verschont blieb, ist außer der Einsicht der führenden Staatsmänner vornehmlich dem Gleichgewicht der Kräfte zu verdanken.

Abrüstungsverträge wie SALT I und II und das Bemühen, Massenvernichtungswaffen zu reduzieren bzw. zu ächten, tragen dazu bei, die Gefahr eines Krieges und der Zerstörungskraft der Waffen zu mindern. Sie stehen aber immer unter dem offenen Vorbehalt, das **Gleichgewicht der Kräfte** und der **Ab-schreckung** zu erhalten. Das führt zu relativ beständigen, aber nicht zu einer absoluten Friedensgarantie.

Die Bedrohung der Zivilbevölkerung verringert sich mit jedem Abrüstungsvertrag. Sie bleibt aber in jedem Kriegsfall so groß, daß Millionen von Menschen um die nackte Existenz fürchten müssen. Auch ein konventioneller Krieg bedroht ihr Leben und ihre Gesundheit, kann Obdachlosigkeit, Flucht und Hunger mit sich bringen.

**Diese Gefahren zu bekämpfen** ist die Aufgabe jeden Zivilschutzes. Alle Staaten, die die nicht auszuschließende Gefahr eines Krieges erkannt und sich ihr gestellt haben und die ihre Bevölkerung nicht schutzlos diesen Gefahren überlassen wollen, haben vorsorgliche Maßnahmen getroffen. Sie umfassen Schutzbauten und Planungen, welche die Gefährdung der Zivilbevölkerung vorbeugend vermindern und die Bereitstellung oder ihre Auswirkung mildern können. Aus der Erkenntnis, daß Zivilschutz **mehr** als friedensmäßiger Katastrophenschutz ist, haben Staaten unterschiedliche Konsequenzen gezogen.

Die gemeinsame Erkenntnis, daß der Zivilschutz seinen Aufgaben nur dann gerecht werden kann, wenn er dabei einen besonderen völkerrechtlichen Schutz genießt, hat sich in dem I. Zusatzprotokoll zu dem Genfer Abkommen vom

12. August 1949 niedergeschlagen. In diesem am 10. Juni 1977 von 101 Staaten unterzeichneten Protokoll wird dem Zivilschutz ein eigenes internationales Schutzzeichen und ein völkerrechtlicher Sonderschutz zugestanden, wie ihn bislang nur der unter dem Zeichen des Roten Kreuzes **arbeitende Sanitätsdienst der Streitkräfte** und der **Krankenhäuser** besitzt. Der Sonderschutz des Zivilschutzes ist hierbei von ganz bestimmten Voraussetzungen abhängig und verlangt von ihm, wie vom Sanitätsdienst, eine klare Abgrenzung gegen alle militärischen und nichtmilitärischen Bereiche, denen der Sonderschutz nicht zugestanden wird.

Das I. Zusatzprotokoll enthält entscheidende Verbesserungen zum Schutze von Verwundeten und Kranken. Der **eigentliche Durchbruch** liegt aber in den Bestimmungen zum Schutze der Zivilbevölkerung. Die Grundregel macht es den kriegsführenden Parteien **zur Pflicht**, jederzeit zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten zu unterscheiden **und ihre Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele zu richten. Insbesondere sind Angriffe gegen die Zivilbevölkerung oder Zivilpersonen als Repressalien verboten.** Ein Hiroshima oder Nagasaki dürfte es demnach **nie** mehr geben. Ebenso wäre die Diskussion über atomwaffenfreie Städte gegenstandslos bzw. der Einsatz von chemischen Kampfmitteln auf Gebiete, in denen die Zivilbevölkerung wohnt.

Die Tatsache, daß im dichtbesiedelten Europa militärische Ziele häufig in unmittelbarer Nähe der Zivilbevölkerung liegen, schwächt den praktischen Wert dieser Verbote zwar ab; dennoch sind im I. Zusatzprotokoll hierzu Vorkehrungen getroffen, so sind die Definition der Aufgaben des Zivilschutzes sowie der Schutz der Einrichtungen und des Personals festgelegt und ein völkerrechtliches Schutzzeichen für den Zivilschutz bestimmt. Damit erhält der Zivilschutz eine ähnliche völkerrechtlich geschützte Position, wie sie seit 1964 nur dem Sanitätsdienst der Streitkräfte zustand.

Im Sinne dieses Protokolls bedeutet Zivilschutz die Erfüllung aller oder einzelner noch zu nennender humanitärer Aufgaben zum Schutze der Zivilbevölkerung vor den Gefahren und zur Überwindung der unmittelbaren Auswirkungen von Feindseligkeiten oder Katastrophen sowie zur Schaffung der für ihr Überleben notwendigen Voraussetzungen.

(Fortsetzung folgt)



Das schwere Los der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan

## Millionen Menschen brauchen Hilfe, um sich selbst zu helfen

2,3 Millionen Afghanen kamen seit 1974 über die Grenze –  
Interview mit Carl-Walter Bauer, stellvertretender Abteilungsführer des DRK-Hilfszuges II Baden-Württemberg

**Carl-Walter Bauer, 37, freier Journalist und stellvertretender Abteilungsführer des DRK-Hilfszuges II Baden-Württemberg, ist Anfang September aus Pakistan zurückgekehrt, wo er an einer Pressefahrt teilgenommen hat, zu der das IKRK eingeladen hatte. Im DRK-Generalsekretariat beantwortete er am zweiten Tag nach seiner Rückkehr einige Fragen der Redaktion.**

**Frage:** Was leistet das DRK gegenwärtig in Pakistan?

**C.-W. Bauer:** Unsere Hilfe für Pakistan und die afghanischen Flüchtlinge begann schon Ende 1979. Zur Zeit stellt das DRK noch bis Januar 1984 ein ärztliches Team mit einer Anästhesistin, einem Chirurgen und einer Krankenschwester im IKRK-Feldhospital in Peshawar, das ausschließlich verwundete Afghanen versorgt und operiert. Zweimal monatlich wird aus der Bundesrepublik Blut für dieses Hospital eingeflogen, eine Aktion des Blutspendedienstes des DRK. Das dritte Standbein unserer Hilfe in Pakistan ist ein bilaterales Projekt zwischen dem DRK und dem Pakistanischen Roten Halbmond. Innerhalb zweier Jahre sollen 23 Tagesambulatorien neu ausgestattet bzw. renoviert werden. Dieses Projekt betreut der DRK-Arzt Dr. Wolf Wagner.

**Frage:** Die Zahl der von Not Betroffenen in Pakistan soll ungeheuer groß sein.

**C.-W. Bauer:** Von den heute rund zehn Millionen Flüchtlingen in 54 Ländern der Welt hat Pakistan bei einer Bevölkerung von 84 Millionen Einwohnern allein 2,3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Und der Zustrom reißt nicht ab. In der ersten Phase von 1974 bis April 1978 kamen 5000 Flüchtlinge über die Grenze, bis Dezember 1979 waren es schon 300000 und bis heute nun schon fast das Zehnfache davon. Die pakistanische Regierung hat Land für die Errichtung von inzwischen 283 Flüchtlingslagern bereitgestellt, die durchschnittlich mit je 5000 Flüchtlingen belegt sind. Das sind 283 Probleme. Allein für die Versorgung

mit Nahrungsmitteln hat die Regierung bisher eine Billion Rupies zur Verfügung gestellt. International kosten die Flüchtlinge in Pakistan pro Tag eine Million Dollar, wovon der Staat 54 Prozent übernimmt. Das sind Größenordnungen, die man erst einmal auf sich einwirken lassen muß, dann kann man erahnen, was an Einzelhilfen, an Einzelschick-salen dahintersteckt.



Carl-Walter Bauer, DRK-Delegierter in Pakistan.  
(Foto: Zimmermann)

**Frage:** Beteiligen sich außer dem DRK noch andere Organisationen an der Hilfeleistung?

**C.-W. Bauer:** In Pakistan arbeiten, seitdem die Flüchtlingshilfe so akut geworden ist, mittlerweile 17 internationale Organisationen, darunter auch verschiedene Schwestergesellschaften des Roten Kreuzes, wie der Saudische und der Kuweitische Rote Halbmond, die z. B. die medizinische Versorgung in einigen der 283 Flüchtlingslager übernommen haben. Das IKRK kümmert sich, auch mit Assistenz des DRK, um die kriegsverwundeten Afghanen, die über die Grenze gelangen. Alle Hilfsmaßnahmen laufen beim pakistanischen Flüchtlingskommissar zusammen, wobei die Eigenständigkeit der Aktivitäten berücksichtigt wird.

**Frage:** Es ist geradezu aussichtslos, Millionen von Menschen zu helfen,

wenn sie nicht selbst auch das Mögliche leisten, um mit den Widrigkeiten fertig zu werden. Welche Beobachtungen konnten Sie in dieser Hinsicht machen?

**C.-W. Bauer:** Der Pakistanische Rote Halbmond, der allein für 100000 Flüchtlinge verantwortlich ist, hat eine schwere Bürde zu tragen. Aber sein Engagement ist ungebrochen, nicht nur in der Afghanen-Hilfe, sondern auch in der Versorgung der einheimischen Bevölkerung. Im IKRK-Krankenhaus in Peshawar wirken 203 örtliche Helfer mit, vom Fahrer bis zum Elektriker. Die DRK-Schwester hat 15 pakistanische Hilfsschwester und Pfleger unter sich, die sehr gute Arbeit leisten. Über ihren Ausbildungsstand habe ich seitens des deutschen Teams keine Klagen gehört. Es werden auch berufsfremde Pakistani und Afghanen zu Arbeiten herangezogen. So säubert etwa in dem gerade neu bezogenen IKRK-Hospital in Quetta ein afghanischer Dozent für Germanistik, der aus Kabul geflohen ist, die Sterilisationsinstrumente, ein afghanischer Geschichtswissenschaftler spielt dort „Mädchen für alles“. Mit DRK-Unterstützung muß aber hinsichtlich Aus- und Weiterbildung noch einiges für das Personal getan werden, das in den Gesundheitszentren arbeitet.

**Frage:** Auch besonders motivierte Helfer begegnen bei solchen Hilfsaktionen Schwierigkeiten, die entweder durch die Infrastruktur bedingt sind oder in unerfüllbaren Erwartungen liegen. Wie haben sich die DRK-Mitarbeiter in Pakistan arrangiert?

**C.-W. Bauer:** Gewiß, in der ersten Zeit waren Hindernisse zu überwinden: Probleme infolge des Hafentarbeiterstreiks in Karatschi, Verzögerungen, die der Fastenmonat Ramadan verursachte, und schließlich die ganz anders verstandene Rolle der Frau, die nicht in Einklang zu bringen war mit den Anforderungen an eine Medizinerin nach unserem Verständnis. Aber die Arbeit ist trotzdem inzwischen gut angelaufen. Dank der wirklich guten und vertrauensvollen Zusam-

menarbeit des Delegierten in Pakistan, Dr. Wagner, mit vor allem dem Sekretär des Roten Halbmonds in der Nordwest-Grenzprovinz konnten die gegenseitigen Erwartungen aufeinander abgestimmt werden. Wichtig ist, daß keine landes- und mentalitätsfremden Vorstellungen vorexerziert werden, sondern daß Hilfestellungen gegeben werden. Verbesserungen der Gesundheitsbedingungen können nur im Rahmen der traditionellen, kulturellen und moralischen Möglichkeiten der Bevölkerung Pakistans und der afghanischen Glaubensbrüder

erreicht werden. Patienten, ob Verwundete oder Verletzte, ob Kranke oder Schwache, müssen von unserer Arbeit überzeugt und nicht umerzogen werden. Dies haben beide Seiten erkannt, und gerade auch der persönliche gute Draht, die gleiche Wellenlänge zwischen den Verantwortlichen und Delegierten des DRK und des Pakistanischen Roten Halbmonds, tragen wohl entscheidend dazu bei.

**Herr Bauer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**

Evemarie Sill

## Rotkreuz-Hilfe für die libanesische Zivilbevölkerung

Mehr als 100000 Menschen sind inzwischen von den andauernden Kämpfen im Libanon laut Bericht des IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) unmittelbar betroffen. Wie während der militärischen Auseinandersetzungen des letzten Jahres ist es wieder die Zivilbevölkerung, die unter der von Haß und Gewalt geprägten Situation am schwersten zu leiden hat.

Das IKRK ist mit 43 Delegierten, darunter vier Ärzten und fünf Krankenschwestern, im Einsatz, um Not und Elend insbesondere jener Menschen zu lindern, die ungewollt Opfer der Kampfhandlungen geworden sind. Gemeinsam mit dem Libanesischen Roten Kreuz konnten bisher über 50 Tonnen Lebensmittel und fünf Tonnen medizinische Versorgungsgüter in den umkämpften Gebieten des Chouf-Gebirges verteilt werden.

Allein das Dorf Deir el Kamar, wohin rund 25000 Menschen geflohen sind, wurde nach drei vergeblichen Versuchen inzwischen mit 25 Tonnen Lebensmitteln und Medikamenten versorgt.

Helfer des IKRK bargen in der letzten Woche 70 schwerverletzte Opfer des Bürgerkrieges aus den Kampfzonen des Chouf und ließen ihnen die notwendige medizinische Behandlung zuteil werden.

Aufgrund der andauernden Kämpfe, deren Ende nicht abzusehen ist, hat das IKRK seine Versorgungsbasis in Larnaca/Zypern wieder in Betrieb genommen und die Weiterführung seines laufenden Hilfsprogramms bis zum Jahresende vorgesehen. Das Deutsche Rote Kreuz wie auch die Bundesregierung wurden zu finanzieller Unterstützung aufgerufen, damit insbesondere die medizinische

Versorgung der notleidenden Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Das DRK will im Libanon helfen, die unmenschliche Lage der betroffenen Menschen zu lindern und bittet die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durch Spenden um Unterstützung (Konto 414141, Kennwort „Libanonhilfe“, bei allen Sparkassen und Geldinstituten in der Bundesrepublik sowie beim Postscheckamt Köln).

Die letzte telefonische Information des IKRK vom 20. September 1983 lautete, daß weitere Transporte mit 60 Tonnen Hilfsgüter für Deir el Kamar und 35 Tonnen für die abgeschnittenen Drusendörfer des Chouf-Gebirges zugelassen wurden.

## Argentinien: Trinkwasser für über 2000 Menschen

Das Überschwemmungschaos in Argentinien hält vorerst an. Inzwischen ist eine Fläche von der Größe Belgiens und den Niederlanden zusammen unter Wasser gesetzt; alle Höchststände dieses Jahrhunderts sind bereits übertroffen. Bis Ende des Jahres wird der Notstand in den betroffenen Gebieten andauern. Über 130000 Menschen sind in Lagern evakuiert.

Das Deutsche Rote Kreuz hatte jetzt den Delegierten Gerhard Dohms für vier Wochen nach Argentinien entsandt; Dohms sollte u. a. Wasseraufbereitungsanlagen installieren und argentinische Rotkreuz-Helfer mit der Handhabung vertraut machen.

Die Anlagen wurden nach gründlicher Überprüfung der Situation in der Stadt Formosa aufgestellt, genauer: im Stadtviertel Barrio Centenario. Etwa 15 Kilometer vom Zentrum entfernt wurden hier vor zwei Jahren Häuser für Evakuierte errichtet. Das Viertel wird mit Wasser aus einer zwei Kilometer entfernten Lagune versorgt; die bisherige Wasseraufbereitungsanlage war jedoch ausgefallen. Eine fahrbare Aufbereitungsanlage des Heeres, die allerdings nur 4000 Liter in der Stunde schafft, und Tankwagen der städtischen Wasserwerke hielten die Versorgung notdürftig aufrecht. Mit den DRK-Anlagen bei einer Tagesleistung von rund 65000 Litern konnte nun die Wasserversorgung gesichert werden. Und das heißt: einwandfreies Trinkwasser für etwa 2200 Personen.

Innerhalb von zehn Tagen wurden Einheimische mit der Bedienung vertraut gemacht; die anschließende „Probezeit“ von vier Tagen verlief zufriedenstellend.

Veronika Krull



Durch Lieferung und Verteilung von Lebensmitteln versucht das IKRK die Not der Zivilbevölkerung im Libanon zu lindern. (Foto: Bazzuri)

Interview mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Josef Stingl:

## „Nicht resignieren bei der Lehrstellensuche . . .“

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch 1984 fortgesetzt – Wohlfahrtsverbände sollen Dauerarbeitsplätze schaffen

**Über die Probleme der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt bei der Lehrstellensuche sowie über die Möglichkeiten der Beschäftigung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) unterhielt sich Karl-Jörg Wohlhüter, Mitglied des ASB-Bundesvorstandes, mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Josef Stingl.**

**asb:** Was können junge Leute tun, die noch keine Lehrstelle in diesen Wochen gefunden haben?

**J. Stingl:** Zunächst ist zu trennen zwischen den Jugendlichen, die bei unseren Arbeitsämtern bereits arbeitslos gemeldet sind, Ende Juli waren das immerhin 198400, und denjenigen, die bisher noch keine Lehrstelle gefunden haben. Wer am Ende des Berufsberatungsjahres, also Ende September, noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, sollte auf jeden Fall weiterhin noch Kontakt zu seiner Berufsberatung halten. Erstens besteht die Möglichkeit, auch in den letzten Monaten dieses Jahres noch ein Ausbildungsverhältnis zu beginnen. Zweitens kann die Berufsberatung abklären, ob im Einzelfall unter Umständen die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme in Frage kommt. Als dritte Möglichkeit käme natürlich auch in Frage, zu versuchen, über die Arbeitsvermittlung eine Beschäftigung zu finden, mit dem Ziel, im nächsten Jahr sich wieder um einen Ausbildungsplatz zu bemühen.

**asb:** In strukturstarken Regionen und für etliche Berufsbereiche gibt es immer wieder freie Ausbildungsplätze. Jugendliche, die sich dafür interessieren, erhalten von den Arbeitsämtern vielfältige Vermittlungshilfen. Können Sie die wichtigsten einmal auflisten?

**J. Stingl:** Nach der Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter zeigt sich in der Tat, daß es in bestimmten Regionen, z. B. im Großraum München, mehr Ausbildungsstellen als gemeldete Bewerber gibt. Ebenso gibt es einige Berufsbereiche, wie in den Bauberufen und den

Berufen des Nahrungsmittelhandwerks, in denen das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage übersteigt. Neben der Möglichkeit, Kinder von Eltern mit geringerem Einkommen mit der sogenannten Berufsausbildungsbeihilfe bei ihrer Berufsausbildung zu unterstützen, kommen für Jugendliche, die eine Lehrstelle außerhalb ihres Wohnortes antreten müssen, verschiedene finanzielle Vermittlungshilfen in Betracht. So kann das Arbeitsamt Reisekosten überneh-

**Karl-Jörg Wohlhüter, Mitglied des ASB-Bundesvorstandes, im Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Josef Stingl.**

(Foto: Dreier)



men, die anfallen, wenn der Jugendliche sich bei einem ausbildenden Betrieb vorstellt oder die Umzugskosten erstatten, wenn mit der Aufnahme einer auswärtigen Ausbildung der Wechsel des Wohnortes nötig ist. Die Idee, die dahintersteckt, ist einfach: niemandem soll eine Ausbildung vorenthalten werden, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, nur weil er die auf ihn entfallenden Kosten nicht zu finanzieren in der Lage ist.

**asb:** Ausgehend von den Erfahrungen dieses Jahres – welchen Rat geben Sie den Jugendlichen, aber auch ihren Eltern, die sich 1984 einen Ausbildungsplatz suchen müssen?

**J. Stingl:** Das Berufsberatungsjahr 1982/83 hat den bisher am stärksten besetzten Schulentlassjahrgang auf den Ausbildungsstellenmarkt gebracht. Nach

dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung werden sich bis Ende September rund 655000 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz bemüht haben. Dieser Höchstzahl an Bewerbern steht eine Volkswirtschaft gegenüber, die noch an einer schwachen Wachstumsentwicklung laboriert. Die letzten Jahre verzeichneten einen Höchststand an Insolvenzen und Betriebsstillegungen. Dabei wurden natürlich auch bisher bestehende Ausbildungskapazitäten unwie-

derbringlich vernichtet. Vor diesem Hintergrund halte ich die Bemühungen der ausbildenden Wirtschaft für lobenswert, möglichst jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. In einer angespannten Ausbildungsstellenmarktsituation bedarf es, um zu einem möglichst weitgehenden Ausgleich zu kommen, allerdings auch einer hohen Flexibilität der Bewerberseite. Das heißt konkret für jeden einzelnen, sich nicht nur auf einen Wunschberuf festzulegen, sondern mehrere Alternativen ins Auge zu fassen. Dazu empfehle ich, die Kenntnisse der Berufsberatung in Anspruch zu nehmen, die über jeden der rund 450 anerkannten Ausbildungsberufe ausführlich informieren kann. Darüber hinaus hat naturgemäß der bessere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, der regional mobil ist. Auch hier kann das Arbeitsamt helfen, indem

es bei der auswärtigen Unterbringung Rat geben kann, wo beispielsweise Lehrlingswohnheime zur Verfügung stehen oder internatsmäßige Unterbringung gewährleistet ist. Besonders wichtig ist der Hinweis, sich frühzeitig mit der Berufswahl zu beschäftigen und neben der Inanspruchnahme der Berufsberatung auch eigeninitiativ sich um einen Ausbildungsplatz zu bemühen.

**asb:** Als ein wichtiges Arbeitsmarktpolitisches Instrument erwiesen sich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – kurz ABM –, welche Erfahrungen haben sie damit gemacht?

**J. Stingl:** Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben gerade in einer Zeit länger dauernder Arbeitslosigkeit eine besondere Bedeutung. Derjenige, der aufgrund persönlicher Handikaps in der Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze immer das Nachsehen hat, und somit auf sehr lange Sicht arbeitslos bliebe, kann auf diesem Weg wieder in ein reguläres Arbeitsverhältnis gebracht werden. Das hat für den einzelnen den Vorteil, sich nicht unnützlich fühlen zu müssen sowie durch diese Art der Beschäftigung sich auch wieder einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erarbeiten zu können, aber auch den gesamtwirtschaftlichen Nutzen, daß jemand für die Gesellschaft produktiv tätig wird, Einkommen erzielt, Steuern und Sozialabgaben zahlt, anstatt für zwangsweises Nichtstun finanziert werden zu müssen. Insofern habe ich die Aufstockung der ABM-Mittel im Haushalt 1983 sehr begrüßt, mit denen im Jahresdurchschnitt 1983 mehr als 50 000 ABM-Beschäftigte finanziert werden können.

**asb:** Hat es noch einen Sinn, Mittel für ABM zu beantragen, oder sind die Gelder bereits verplant?

**J. Stingl:** Anfang dieses Monats wurden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 300 Millionen zusätzlich bereitgestellt. Diese Mittel sind derzeit nach einem bestimmten Schlüssel auf die Arbeitsämter verteilt. Das heißt, es gab konkret gute Chancen, ABM durchführen und finanzieren zu können, wobei die Dauer der Maßnahme nicht auf 1983 begrenzt ist.

**asb:** Die Wohlfahrtsverbände, so auch der Arbeiter-Samariter-Bund, konnten ihre Leistungen teilweise nur dank ABM erbringen. Dürfen sie auf eine Weiterführung dieser Programme hoffen, und in welchem Umfang wird ABM diesbezüglich fortgesetzt?

**J. Stingl:** Da es keinerlei Anzeichen gibt, daß sich im nächsten Jahr die Arbeitsmarktlage nachhaltig entspannt, sondern vielmehr davon ausgegangen werden muß, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt nochmals ansteigt, gehe ich davon aus, daß auch im Jahr

1984 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in etwa demselben Umfang wie in diesem Jahr fortgesetzt werden. Das heißt, auch die Wohlfahrtsverbände können damit rechnen, ihre im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben mit Hilfe dieses Instruments weiter wahrnehmen zu können. Dies schließt aber ein, daß durch die Wohlfahrtsverbände alles getan werden sollte, langfristig Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

## Überlandbus für Behinderte

Ein neukonzipierter behindertengerechter Bus wurde in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Prototyp, der vom ASB und der Südwestdeutschen Eisenbahnen AG (SWEG) in Baden-Württemberg eingesetzt werden soll, wurde von der FFG Fahrzeugwerkstätten Falkenried GmbH entwickelt und hergestellt. Nach der Konzipierung des behindertengerechten „FFG Telebusses“, der seit über zwei Jahren eingesetzt wird, wurde in Falkenried auf der Basis des standardisierten Überland-Busses (Ü 80) eine weitere Weltneuheit vorgestellt. Der mit finanzieller Hilfe des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) gebaute Prototyp kostet insgesamt DM 820 000.

Der Bus hat eine ausklappbare Gleitschiene, über die Behinderte in ihrem Rollstuhl in einer Minute ins Innere gelangen können. Die Einstiegsmöglichkeit gegenüber Bussen mit den bisher praktizierten Hebebühnen verkürzt sich dabei um rund vier Minuten. Weitere Vorteile des Fahrzeugs:

– Die beweglichen Omnibussitze ermöglichen ein bequemes Platznehmen in der Hotelhalle, in der Schule oder in der Wohnung.

– Das Aufwendige Befestigen der Rollstühle mit Gurten am Rollstuhl und am Fahrzeugboden entfällt.

– Eine variable Anordnung von Rollstühlen oder Sitzen ist jederzeit möglich.

– Fahrgäste, die aus dem Rollstuhl in den Omnibussitz umgesetzt werden, müssen beim Aussteigen im Notfall nicht aus dem Fahrzeugsitz gehoben und aus dem Fahrzeug getragen werden.

– Alle Ausfahrhilfen sind auch dann voll funktionstüchtig, wenn die Energie aus dem Motor oder Bordnetz ausgefallen ist.

Insgesamt finden 24 Behinderte in dem Bus Platz.

## Gemeinsame Katastrophenschutzübung

In Karlsruhe fand eine Katastrophenschutzübung statt, an der die Sanitätsorganisationen, Feuerwehr und Teile des ABC-Dienstes teilnahmen. Der Ablauf des Sanitätsdienstes dieser Übung wurde vom Fachdienstleiter „Sanitätsdienst“ der Stadt Karlsruhe, Dr. Friedhelm Bartels, gleichzeitig Bundesarzt des ASB, geleitet.

An der Übung nahmen rund 200 Helfer teil. Gemäß der Ausgangslage wurde eine Explosion in einer Fabrik angenommen, bei der ca. 80 „Verletzte“ vom Sanitätsdienst betreut werden müssen. Erschwert wurde die Bergung und Versorgung der „Verletzten“ durch ausströmendes Gift aus beschädigten Fässern, so daß der ABC-Dienst und die Feuerwehr zuerst zum Einsatz kamen.

Obwohl die Übung auch von Bürgermeister Dr. Horst Rehberger als Erfolg gewertet wurde, waren doch Kommunikationsschwierigkeiten und Koordinierungsprobleme festzustellen. Diese können nur verhindert werden, wenn in Zukunft weitere Übungen der Fachdienste und Einheiten des Katastrophenschutzes durchgeführt werden.

Über eine ausklappbare Gleitschiene gelangen die Behinderten in ihrem Rollstuhl in und aus dem Bus.



## Immer wieder Polenhilfe der JUH

KELA, Siegburger Str. 197, 5000 Köln-Deutz, ist eine auch polnischen Lkw-Fahrern bekannte Adresse.

Das Katastrophen-Einsatz-Lager Ausland (KELA) ist immer noch zentrale Sammel- und Lagerstelle der Johanniter für Hilfsgüter besonderer Art. Erst vor wenigen Tagen wurden wieder zwei polnische Lkw mit über 250 Kisten beladen, deren Inhalte für Krankenhäuser und Kinderheime bestimmt war.

In tagelanger Arbeit haben ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Johanniter-Unfall-Hilfe medizinisch-technische Geräte sortiert, verpackt und gestapelt. Vom Op.-Tisch über Röntgengerät, Krankenstuhl bis zu Schüsseln, Schalen und Lampen, alles hatte seinen Platz. Jede Menge Woldecken und Verbandmaterial dienen nicht nur als Verpackung, sondern finden Verwendung auf Krankenhausstationen und in Kinderheimen.

Zielort der Lieferung ist Czechen, ein kleines polnisches Städtchen nahe der tschechischen Grenze. Die dortige evangelische Gemeinde und ihr Pastor sind für Annahme und Verteilung zuständig. Fahrer Janos, der seinen 20-Tonnen-Sattelschlepper auf den Zentimeter dirigiert, kennt diese Strecke sehr gut. Bei einer Tasse Kaffee erklärt er mit seinen wenigen Deutschkenntnissen die Route in den südlichen Teil seines Heimatlandes. „Zwei Tage“, sagt er, „wenn alles gut geht und es keine Panne gibt.“

Draußen rattert unentwegt der Gabelstapler. 267 Kisten und Kartons wollen sachgerecht verstaut sein. Klaus Happel, Zivildienstleistender in der KELA, hat

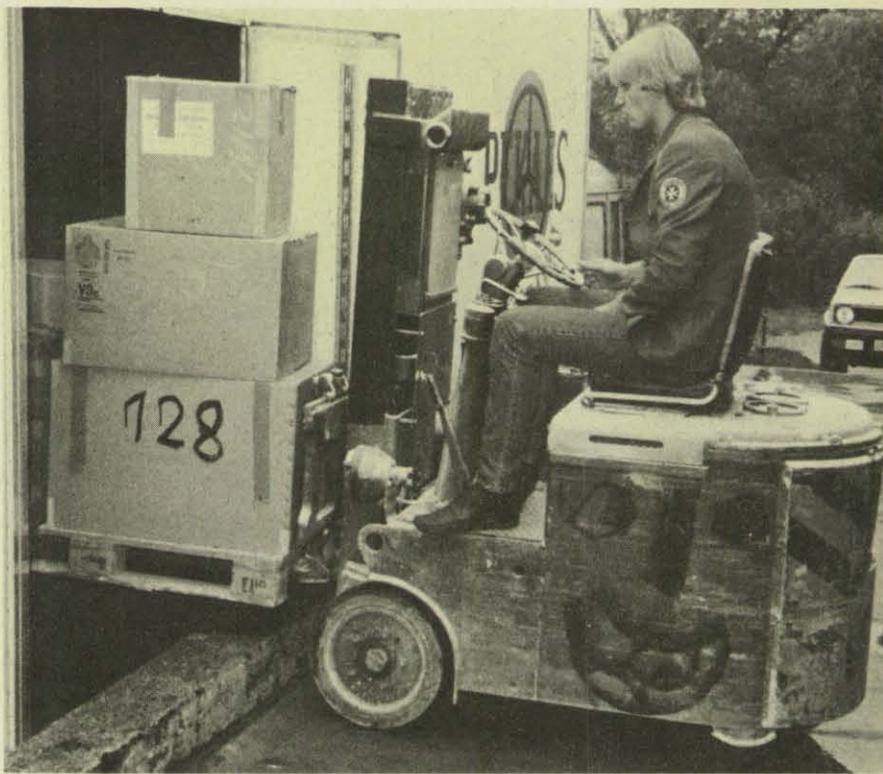
von Beginn an die Aktion begleitet. Schon beim Sortieren und Packen der Hilfsgüter hat er oft an die Adressaten gedacht. Jetzt, beim Verladen, empfindet er Freude, daß er mithelfen kann.

Nach zwei Stunden ist alles getan. Janos sagt: „Danke, auch für meine

Landsleute sage ich danke.“ Vollbeladen verläßt er den Hof, gute Wünsche der Johanniter begleiten ihn.

Zwei Tage – dann ist er am Ziel und bringt Hilfe denen, die sie immer noch brauchen.

G. Reinhold



JUH-Mitarbeiter Klaus Happel beim Verladen der Hilfsgüter.



Alles muß seine Ordnung haben: Letzte Kontrolle beim Verladen.

Janos, der polnische Fahrer, kennt die Fahrtroute zum Zielort genau.



## Katastrophenschutz- übung zeigte Einsatz- bereitschaft

Schädelbasisbrüche, Blutungen und Atemstillstände bildeten nur einige der Probleme, mit denen sich an einem Samstag etwa 60 Helferinnen und Helfer der Johanniter-Unfall-Hilfe auseinandersetzen mußten.

Die Einsatzkräfte aus Altena, Lüdenscheid und Iserlohn wurden zunächst von Altena über Lüdenscheid und Hagen nach Letmathe-Grüne geleitet. Hier galt es, die erste Aufgabe zu lösen: Bei strömendem Regen mußten Fahrzeugfunktionen wie Scheinwerfer oder Ölstand überprüft werden. Ein „Erkundungsfahrzeug“ unterrichtete den Hilfszug über Funk: „Absturz eines Transportflugzeuges“.

Am Einsatzort angekommen, läßt sich die Lage genauer erkennen. Der Hauptteil der Altenaer übernimmt die Bergung der „Verletzten“. Für die anderen gilt es, Notstromaggregate, Beleuchtung und Sanitätszelte aufzustellen.

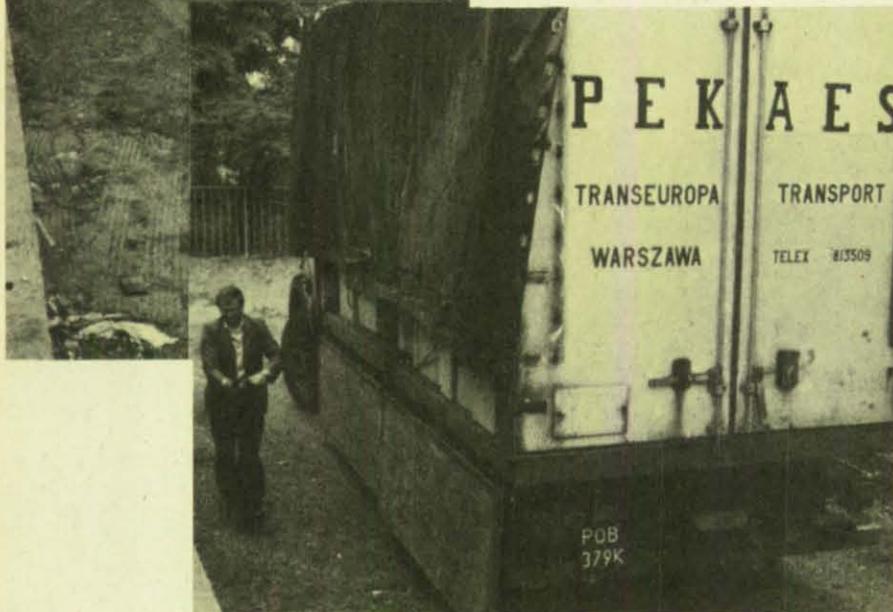
Für die meisten freiwilligen Frauen und Männer ist es oft nicht ganz einfach, die „Verwundeten“ mit der Trage über verschlammte Fußwege zu den Krankenwagen oder Sanitätszelten zu transportieren, zudem regnet es in Strömen.

Die Übungsleitung beobachtet die Helfer genau. Ziel solcher Übungen ist nicht nur, die Fähigkeiten und das Wissen der Mannschaften zu überprüfen, sondern auch auftretende Schwierigkeiten und Mängel zu beseitigen. In Übungskritiken wird die Übung daher in den nächsten Tagen noch genau durchgesprochen.

Gegen 18.00 Uhr, nach knapp sechs Stunden Übung, kann das Kommando zum „Abrücken“ gegeben werden.



Zwei Lkw, voll beladen mit medizinisch-technischem Gerät – Hilfe für polnische Krankenhäuser und Kinderheime.



4. Bundesleistungswettbewerb der MHD-Sanitätsgruppen in Freiburg

## Kenntnisse in Theorie und Praxis auf dem Prüfstand

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth war Schirmherr – MHD Erfstadt auf Platz 1

21 Mannschaften – die jeweils besten Gruppen aus dem MHD-Diözesangliederungen, die in den regionalen Wettbewerben den ersten Platz errungen hatten – kamen am 10. und 11. September im Freiburger Universitätsstadion zum 4. Bundesleistungswettbewerb zusammen.

Zielsetzung des alle zwei Jahre stattfindenden Wettbewerbs ist es, den Ausbildungsstand in den Sanitätseinheiten zu prüfen und zu fördern.

Der Wettbewerb wurde von Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman im Beisein von Bundesarzt Dr. Hans Sautter und Diözesanleiter Prof. Dr. Otto Stärk eröffnet.

Der Wettbewerb gliederte sich in vier Hauptabschnitte:

- Fragebogentest für Helferinnen und Helfer bzw. für Gruppenführer
- Tests in „Diagnose“ und Erster Hilfe
- Tragewettbewerb
- Sonderwertung.

**Im Fragebogen**, der von allen Helferinnen und Helfern ausgefüllt werden mußte, ging es unter anderem um Maßnahmen bei Atemstillstand, um die Phasen einer Geburt und um die Berechnung des „Schockindex“.

Die Gruppenführerinnen und Gruppenführer, die einen gesonderten Fragebogen bearbeiten mußten, hatten Fragen aus der Anatomie und aus Satzung und Leitfaden des MHD zu beantworten.

Bei der **ersten praktischen Aufgabe** war ein bei einem Wasserunfall Ertrunkener zu retten und seine Atem- und Kreislauffunktion zu überprüfen. Nach der Feststellung, daß keine Lebenszeichen mehr vorlagen, mußte die Herz-Lungen-Wiederbelebung durchgeführt werden. Neben den richtigen Handgriffen wurde auch das allgemeine Auftreten und Verhalten sowie die Sicherheit bei der Durchführung der Maßnahmen bewertet. Bei der **zweiten Situation** mußten die Helfer eine Hitzeerschöpfung erkennen und erklären, anhand welcher Anzeichen sie zu ihrer „Diagnose“ gekommen waren.

Die **dritte Aufgabe** stellte die Wettbewerbsteilnehmer vor eine fast täglich

mögliche Situation: „Ein Sportler hat ein leichtes Lauftraining durchgeführt: Plötzlich muß er stehenbleiben. Er ist kurzatmig und hat Atemnot. Eine geballte Faust wird gegen das Brustbein gepreßt.“

Zur Lösung dieser Aufgabe mußten die Teilnehmer nach stechendem Schmerz hinter dem Brustbein, nach eventueller Ausstrahlung der Schmerzen in den linken Arm, schließlich auch nach den womöglich verordneten Medikamenten fragen, um die Herzerkrankung festzustellen. Nach Stellen der „Diagnose“ war diese noch zu begründen.

Eine **Gehirnerschütterung** bei einem gestürzten Fahrradfahrer, der zunächst kurz bewußtlos war und nun langsam wieder das Bewußtsein zurückerlangte, war bei der vierten Aufgabe herauszufinden. Der „Verletztendarsteller“ mußte angesprochen und seine Bewußtseinslage mehrmals geprüft werden. Danach erfolgte eine Befragung nach dem Unfallhergang. Wichtig war auch die Befragung nach Übelkeit, Brechreiz und Kopfschmerzen sowie die Überprüfung des Pulses und der Pupillenreaktion. Die Befragung nach Schmerzen in verschiedenen Körpergegenden und das Abtasten der jeweiligen Körperregion sollte schließlich die gestellte „Diagnose“ erhärten. Auch hier wurde neben dem Erkennen der einzelnen Anzeichen das allgemeine Auftreten und Verhalten der jeweiligen Helferinnen bzw. der Helfer bewertet.

Bei den **Aufgaben fünf und sechs** hatten die Helferinnen und Helfer eine Injektion und eine Infusion vorzubereiten. Es galt, aus einer Vielzahl von bereitgelegten Materialien das jeweils Benötigte herauszusuchen und die Maßnahme vorzubereiten. Neben der Vollständigkeit der benötigten Materialien war auch auf das richtige manuelle Vorgehen sowie auf Sterilität zu achten.

### Unfall mit sechs „Verletzten“

Die **Aufgabe sieben** war die „Hauptattraktion“ des Wettbewerbs. Der Gruppenführer der jeweiligen Gruppe bekam von einem Schiedsrichter folgende Situation wörtlich verlesen: „Sie hatten mit

ihrer Gruppe im Sportstadion Sanitätsdienst. Sie verlassen das Sportgelände, um die restlichen Gegenstände in den Dienstwagen zu verladen. In diesem Augenblick ereignet sich auf dem Fußgängerweg ein Unfall. Ergreifen Sie die erforderlichen Maßnahmen!“

Bei dieser Aufgabe waren ebenso viele Verletztendarsteller wie Schiedsrichter nötig, schließlich aber auch eine Menge Material. Was war geschehen? Ein Pkw war verbotenerweise in einen Fußgängerweg eingefahren. Der Fahrer war stark angetrunken und hatte die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren. Er war in eine dreiköpfige Fußgängergruppe gefahren und prallte danach gegen einen Baum. Das Fahrzeug blieb mit laufendem Motor stehen. Zwei verletzte Fußgänger liegen in der Nähe des Pkw, ein Dritter steht in der Nähe. Im Fahrzeug befinden sich der Fahrer und die auf dem Rücksitz sitzende Beifahrerin. Neben dieser liegt eine zwischen den Vorder- und Rücksitz gerutschte Tragetasche. In dieser befindet sich ein „Säugling“, der durch eine Puppe dargestellt ist. In der Umgebung des Fahrzeuges riecht es nach Benzin.

Bei der Vielzahl der Verletzten sowie der ersten Unübersichtlichkeit der Situation war die gesamte Gruppe gefordert.

Der Kopf des nicht angeschnallten Fahrers liegt auf dem Lenkrad; er hat eine Platzwunde über dem rechten Auge mit kräftiger Blutung. Sein zwischen Gas- und Bremspedal eingeklemmter rechter Fuß ist vorsichtig zu befreien, anschließend ist der Bewußtlose aus dem Fahrzeug zu bergen. Neben dem Abstellen des Motors, dem Ansprechen des Verletzten sowie der Bergung des Verletzten war es bei dieser Aufgabe wichtig, den Verletzten weit genug von der Unfallstelle abzulegen und Atmung, Puls und Pupillen zu kontrollieren. Diese ersten Maßnahmen waren durch die weitere richtige Versorgung der Wunden und die richtige Lagerung zu ergänzen.

Die auf dem Rücksitz sitzende Beifahrerin ist bei Bewußtsein, reagiert aber zunächst nicht auf Ansprache. Sie hat keine sichtbaren Verletzungen, steigt aber auch auf Aufforderung nicht aus; ihr muß also geholfen werden. Nach der Rettung beginnt sie „hysterisch“ zu werden. Immer dann, wenn eine Gruppe nicht den neben ihr in der Tragetasche zwischen die Sitze gerutschten „Säugling“ findet, beginnt sie nach „Willi“ zu rufen.

Den in diesem Fall auf einen Schock hindeutenden Kennzeichen mußte durch

die richtigen Maßnahmen begegnet werden. Im Vordergrund stand die richtige Betreuung sowie das beruhigende Einwirken auf die Verletzte; wichtig war auch, daß der Verletzten das unverletzte „Kind“ nicht gegeben, sondern nur gezeigt wurde.

„Willi“, der Säugling, war wohl die bekannteste Persönlichkeit des Tages. In einzelnen Fällen dauerte es lange, ehe das „Kind“ gefunden und gerettet wurde. Bei erfolgter Rettung und Durchführung der einzelnen Kontrollen kam vom Schiedsrichter die erlösende Angabe, daß das Kind unverletzt sei.

Bei den Fußgängern waren die Verletzungen schon schwerwiegender. Ein verletzter Fußgänger liegt am Boden und ist bewußtseinsgetrübt. An der Wade des rechten Beines ist durch die zerrissene Bekleidung eine stark blutende Wunde zu erkennen. Eine Fraktur liegt nicht vor. Die Pulszahl beträgt 110 in der Minute und ist kaum tastbar. Die Haut ist feucht und blaß. Neben der Erkennung der stark blutenden Wunde und des Schocks sind deren richtige Versorgung sowie das allgemeine Auftreten und Verhalten des jeweiligen Gruppenmitgliedes bei dieser Teilaufgabe zu bewerten.

Der zweite Fußgänger ist bei Bewußtsein, reagiert aber nicht auf Ansprache. Er hat durch den Aufprall auf das Fahrzeug ein stumpfes Bauchtrauma erlitten. Der Verletzte versucht, die Beine in Rückenlage anzuwinkeln, was ihm aber nicht gelingt. Er klagt über zunehmende Schmerzen im Magen-Darm-Bereich. Die Pulszahl beträgt 90 Schläge in der Minute, und die Haut ist leicht schwitzig.

Bei diesem Verletzten stand das sofortige Ansprechen und Befragen sowie die Durchführung von Lagerungsmaßnahmen und die laufende Pulskontrolle und Betreuung im Vordergrund.

Der dritte Fußgänger, der mit schmerzverzogenem Gesicht an der Unfallstelle stand und über Schmerzen im rechten Unterarm jammerte, wurde nur in ganz wenigen Fällen beachtet. Dadurch kam es in vielen Fällen zu nicht unerheblichen Punktabzügen.

Da bei dieser Aufgabe die gesamte Gruppe gefordert war, wurde auch das Verhalten des Gruppenführers besonders bewertet. Hierbei stand im Vordergrund, ob er den genauen Überblick über die Situation erlangte und auch behielt. Auch die Einteilung und die Überwachung der Gruppenmitglieder sowie die Veranlassung des Notrufes spielten bei der Bewertung eine wichtige Rolle.

### Der Tragewettbewerb

Nach dieser etwas schwierigen, aber auch interessanten Aufgabe war der

Tragewettbewerb an der Reihe. Hierbei ging es um folgende Situation:

Sie werden zu einer hochschwangeren Frau gerufen, die einen Schwächeanfall erlitten hat. Die Frau muß auf die Trage des KTW gelegt werden. Die Verletzte



Bei der Siegerehrung (von links): Generalsekretär Freiherr Heereman, Bundesarzt Dr. Sautter, Ausbildungsreferent Arnold/Freiburg, Diözesanleiter Prof. Dr. Stärk, MHD-Bundesausbildungsreferent Kahn, Gruppentführer der Siegergruppe, Dienert.

war zu dritt von der Seite nach dem richtigen Kommando ordnungsgemäß aufzuheben als auch nach dem richtigen Kommando wieder ordnungsgemäß abzulegen. Für das Lagern auf der richtigen Seite sowie das Zudecken der Frau und das Anlegen des Gurtes gab es weitere Punkte.

Ein weiterer Teil des Tragewettbewerbs: Unter Zeitwertung war die Trage über die vorgegebene Strecke zu dem bereitstehenden KTW zu bringen, in den KTW einzuladen sowie die Heckklappe zu schließen. Anschließend war der KTW wieder zu entladen und die Trage auf dem vorgegebenen Platz neben dem KTW abzustellen. Danach wurde die Zeit angehalten. Natürliche oder künstliche Hindernisse mußten überwunden und durften nicht umgangen werden.

### Die Sonderwertung

Sie wurde etwas abseits auf einem großen Parkplatz neben dem Stadion durchgeführt. Während zunächst die Fahrzeuge, mit denen die Gruppen angereist waren, auf Verkehrssicherheit und vollständige Ausstattung überprüft wurden – bei einigen wurden Beleuchtung, Schweißwischer, Hupe, aber auch die Profiltiefe an allen fünf Reifen sowie das Vorhandensein des Warndreiecks, eines kompletten gebrauchsfähigen Verbandkastens und kompletter Kfz-Papiere getestet –, wurde bei der Gruppe die Dienstkleidung nach Maßgabe der Kleiderordnung überprüft. Obwohl diese Prüfungen bereits Bestandteil der früheren Wettbewerbe gewesen waren, gab es auch diesmal teilweise Abweichungen von der Vorschrift.

Weiterhin hatte der Fahrer einen nach ADAC-Richtlinien aufgebauten Parcours mit einem vom MHD-Freiburg gestellten VW-KTW zu befahren. Jede Gruppe hatte zwei Durchgänge, wobei der Gruppenführer entscheiden konnte, ob ein Fahrer zweimal fährt oder der zweite Durchgang von einem zweiten Fahrer versucht wird. Das Zeitlimit von 3,5 Minuten erlaubte ein vorsichtiges und gewissenhaftes Befahren des Parcours, ohne besonders auf Geschwindigkeit achten zu müssen.

### Die Sieger

Da die von den einzelnen Gruppen erzielten Ergebnisse laufend zur Auswertung hereingegeben worden waren, stand bereits 35 Minuten nach der letzten Übung das Endergebnis fest.

Die ersten zehn Plätze belegten die Gruppen der nachfolgend genannten MHD-Diözesanbereiche:

1. Köln	595 Punkte
2. Freiburg (außer Konkurrenz)	580 Punkte
2. Augsburg	562 Punkte
3. Fulda	552 Punkte
4. Passau	542 Punkte
5. Würzburg	530 Punkte
6. Regensburg	517 Punkte
7. Oldenburg	508 Punkte
7. Münster (zweimal vergeben)	508 Punkte
9. Trier	502 Punkte
10. Aachen	496 Punkte



Die Gruppe des MHD Ertstadt gewann den 4. Bundesleistungswettbewerb.

Bei der Siegerehrung stellt Frhr. Heereman nochmals die wesentlichen Stationen des Wettbewerbs, die Stärken und Schwächen der einzelnen Gruppen heraus.

Die drei Erstplatzierten erhielten neben den für alle teilnehmenden Gruppen erstellten Siegerurkunden auch Pokale, die für den 3. Platz vom Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, für den 2. Platz vom Regierungspräsidenten von Freiburg und für den 1. Platz vom Schirmherrn des 4. Bundesleistungswettbewerbs, dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, gestiftet worden waren.

4. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehren

## Sehr hohes musikalisches Niveau bewiesen

43 Musikzüge aus sieben Bundesländern stellten sich den Wertungsrichtern – Veranstaltung in Grünberg war zugleich Auftakt zur bundesweiten Brandschutzwoche

Rund 1550 Musiker, darunter über 300 Frauen und Mädchen, in 43 musiktreibenden Zügen der Feuerwehren nahmen am 4. Bundeswertungsspielen am 17./18. September 1983 in Grünberg/Hessen teil. Diese vom Deutschen Feuerwehrverband erstmals im Jahre 1961 (weitere 1970 und 1980) ausgerichtete Bundesveranstaltung hat in den letzten Jahren zunehmendes Interesse gefunden und wird nach der nächsten Veranstaltung im Jahre 1986 in einem vierjährigen Abstand durchgeführt. Diese Wertungsspiele sollen den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren Gelegenheit geben, ihre Leistungen von einem beruflichen Gremium prüfen zu lassen, um u. a. dadurch Hinweise und Ratschläge zu erhalten, die für ihre Aufwärtsentwicklung von Nutzen sind. Diese Spiele dienen aber auch der Förderung der Kameradschaft untereinander und der Förderung des Interesses am Musizieren in den Feuerwehren.

### Teilnehmer aus sieben Bundesländern

Am diesjährigen Bundeswertungsspielen nahmen musiktreibende Züge aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein teil, die überwiegend durch vorausgegangene Landesentscheidungen ermittelt wurden. Aus den Bundesländern Bayern, Berlin, Bremen und Saarland waren keine Teilnehmerzüge vertreten. Der Deutsche Feuerwehrverband hofft, daß im Jahre



1986 beim 5. Bundeswertungsspielen dann alle Bundesländer vertreten sind.

Gemäß den Bedingungen der Ausschreibung für das 4. Bundeswertungsspielen nahmen alle 43 Züge am Tag zuvor an der zentralen Eröffnungsveranstaltung der 7. bundesweiten Brandschutzwoche teil und rundeten diese Veranstaltung mit einem gemeinsamen Festzug durch die Veranstalterstadt Grünberg ab.

Ein „Hessenabend“ im Zelt war ein weiterer Höhepunkt für die angereisten Gäste und die Bevölkerung. Das Programm

wurde vom Kreisfeuerwehrverband Gießen unter Mitwirkung zahlreicher örtlicher Musikgruppierungen und Heimatgruppen gestaltet und fand eine begeisterte Zuhörerschaft.

### Bekleidungsordnung

Das Bundeswertungsspielen begann am Sonntag um 8 Uhr mit einer Stabführerbesprechung, um die letzten Einzelheiten zu klären. Hierbei wurde vom Wertungsgericht nochmals auf die Beklei-



Eine stets vollbesetzte „Gallushalle“ und ein ebenso gefülltes Festzelt bildeten den äußeren Rahmen für das über sieben Stunden dauernde Wertungsspielen. Ein jeweils dreiköpfiges Wertungsgericht beurteilte die einzelnen Musikvorträge beim Bühnen- und Straßenspiel. Wie von vielen Sportarten her bekannt, warteten auch hier die Zuhörer auf die „offene Wertung“ der Wertungsrichter mit ihren hochgehaltenen Kellen.

dungsvorschrift und die Ausschreibung verwiesen. Eine nicht ordnungsgemäße Bekleidung (gemäß Bekleidungsrichtlinie des jeweiligen Bundeslandes) erbrachte bei der Bewertung des Zuges einen Abzug bis zu maximal drei Minuspunkten. Es war erfreulich festzustellen, daß bis auf eine rheinland-pfälzische Feuerwehrkapelle (bei der Eröffnung der Brandschutzwoche und beim Umzug) alle anderen Teilnehmerzüge ordnungsgemäße Feuerwehrkleidung trugen. Die Kapelle wurde deshalb auch mit den möglichen drei Fehlerpunkten belegt; von einem möglichen Ausschluß wurde aber abgesehen.

Das Bühnenspiel fand für die Spielmanns-, Fanfaren- und gemischten Züge im Zelt und für die Musikzüge in der Gallushalle statt; das Straßenspiel am Marktplatz im Stadttinnern. Das etwa siebenstündige Wertungsspielen fand bei den ständig vorhandenen rd. 3000 Zuhörern viel Beifall und Anerkennung. Nach der neutralen Aussage der Wertungsrichter stand das diesjährige Bundeswertungsspielen im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen anderer Musikvereinigungen auf einem sehr hohen Niveau und erbrachte gegenüber dem 3. Bundeswertungsspielen im Jahre 1980 eine wesentlich größere Leistungsdichte.

### Helfende Hände

Für die Bewertung standen drei Wertungsgerichte mit je drei nicht der Feuerwehr angehörenden anerkannten Wertungsrichtern zur Verfügung. Ein Dank gebührt an dieser Stelle dem Wertungsgericht für die allgemein anerkannte gute und objektive Bewertung, wobei es zu keinerlei Beanstandungen kam. Eine gute Organisation der Gesamtveranstaltung war Grundlage dafür, daß rd. ein- einhalb Stunden nach Ende des letzten Wertungsauftrittes bereits die Siegerehrung im Stadion der Stadt Grünberg stattfinden konnte. Hier gilt auch ein besonderer Dank dem Kreisfeuerwehrverband Gießen unter der Federführung von Kreisbrandinspektor Schaaf, der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grünberg, dem Landkreis Gießen sowie der Stadt Grünberg und den beteiligten Organisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst und Technisches Hilfswerk für die sehr guten Vorbereitungsarbeiten und den reibungslosen Ablauf dieses Veranstaltungswochenendes. Ein Teil der Züge war bei befreundeten Musikzügen in der Umgebung untergebracht, der Rest, etwa 900 Personen, übernachtete in Gemeinschaftsquartieren in einer Grünberger Schule. Für die Verpflegung sorgten Verpflegungseinheiten der Feuerwehr,

## 4. Bundeswertungsspielen am 18. September 1983

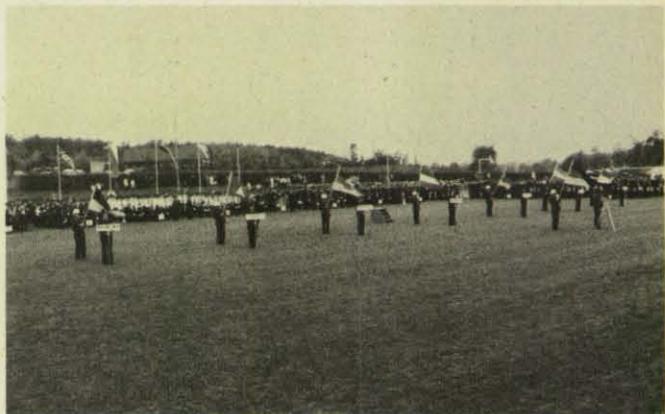
– Ergebnisse –

Bundesland	Zug- stärke	erreichte Punkte in der Wertung	Plazie- rungen in der Wertungs- gruppe	Rang in der Wertungsgruppe:						
				1	2	3	4	5	6	
<b>Baden-Württemberg</b>										
Echterdingen	49	276,6	13	2	-	-	-	-	-	-
Notzingen	30	270,1	19	2	-	-	-	-	-	-
Nürtingen	34	283,4	7	2	-	-	-	-	-	-
Pforzheim	20	282,1	8	2	-	-	-	-	-	-
Renchen	33	281,4	9	2	-	-	-	-	-	-
Stuttgart-Weilimdorf	34	272,0	16	2	-	-	-	-	-	-
Echterdingen	-	283,2	3	-	-	2	-	-	-	-
Kappelrodeck	50	273,1	3	-	-	-	-	-	-	2
<b>Hamburg</b>										
Sasel	30	278,1	3	-	-	-	-	2	-	-
<b>Hessen</b>										
Großen-Buseck	32	297,2	1	1	-	-	-	-	-	-
Atzbach	33	290,4	4	1	-	-	-	-	-	-
Fränkisch-Crumbach	35	295,3	2	1	-	-	-	-	-	-
Holzheim	35	290,0	1	-	1	-	-	-	-	-
Homburg/Ohm	62	288,9	2	-	-	1	-	-	-	-
Alsfeld	55	293,4	1	-	-	1	-	-	-	-
Dirlos	57	297,0	1	-	-	-	1	-	-	-
Schwalbach	45	292,7	2	-	-	-	1	-	-	-
Großen-Linden	52	297,7	1	-	-	-	-	1	-	-
<b>Niedersachsen</b>										
Ambergau-Bockenem	24	270,3	18	2	-	-	-	-	-	-
Königsutter	22	287,9	5	1	-	-	-	-	-	-
Hannover-Misburg	30	271,4	17	2	-	-	-	-	-	-
Stahlwerke Peine-Salzgitter	42	278,3	12	2	-	-	-	-	-	-
Tespe	45	274,7	14	2	-	-	-	-	-	-
Abbenssen	20	275,1	12	-	-	-	2	-	-	-
Banteln	30	290,5	5	-	-	-	1	-	-	-
Duingen	40	287,4	7	-	-	-	1	-	-	-
Einbeck-Moringen	40	287,1	8	-	-	-	1	-	-	-
Leveste	30	281,9	2	-	-	-	-	2	-	-
Königsutter	-	281,7	2	-	-	-	-	-	2	-
<b>Nordrhein-Westfalen</b>										
Altena	25	278,9	11	2	-	-	-	-	-	-
Warstein-Belecke	30	281,3	10	2	-	-	-	-	-	-
Deuz	35	293,5	3	1	-	-	-	-	-	-
Dülmen	25	286,7	6	1	-	-	-	-	-	-
Hamm	35	268,7	20	3	-	-	-	-	-	-
Münster	50	290,0	6	-	-	-	1	-	-	-
<b>Rheinland-Pfalz</b>										
Bingen-Dromersheim	57	291,5*)	3	-	-	-	1	-	-	-
Dorn-Dürkheim	47	282,9	10	-	-	-	2	-	-	-
Wissen	45	291,4	4	-	-	-	1	-	-	-
<b>Schleswig-Holstein</b>										
KFV Ostholstein	50	267,1	21	2	-	-	-	-	-	-
Ostermoor	30	273,3	15	3	-	-	-	-	-	-
Hoisdorf	40	286,0	9	-	-	-	1	-	-	-
Kropp	36	281,2	11	-	-	-	2	-	-	-
Alt Duvenstedt	32	283,4	1	-	-	-	-	-	2	-

\*) einschließlich Abzug von 3 Fehlerpunkten für nicht ordnungsgemäße Kleidung bei der Eröffnungsveranstaltung der Brandschutzwoche und dem Umzug (Bekleidungsordnung des Landes)



Eine gutfunktionierende örtliche Organisation und ein exakt arbeitender Berechnungsausschuß waren der Garant für den Erfolg bei dieser Bundesveranstaltung des Deutschen Feuerwehrverbandes.



Bei schon einbrechender Dunkelheit und kühler Witterung fand gegen 17.00 Uhr im Stadion der Stadt die mit Spannung erwartete Verkündung der Wertungsergebnisse statt.



Bundesstabführer Horst Diefenbach, unter dessen Leitung das Bundeswertungsspielen durchgeführt wurde, konnte DFV-Präsident Struve (Bild links) bei der Abschlußveranstaltung 1550 zur Siegerehrung angetretene Aktive der musiktreibenden Züge melden. Die Grüße des Landkreises Gießen überbrachte Landrat Klingelhöfer (Bild rechts).



Bei der von Präsident Struve vorgenommenen „Siegerehrung“ war die Spannung unter den Teilnehmern auf dem Höhepunkt; wie nah lagen doch manchmal freudige Überraschung und Enttäuschung. Mit einem Dank an alle Beteiligten und einem „Auf Wiedersehen im Jahre 1986“ schloß Präsident Struve das 4. Bundeswertungsspielen. Musizierend verließen die Teilnehmerzüge dann im Vorbeimarsch das Stadion von Grünberg. (Fotos: Voßmeier)

des Technischen Hilfswerks und des Deutschen Roten Kreuzes.

## Siegerehrung

Bei der von Präsident Struve vorgenommenen Siegerehrung im Stadion der Stadt Grünberg weilten einige hundert Zuhörer. Unter den Gästen konnte Präsident Struve u. a. den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, den Hessischen Innenminister Dr. Günther, sowie Regierungspräsident Müller (Gießen), Landrat Klingelhöfer (Gießen) und den Bürgermeister der gastgebenden Stadt Grünberg, Damaschke, begrüßen. Grußworte sprachen Innenminister Dr. Günther und Landrat Klingelhöfer.

Struve bedankte sich bei allen an der Durchführung dieser zweitägigen Bundesveranstaltung beteiligten Dienststellen, Institutionen und Organisationen, aber insbesondere bei den Musikern der 43 Teilnehmerzüge für ihr Mitwirken, die sehr guten musikalischen Leistungen und ihr Engagement beim Musizieren in den Feuerwehren. Mit einem „Auf Wiedersehen im Jahre 1986“ erklärte Präsident Struve nach der Siegerehrung das 4. Bundeswertungsspielen für beendet.

## Bundesübersicht 1983: Teilnehmer und Platzierung beim 4. Bundeswertungsspielen

Bundesländer	Teilnehmer		Teilnehmer in Wertungsgruppe:						Erreichte Platzierung:		
	Soll	Ist	1	2	3	4	5	6	Gold	Silber	Bronze
Baden-Württemberg	8	8	6	-	1	-	-	1	-	8	-
Bayern	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	1	1	-	-	-	-	1	-	-	1	-
Hessen	9	9	3	1	2	2	1	-	9	-	-
Niedersachsen	11	11	5	-	-	4	1	1	4	7	-
Nordrhein-Westfalen	8	6	5	-	-	1	-	-	3	2	1
Rheinland-Pfalz	3	3	-	-	-	3	-	-	2	1	-
Saarland	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	5	5	2	-	-	2	-	1	1	3	1
Summen	50	43	21	1	3	12	3	3	19	22	2

## Noch einmal: Thema „Warnwesten“

Veröffentlichungen in der Tagespresse zum Thema „Warnwesten“ haben erneut eine Diskussion darüber in Gang gebracht, ob dienstlich oder geschäftlich genutzte Privatfahrzeuge mit Warnwesten ausgerüstet sein müssen.

Seit Inkrafttreten der Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“ (VBG 12) am 1. April 1980 besteht die Pflicht zum Tragen von Warnwesten für Beschäftigte, die auf öffentlichen Straßen im Gefahrenbereich des fließenden Verkehrs Instandhaltungsarbeiten an Fahrzeugen durchführen (§ 50 Abs. 5 UVV „Fahrzeuge“).

Der Unternehmer hat die geeignete Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen (§ 4 UVV „Allgemeine Vorschriften“).

Bereits 1981 hat der Fachausschuß „Verkehr“ festgestellt, daß Privatfahrzeuge nicht unter den Geltungsbereich der UVV „Fahrzeuge“ fallen, auch dann nicht, wenn sie gelegentlich oder ständig dienstlich bzw. geschäftlich genutzt werden. Solche Fahrzeuge werden weder hinsichtlich „Bau und Ausrüstung“ noch hinsichtlich deren „Betrieb“ („dienstliche Nutzung“) vom Geltungsbereich der UVV „Fahrzeuge“ erfaßt. Somit besteht für den Unternehmer keine Verpflichtung, dienstlich oder geschäftlich genutzte Privatfahrzeuge mit Warnwesten auszurüsten.

Da die Gefährdung jedoch die gleiche bleibt, ob nun eine Reparatur in fließendem Verkehr an einem Dienstfahrzeug oder an einem dienstlich genutzten Privatfahrzeug ausgeführt wird, bleibt die Empfehlung bestehen, die vom Fachausschuß „Verkehr“ bereits 1981 gegeben worden ist, auch für eine Ausrüstung gewerblich genutzter Privatfahrzeuge mit Warnwesten zu sorgen.

Zur Zeit wird im Fachausschuß „Verkehr“ ein 1. Nachtrag zur UVV „Fahrzeuge“ (VBG 12) erarbeitet, der nach Erlaß eine Festlegung in Sachen „Warnwesten“ bringen wird. Zum einem sollen dienstlich oder geschäftlich genutzte Privatfahrzeuge – dann auch im Text der UVV – ausdrücklich vom Geltungsbereich ausgenommen werden, zum anderen soll in einem neu eingefügten Paragraphen geregelt werden, daß der Unternehmer Fahrzeuge mit geeigneter Warnkleidung für wenigstens einen Versicherten auszurüsten hat und daß diese Ausrüstung entfallen kann, wenn das Fahrpersonal vom Unternehmer schriftlich angewiesen wird, Instandsetzungsarbeiten auf öffentlichen Straßen nicht selbst durchzuführen.

Der Unternehmer wäre nach Erlaß des 1. Nachtrages zur UVV „Fahrzeuge“ also auch in der Zukunft nicht verpflichtet, Warnwesten für dienstlich genutzte Privatfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Die genannte Empfehlung an den Unternehmer, auch diese Fahrzeuge mit Warnwesten auszurüsten, wird jedoch nach wie vor Gültigkeit behalten.

Große Anstrengungen im Bereich des Katastrophenschutzes unternommen

## DLRG Heuchelheim stellte Motorrettungsboot „Lahnadler“ in Dienst

Vergrößerung der Wasserflächen machte Anschaffung notwendig

In einer kleinen Feierstunde in Anwesenheit von Vertretern der Öffentlichkeit, der befreundeten Hilfsorganisationen und zahlreicher interessierter Besucher stellte die DLRG Heuchelheim ihr neues Rettungsboot „Lahnadler“ vor. Dieses speziell für die Aufgaben der Wasserrettung zugeschnittene 40 PS starke Motorboot, das etwa 20 000 DM gekostet hat, löst ein kleineres Boot ab, dessen Verwendung eher als Notlösung betrachtet worden war. Durch seine hohe Motorleistung und große Tragkraft kann der „Lahnadler“ fünf komplett ausgerüstete Rettungstaucher befördern. Mit einem Transportfahrzeug kann das Boot auf einem einachsigen Trailer zum Einsatzort gebracht werden, wenn ein Notfall oder Katastrophenereignis eingetreten ist.

Der Vorsitzende der DLRG Heuchelheim, Helmut Hofmann, skizzierte in seiner Ansprache die noch junge Geschichte seiner Ortsgruppe. Ausgelöst durch die ständige Vergrößerung der Seewasserflächen als Folge des Kiesabbaues habe man die Wachdienstleistungen ständig ausgebaut und vor zehn Jahren eine Rettungstauchergruppe gegründet. Die unter Leitung von Werner Gilbert stehende Tauchergruppe habe heute 14 Mitglieder. Sie sei in den Katastrophenschutz des Landkreises Gießen integriert und werde häufig zu Rettungs- und Bergungseinsätzen gerufen.

Der Bezirksleiter des DLRG-Bezirks Wetterau-Vogelsberg, Gerd Wagner, wies auf die Anstrengungen und Initiativen hin, die seine Organisation in den Bereichen Katastrophenschutz und Wasserrettung in den letzten Jahren unternommen hat. Dieses Engagement werde auch von der Landesregierung dankbar anerkannt.

Der Präsident des DLRG-Landesverbandes Hessen, Günther Walter, lobte die Eigeninitiative der Ortsgruppe Heuchelheim bei der Aufstellung von Taucher- und Wasserrettungstrupps und begrüßte die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den anderen Hilfsorganisationen.



Kreisbeigeordneter Hans Pfeiffer, der die Grüße und Glückwünsche des Landkreises Gießen überbrachte, würdigte die Arbeit der DLRG und ihrer Mitglieder, die sich in ihrer Freizeit für eine gute Sache zur Verfügung stellen. Der 1. Beigeordnete der Gemeinde Heuchelheim, Willi Keitzer, dankte der DLRG für den Dienst an der Gemeinschaft und

wünschte dem neuen Rettungsboot und seiner Mannschaft Glück und Erfolg.

Unter den Klängen des Spielmannszuges der Freiwilligen Feuerwehr Heuchelheim konnten die Teilnehmer der Feierstunde die Ausrüstung der DLRG besichtigen, die in einer kleinen Ausstellung aufgebaut worden war.

Wirk

DLRG, Feuerwehr und Polizei im Einsatz

### Rettungstaucher bargen 32 Fahrräder aus der Ems

Unglaublich, was alles aus den Fluten auftauchte

Eine traurige, ja erschreckende Bilanz brachte eine Großübung der DLRG-Rettungstaucher in der Ems in Wiedenbrück zutage: Das ohnehin arg verschmutzte Gewässer wird von vielen Zeitgenossen nicht nur als Müllablageplatz benutzt, sondern vielmehr auch als ein „Grab“ zur Vernichtung von Beweisstücken von Straftaten. Aus diesem Grund zogen die Lebensretter, die gemeinsam mit Feuerwehrmännern des Löschzuges Wiedenbrück arbeiteten, die Polizei bei dem Tauchgang hinzu.

Die sieben DLRG-Rettungstaucher der Ortsgruppe Rheda-Wiedenbrück hatten die DLRG-Taucher aus Gütersloh

ebenso mit zur Großübung in der Ems eingeladen wie Taucher der Royal Air Force aus Gütersloh. Insgesamt stiegen 20 Rettungstaucher in die Fluten der Ems, die bei ihrem Tauchgang von 14 Mitgliedern der Feuerwehr Wiedenbrück, weiteren DLRG-Mitgliedern aus Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück sowie von Angehörigen der RAF Gütersloh unterstützt und gesichert wurden.

Da die DLRG-Rettungstaucher in den letzten Jahren bereits dreimal in der Ems Leichenbergungen vornehmen mußten, sollte bei der Großübung das Zusammenwirken der drei Tauchergruppen ebenso geübt werden wie ein opti-



males Absuchen des Flußlaufes. Dabei ging es außerdem um einen Beitrag zum Umweltschutz, denn gefundener Unrat sollte aus der Ems entfernt werden.

Keine schöne Übung war es für die Taucher, denn das schmutzige und übelriechende Wasser der Ems lud nicht gerade zum langen Verweilen ein. Dennoch wurde aus der Übung ein über zwei-stündiger Einsatz, denn gleich beim ersten Einstieg stießen die DLRG-Taucher auf ein Fahrrad. Und als immer mehr Fahrräder zum Vorschein kamen, wurde die Polizei eingeschaltet. Systematisch suchten die 20 Taucher nun den Emslauf von der Fischerhütte in Wiedenbrück bis hin zur Brücke an der Wasserstraße – eine Flußlänge von über einem Kilometer Länge – ab.

Und sie kamen schließlich nicht mehr aus dem Staunen, das aber sehr schnell zu einem ungläubigen Kopfschütteln wurde, heraus. Als Bilanz geborgener Gegenstände wurde festgehalten:

32 Fahrräder – einige weitere konnten nicht aus dem morastigen Boden gezogen werden –, zwei Verkehrsschilder mitsamt Stangen, ein Mofa, ein Moped, eine Baustahlmatte, ein Campingtisch, zwei Autositze, zwei Fahrradkörbe, ein Rad, eine Zinkwanne, ein Mülleimergestell, ein Autoauspuff, ein Kettcar, ein Einkaufswagen, zwei Kinderwagen, vier Eimer, eine Schaufel, sechs Abfalleimer, ein Roller, ein Sportwagen, drei Vogelkäfige, zwei Treppengeländer, ein Rasenmäher teil, ein Staubsauger, ein Werkzeugkasten, zwei Gullydeckel, ein

Schlüsselbund, zwei Portemonnaies, ein Bettgestell sowie Spielzeug und viele weitere Einzelteile.

Vorbeigehende Bürger nahmen mit Bestürzung die „Ausbeute“ der DLRG-Taucher in Augenschein. In einer Abschlußbesprechung mußten DLRG, Feuerwehr und Polizei feststellen, daß die Ems nicht nur eine wilde Müllkippe, sondern auch ein Versteck von Beweismitteln begangener Straftaten ist. Vor allem die Fahrräder geben dafür Hinweise ebenso wie die Geldbörsen. Deutlich wurde aber auch, daß oft reine Zerstörungswut von Mitbürgern Ursache der Gewässerverschmutzung ist.

Text und Foto: W. Wienecke

## DLRG-Rettungsgerät unter einem Dach

Umgebautes Heim jetzt ein „Zentrum der Wasserrettung“

Im 21. Jahr ihres Bestehens als Gliederung in Kaufbeuren kann die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Herbst dieses Jahres einem besonderen Ereignis entgegensehen: der In-dienststellung ihres DLRG-Heim-Erweiterungsbaues in Neugablonz, das im Jahr 1976 eingeweiht und in den letzten Monaten um eine Garage von rund 100 Quadratmetern und einen Büroraum mit

etwa 16 Quadratmetern vergrößert bzw. erweitert wurde. Die nahezu abgeschlossenen Bauarbeiten machten es möglich, daß der umfangreiche Fahrzeug- und Gerätepark der Lebensretter seit dem vergangenen Winter zentral im DLRG-Heim untergebracht ist und somit die Einsatzbereitschaft der DLRG, ihrer Rettungsschwimmer und -taucher und besonders ihrer Schnelleinsatzgruppe noch erhöht werden konnte. Das erweiterte Haus und seine Einrichtung kann nunmehr als ein „Zentrum der Wasserrettung“ für Kaufbeuren und Umgebung bezeichnet werden.

Just im selben Jahr, in dem die bundesweit und selbst in verschiedenen Auslandsstationen tätige DLRG ihr 70jähriges Bestehen feiert, kann der DLRG-Kreisverband Kaufbeuren/Ostallgäu in seiner fast



Der Erweiterungsbau der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft im Kaufbeurer Stadtteil Neugablonz: links die neue Garage, rechts das Schulungs- und Bürogebäude. Das „Zentrum der Wasserrettung“ in Kaufbeuren wurde vorwiegend in Eigenleistung mit Unterstützung eines Kaufbeurer Bauunternehmens erstellt.



In der neuen Garage des DLRG-Heimes des Kreisverbandes Kaufbeuren/Ostallgäu konnte nunmehr das Rettungsgerät der „Lebensretter“ – vom Motorrettungsboot bis zum Einsatz- und Gerätewagen – zentral unter einem Dach untergebracht werden. (Foto: Tresselt)

20jährigen Geschichte als selbständiger Kreisverband (er wurde 1962 zunächst als Stützpunkt gegründet) mit der In-dienststellung seines Erweiterungsbaues einen neuen Markstein setzen. Wurde schon das bisher bestehende DLRG-Heim beim städtischen Freibad in Neugablonz in 2650 ehrenamtlichen Arbeitsstunden durch die aktiven Mitglieder errichtet, so wurden auch beim jetzigen Erweiterungsbau bisher über 800 Arbeitsstunden geleistet, wobei ein Kauf-

beurer Bauunternehmen bei der Errichtung des Rohbaues wichtige Hilfestellung leistete.

### Die Stadt half mit

Der Erweiterungsbau in Form einer etwa 100 m<sup>2</sup> großen Garage war deshalb dringend notwendig geworden, weil die DLRG bisher keinen Platz im „alten“ Heim hatte, um ihr Motor-Rettungsboot, ihren Gerätewagen, den Kompressor für die Preßluft-Tauchgeräte und anderes Material unterzubringen. Lediglich der Einsatzwagen hatte Platz. So entschloß sich die Vereinsführung im Spätsommer des Jahres 1981, die Voraussetzungen – vor allem finanzieller Art – zu schaffen, um den Garagenbau, verbunden mit einem Umbau der bisherigen kleinen Garage zu einem Büroraum, realisieren zu können. Es wurde um Spenden gebeten, Eigenmittel gesammelt und Altpapieraktionen durchgeführt. Zuschußanträge an die Stadt, die 10 000 Mark bewilligte, den Landkreis, den DLRG-Bezirk Schwaben und an den DLRG-Landesverband gestellt.

### Unerwartete Kostensteigerung

Im Sommer letzten Jahres konnte dann die Baumaßnahme in Angriff genommen werden, wobei es jedoch im Winter eine Zwangspause gab – nicht zuletzt auch deshalb, weil unerwartete Kostensteigerungen das Geld knapp werden ließen. Inzwischen aber konnte der Garagenanbau fertiggestellt und die Geräte und Fahrzeuge in dem Erweiterungsbau untergebracht werden.

Das DLRG-Heim wird einen Wert von schätzungsweise 150 000 Mark darstellen und insgesamt etwa 170 Quadratmeter umfassen, wobei neue Garage und der Schulungs- und Jugendraum die größten Räumlichkeiten sind.

### Dringend erforderlich: ein Schlauchboot

Mit der Fertigstellung der Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen ist aber die DLRG in Kaufbeuren ihrer Sorgen noch nicht enthoben. Bedingt durch die finanzielle Belastung für die Bauarbeiten mußten zwangsläufig die Ausgaben für die Anschaffung noch dringend notwendiger Rettungsgeräte zunächst gestoppt werden. So benötigen die Lebensretter für ihren Einsatz beim Wachdienst und besonders für Hilfeinsätze auf Seen und Flüssen ein Schlauchboot, eine Erneuerung oder einen Ersatz der rund zehn Jahre alten Hand-Funkgeräte und eine Modernisierung der Taucherausrüstung, um auch bei Rettungen aus Lebensgefahr in Gewässern oder bei der Bergung von Gegenständen wirksame Hilfe leisten zu können.

Text und Fotos: Hartmut Tresselt

## DLRG Hessisches Neckartal übernahm ehemaliges Polizeiboot

Hunderte ehrenamtlicher Arbeitsstunden zum „Flottmachen“ aufgewendet

Vor zwei Jahrzehnten baute eine Werft in Neckarsteinach für die hessische Wasserschutzpolizei ein schnelles Streifenboot, das am Edersee zum Einsatz kam. Viele Jahre versahen damit die „Blauen Jungs“, wie die Wasserschutzpolizisten auch gern genannt werden, den Streifendienst auf Hessens größtem See. Eineinhalb Jahrzehnte sollte es dauern, bis das schnelle Boot, das mit einem 170-PS-Motor ausgestattet ist, schließlich zur Aussonderung kam, was jedoch nicht heißen sollte, daß die „Hessen 8“ schrottreif geworden war.

Hessens Innenminister entschied, daß das Boot bei der DLRG eine entsprechende Weiterverwendung finden sollte. Mit einer Wertangabe von 35 000 DM wurde das Wasserfahrzeug als sogenannte Dauerleihgabe dem DLRG-Landesverband Hessen im Jahre 1977 als Rettungsboot „Hessen 2“ für den friedensmäßigen Katastrophenschutz-Dienst feierlich übergeben. Nach einer größeren Überholung und entsprechender Ausrüstung wurde die Voraussetzung geschaffen, daß das Boot für mannigfache Rettungseinsätze auf Rhein und Main zur Verfügung stand.

Nachdem der DLRG-Landesverband Hessen ein neues Boot bekam, wurden wiederum Überlegungen angestellt, wie die „Hessen 2“ zukünftig eine zweckmäßige Verwendung finden sollte. In Absprache mit dem Hessischen Innenministerium stellte der DLRG-Landes-

verband Hessen das bewährte Boot unter die Obhut der DLRG Hessisches Neckartal. Von Einsätzen auf Rhein und Main etwas ramponiert, mußten die DLRGler vom Hessischen Neckarstrand erst einmal kräftig Hand anlegen. Hunderte von ehrenamtlichen Arbeitsstunden waren erforderlich, um das Boot für künftige Einsätze auf dem Neckar klar zu bekommen. Mit etwas Stolz, aber auch in dem Bewußtsein, die künftigen Aufgaben auf dem Neckar zu erfüllen, haben die Männer der DLRG in letzter Zeit damit mehrere Einsätze gefahren.

Ein Boot dieser Größe auf Ortsgruppenebene zu unterhalten, fällt zweifellos nicht leicht. Stunden der DLRG dafür keine Fachleute zur Verfügung – von den finanziellen Aufwendungen ganz zu schweigen –, wäre diese Aufgabe nicht zu meistern, zumal die DLRG Hessisches Neckartal seit über zehn Jahren u. a. einen mobilen Einsatz-Zug unterhält. Den DLRG-Aktiven, Mitgliedern und Förderern ist es zu verdanken, daß in zurückliegender Zeit die Einsatzbereitschaft mit Land- und Wasserfahrzeugen gegeben war.

Vor zwei Jahrzehnten wurde das Boot in Neckarsteinach für die Wasserschutzpolizei gebaut und jetzt von der DLRG genutzt – wohl kaum jemand hätte gedacht, daß es nach so langer Zeit wieder an den Neckar zurückkehrt. Ob es nun für immer hier bleibt?

Paul Smyrek



## DLRG Kaufbeuren informierte und warb für Ziele der Wasserrettung



Der DLRG-Kreisverband Kaufbeuren/Ostallgäu beteiligte sich auch in diesem Jahr am Stadtfest in Kaufbeuren. An einem Informationsstand gab es Faltblätter über die verschiedenen Prüfungsbedingungen und Ausbildungskurse, zudem konnten die Kinder an einem Nagelbrett ihr Glück versuchen (unser Bild) und dafür Poster und Aufkleber in Empfang nehmen. Rund um den Info-Stand waren Einsatzfahrzeuge und Gerätewagen aufgestellt. Der DLRG-Stand wurde auch vom Kaufbeurer Oberbürgermeister Rudolf Krause besucht, der selbst seit Jahren Mitglied der DLRG ist.

Hartmut Tresselt

## DLRG Mitorganisator der „Wasserstaffel Nordrhein-Westfalen 1983“



Ein DLRG-Fahrzeug zeigt den Beginn einer Läufergruppe an.



Vor dem Viadukt in Witten sammelt sich eine Gruppe zur Weiterfahrt.

Zum ersten Male fand in diesem Jahr die „Wasserstaffel Nordrhein-Westfalen 1983“ statt. Diese Veranstaltung wurde durch NW-Kultusminister Jürgen Girgensohn angeregt und in Düsseldorf gestartet. Der erste Staffelträger war ein Taucher. Die Staffel ging dann von Hand zu Hand, wurde von Kanus, Ruderbooten, Segel- und Motorbooten, ja sogar von Läufern befördert, sah Gewässer und Wege in Nordrhein und Westfalen und wurde am Schlußtag im Wedauer Stadion in Duisburg überreicht.

Etwa 20 000 Zuschauer waren Zeugen der Begleitveranstaltungen, 2000 Staffel-Teilnehmer insgesamt wurden gezählt. Der Kultusminister, der Landes-sportbund und die Barmer Ersatzkasse waren die Veranstalter, Ausrichter waren die DLRG-Landesverbände Nordrhein und Westfalen, der Ruderverband, der Seglerverband, der Kanuverband und der Deutsche Motoryachtverband.

Alle Teilnehmer erhielten eine schicke Erinnerungsurkunde, die von Kultusminister Jürgen Girgensohn und von den Leitern der genannten Organisationen und Verbände unterzeichnet war.

Hermann Gotthardt

## Westfalens DLRG-Rettungstaucher feierten die 100. Taucherprüfung

Der Referent für Tauchwesen im DLRG-Landesverband Westfalen, Gunther Siepmann, staunte nicht schlecht, als er gewohnheitsmäßig das Freibad in Rheda-Wiedenbrück betrat, um wieder einmal eine von vielen Taucherprüfungen abzunehmen. Der Grund für den begeisterten Empfang war die 100. Taucherprüfung, die Gunther Siepmann an diesem ersten Samstag im Juli durchführte. Am Eingang des Freibades wurde er von den 26 Prüflingen sowie von Bezirksleiter Wilfried Wienecke, Tauchwart Willi Kempkes und dem Bürgermeister der Stadt Rheda-Wiedenbrück höchstpersönlich empfangen. Bürgermeister Franz Moorfeld überreichte dem LV-Tauchwart einen Zinnteller mit Widmung.

Zunächst wurde im Freibad der praktische Teil absolviert, wobei die Teilnehmer ihre Kondition im Schwimmen mit voller Ausrüstung und anderen Bedingungen unter Beweis stellen mußten. Anschließend traf man sich zum theoretischen Teil der Prüfung. Wie üblich mußten die 13 Tauchschein-Anwärter und 13 Wiederholer die umfangreichen Fragebögen ausfüllen. Auch diejenigen, die dabei ordentlich ins Schwitzen gerieten, hatten es anschließend geschafft. Nach einer kurzen Pause und dem Aus-



werten der Fragebögen fuhr man gemeinsam zu einem Steinbruch, wo die letzten praktischen Übungen durchgeführt wurden.

Anschließend kehrten alle Teilnehmer zurück zum Freibad, um die 100. Taucherprüfung zu feiern und die neuen Taucher-Dienstbücher in Empfang zu nehmen.

misi

## DLRG St. Wendel veranstaltete Wettkämpfe „mit viel Humor“



Trotz naßkalter Witterung wurde der „2. Wendalinus-Cup 1983“, den die Ortsgruppe St. Wendel der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft im Freibad St. Wendel durchführte, ein voller Erfolg: 18 Mannschaften aus fünf DLRG-Landesverbänden waren in der Altersklasse C der über 17jährigen Jugend am Start, darunter die jeweiligen Landesmeister aus dem Saarland, Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg.

Neben zahlreichen Rettungswettkämpfen, die in sportlicher Form die Einsätze der Rettungsschwimmer nachempfanden, und bei denen einmal mehr die DLRG-Aktiven ihre Leistungsbereitschaft demonstrierten, kam auch der Humor nicht zu kurz. Die „Badewannen-Staffel“ war auch in diesem Jahr für Zuschauer und Teilnehmer einer der Höhepunkte der Veranstaltung.

Foto: Lauer

## Presseschau des Inlands

### Schutzraumbau: Kopf im Sand

Mit allen möglichen Feinheiten versucht der Mensch unserer Tage seine Gesundheit, seine Habe und seinen Wohlstand zu sichern. Er hält es wie der fürsorgliche Familienvater, der die Seinen gegen alle Eventualitäten des Lebens zu schützen sucht. Denn der Mensch, der bei dräuendem Wetter ohne Mantel und Regenschirm nach draußen geht, darf sich nicht wundern, wenn er naß wird. „Naß“ im übertragenen Sinn wird man heute nicht so leicht.

Wer arm ist, kann Hilfe erwarten, und wer auch sonst ins „Schleudern“ gerät, den fängt ein gar nicht grob gestricktes Sozialnetz auf. Nur eines blieb ausgespart: die Sicherheit im Katastrophenfall. Womit keineswegs nur kriegerische Handlungen gemeint sind.

Für das Wohlbefinden der Bürger haben sich die Kommunen alles mögliche einfallen lassen. Elegante Hallen- und Freibäder, Bürgerhäuser, komfortable Tiefgaragen und Verwaltungsgebäude mit Kunst am Bau – während der fetten bundesrepublikanischen Jahre schöne und auch kostspielige Selbstverständlichkeiten, die sich vor dem Wähler gut machten. Wer wollte schon bei der allgemeinen Euphorie von möglichen Katastrophen reden? Da gab es zwar mal eine „Aktion Eichhörnchen“, die Hausfrauen auf Vorratshaltung hinweisen sollte. Das war aber auch schon alles.

Um es klar zu sagen: Die Kommunen haben ihrer Pflicht nicht genügt. Sie bauten weder Schutzräume, noch anmieteten sie dazu. Im Rhein-Sieg-Kreis gibt es ganze sieben öffentliche Bunker. Und die sind zum Teil noch zweckentfremdet, wie beispielsweise in Siegburg. Da haben die Stadtväter Museumsgut ausgelagert. Statt der Woldecken, notwendiger Medikamente und Notbetten stehen Siegburger Töpfe im Regal. In Sankt Augustin „soll es sowas in einer Grundschule geben“. Diese Auskunft

gab es bei der Stadtverwaltung. Genaueres wußte man im Rathaus nicht. Unter das pompöse Kreiskrankenhaus baute man eine Tiefgarage. Sie schutzgerecht herzurichten, daran hat niemand gedacht. Und so könnte man die Liste kommunalpolitischer Versäumnisse beliebig erweitern.

Kann man sich vorstellen, was passiert, wenn was passiert? Fast könnte man Verständnis für diejenigen aufbringen, die sich auf eigene Kosten (und mit Staatszuschüssen) einen eigenen Schutzraum im Heim gebaut haben und dessen Existenz sie selbst im Freundeskreis bestreiten. Wer garantiert, daß sie im Katastrophenfall die Bunkertür noch rechtzeitig schließen können, wenn andere hereindrängen?

Die Sorgen braucht man in der Schweiz nicht zu haben. Das kleine Land, seit Jahr und Tag ein Hort des Friedens, bietet seinen Bewohnern einen fast hundertprozentigen Schutz, selbst gegen atomare Verseuchung. Was aber soll der bundesdeutsche Bürger tun? Wohin kann er flüchten, wenn beispielsweise bei einer großen Umweltkatastrophe Alarm gegeben wird? Wenn Vergiftungs- oder Explosionsgefahr droht? Nicht jeder hat das Glück, gerade dann im Bonner U-Bahnhof-Bunker zu sein.

Vielleicht doch hinter den Schreibtisch kriechen? Oder – wie einst empfohlen – die Aktenmappe vors Gesicht? Das wird nicht viel helfen. Die Augen hat man in der Vergangenheit lange genug geschlossen.

(Bonner Generalanzeiger)

### Zivil- und Katastrophenschutz sollen abgestimmt werden

Noch in dieser Legislaturperiode wird mit der Vorlage eines neuen Gesetzentwurfes zur Neuordnung des Zivilschutzes gerechnet. Ziel ist eine Vereinheitlichung der Praxis in Bund und Ländern.

Das geht aus Angaben des Bundesinnenministeriums hervor. Ein Sprecher des Hauses bestätigte, daß „die Vorarbeiten hierzu bereits laufen“.

Nach Mitteilung des Sprechers zeichnen sich drei Schwerpunkte ab: Die „zersplitterte Zivilschutzmaterie soll durch Zusammenfassung des Zivilschutzgesetzes vom 9. August 1976, des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 und des Schutzbaugesetzes vom 9. September 1965“ vereinfacht werden. Mehrere Rechtsverordnungen und Verwaltungs-

vorschriften würden auf diese Weise vereinheitlicht und das suspendierte Zivilschutzkorps-Gesetz vom 12. August 1965 endgültig aufgehoben werden.

Gleichfalls soll eine „Harmonisierung des Zivilschutzrechts des Bundes und des Katastrophenschutzrechts der Länder mit dem Ziel in Gang gesetzt werden, ein möglichst einheitliches Hilfeleistungssystem in Frieden und im Verteidigungsfall zu schaffen“, erklärte der Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage. Hierbei geht es unter anderem darum, neue Entwicklungen im Katastrophenschutz der Länder, wie beispielsweise die Katastrophenschutzleitung und die technische Einsatzleitung, ebenfalls im Zivilschutzrecht zu verankern. Letztlich wolle man die „materielle Fortentwicklung des Zivilschutzrechts“ in das neue Zivilschutzgesetz einfließen lassen, um damit längst erkannte Mängel des geltenden Rechts zu beseitigen.

Mit einer neuen Zivilschutz-Gesetzgebung würde auf diese Weise auch eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe zwischen Bund, Ländern und Kommunen wie auch den einzelnen Hilfsorganisationen erreicht werden und Lücken im Zivilschutz geschlossen, hieß es im Innenministerium.

(Kieler Nachrichten)

### „Brandstiftungsversicherung“

Die deutsche Feuerversicherung entwickelt sich immer mehr zu einer Brandstiftungsversicherung. Aus einer Untersuchung der Hamburger Feuerkasse über die letzten dreißig Jahre geht hervor, daß in dem Zeitraum 1963 bis 1975 nur 0,5 Prozent aller gemeldeten Feuerschäden vorsätzliche Brandstiftung als Ursache hatten. In den Jahren 1978 bis 1982 waren es 21,4 Prozent aller Schäden. Bei den Entschädigungssummen hat die Brandstiftung ein noch größeres Gewicht. Ähnlich entwickelten sich die „Unermittelten Brandursachen“. Hinter dieser Position vermuten Feuerversicherungsexperten jene Brandstiftungen, die nicht bewiesen werden konnten. Diese Zahlen der Hamburger Feuerkasse sind möglicherweise insofern atypisch, als ihnen ausschließlich die Schadenentwicklung in einer Großstadt zugrunde liegt. In ländlichen Gebieten und im Süden der Bundesrepublik haben die Brandstiftungen noch nicht ein solches Ausmaß erreicht. Der Trend geht aber auch dort in die gleiche Richtung.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

## Presseschau des Auslands

### Schweiz: Bürger sind über den Zivilschutz gut informiert

Vor rund anderthalb Jahren ergab eine durch das Bundesamt für Zivilschutz in Auftrag gegebene Umfrage über den Bekanntheitsgrad des Zivilschutzes, daß Herr und Frau Schweizer im allgemeinen gut über unseren Zivilschutz orientiert sind. Auch der Zwischenbericht zum Stand des Zivilschutzes vom 31. Januar 1983, der im Laufe dieses Jahres von den eidgenössischen Räten behandelt wird, setzt sich mit der Information auseinander. Denn von der Information hängt nicht nur das Verständnis für den Zivilschutz ab, durch gute und gezielte Information können direkt und indirekt Menschenleben gerettet werden.

Das Kapitel 7 des Zwischenberichts enthält über die Information der Bevölkerung die folgenden Angaben:

#### Aufgabe der Information:

Der Zivilschutz ist darauf angewiesen, daß die Bürger dem Zivilschutzgedanken und den Pflichten, welche ihnen im Zivilschutz erwachsen, Verständnis entgegenbringen.

In einer Demokratie haben Volk und Volksvertreter immer wieder über die Aufwendungen für den Zivilschutz zu befinden, und zwar sowohl über das Ausmaß der Dienstleistungen in den Zivilschutzorganisationen als auch über den Umfang der für den Zivilschutz einzusetzenden finanziellen Mittel. Zudem hat der einzelne im Zusammenhang mit dem Bau der Personenschutzräume gewisse Lasten zu tragen und gewisse Unannehmlichkeiten (Kellerunterteilung; „dicke Türe“; Unterhalt des Schutzraumes) auf sich zu nehmen. Schließlich sollten die Angehörigen der Zivilschutzorganisation für ihre Ausbildung und einen Einsatz motiviert sein.

Im Ernstfall kommt es zudem auf das zweckmäßige Verhalten jedes einzelnen Mitgliedes der Gemeinschaft an. Der einzelne ist im Krieg nicht einfach passives Schutzobjekt, sondern sein Überleben hängt wesentlich vom richtigen persönlichen Verhalten und von seiner Grundeinstellung gegenüber dem Schutze aller ab.

Diesen Notwendigkeiten steht die Tatsache gegenüber, daß der Mensch dazu neigt, den Gedanken an einen möglichen Krieg von sich zu weisen. Dazu kommt, daß die Verteidigung, wozu auch der Zivilschutz gehört, technisch und organisatorisch immer mehr spezialisiert wird, so daß dem einzelnen sowohl das Gewinnen einer Übersicht als auch das Zurechtfinden in den Einzelheiten zunehmend erschwert werden.

Es ist deshalb notwendig, bereits im Frieden – vermehrt in Spannungs- und Kriegszeiten – die Bevölkerung über die Ziele und die Mittel des Zivilschutzes zu informieren. Diese Information muß die Grundlagen zum Verständnis der vier folgenden Tatsachen des Zivilschutzes liefern:

Kriegshandlungen in Europa sind auch in Zukunft möglich. Dabei kann der Einsatz von Massenvernichtungswaffen atomarer, chemischer und biologischer Art nicht ausgeschlossen werden. Diese Waffenwirkungen sind teilweise so großflächig, daß eine zuverlässige Ausscheidung von sicheren und gefährdeten Gebieten nicht möglich ist.

Erfahrungen vergangener Kriege und Berechnungen zeigen, daß mit modernen Schutzräumen und einer geeigneten Zivilschutzorganisation ein weitgehender Schutz der Zivilbevölkerung erreicht wird. Es gibt zwar keinen absoluten Schutz, aber durch den im Aufbau begriffenen Zivilschutz der Schweiz kann die Zahl der bei Angriffen Getöteten und besonders auch die Zahl der Verletzten oder Strahlenkranken stark reduziert werden. Die Wahrscheinlichkeit ist ungleich größer, daß der, der sich nicht schützt, getötet oder – was noch wahrscheinlicher ist – verletzt oder strahlengeschädigt wird.

Ein glaubwürdiger Zivilschutz leistet einen wichtigen Beitrag an die Dissuasionswirkung unserer Gesamtverteidigung und an die Festigkeit unseres Landes bei einem Erpressungsversuch fremder Mächte. Er ist damit ein konkreter Beitrag zur Erhaltung des relativen Friedens.

#### Bisherige Informationstätigkeit im Zivilschutz:

Gemäß seiner gesetzlichen Verpflichtung informiert das Bundesamt für Zivilschutz laufend durch Ausstellungen, Informationsschriften, Grundlagen für Referenten, Filme und Pressemitteilungen über die verschiedenen Aspekte des Zivilschutzes. Zusätzlich zu dieser eigenen Informationstätigkeit unterstützt es im Rahmen der Kompetenzdelegation den Schweizerischen Zivilschutzverband.

Publikumstests haben gezeigt, daß zwar ein beachtlicher Informationsstand erreicht werden konnte, daß aber die im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Grundtatsachen der Bevölkerung noch zu wenig bewußt sind. Insbesondere sind viele Personen nicht genügend im Bild über den Schutzwert unserer Schutzräume bei Angriffen mit Massenvernichtungsmitteln.

#### Schwergewichte künftiger Informationstätigkeit:

Es geht darum, die Einwohner unseres Landes so über den Zivilschutz zu informieren, daß sie dessen Möglichkeiten kennen, Vertrauen in die Schutzmaßnahmen haben und wissen, wie sie sich zu gegebener Zeit gegenüber den Auswirkungen eines Krieges zu verhalten hätten. Damit ist schon gesagt, daß es bei dieser Information nicht um Werbung für den Zivilschutz gehen kann, sondern darum, die Bevölkerung objektiv über die Gefahren und die sich diesen gegenüber bietenden Schutzmöglichkeiten ins Bild zu setzen.

Drei Haupthindernisse stellen sich einer solchen Informationstätigkeit in den Weg. Einmal beurteilt der Mensch nach einer langen Zeit relativen Friedens Kriege als unwahrscheinlich. Sodann fällt es ihm schwer, die Folgen eines modernen Krieges rational zu erfassen. Er ist verständlicherweise verunsichert und neigt dazu, Unannehmlichkeiten nach Möglichkeit zu verdrängen. Dieser Verdrängungsmechanismus wird dann besonders deutlich, wenn Schutzmaßnahmen gegen Gefahren Aufwendungen oder gar persönliche Opfer erfordern bzw. mit Unannehmlichkeiten verbunden sind. Schließlich fällt es dem Menschen schwer, sich im Frieden Vorstellungen über die Auswirkungen von Entbehrungen, Not und Angst auf seinen Überlebenswillen zu machen. So kommt es, daß nur allzu leicht auf Stimmen gehört wird, welche die Gefahr herabspielen, oder auf solche, welche jeden Schutz als nutzlos darstellen.

Diesen Schwierigkeiten soll dadurch begegnet werden, daß über die Gefahren und über die dagegen zu ergreifenden möglichen Schutzmaßnahmen regelmäßig mit Fakten informiert wird. Sodann soll die Bevölkerung im Rahmen der Schutzraumzuweisungsplanung über die für sie vorhandenen Schutzmöglichkeiten und durch ein entsprechendes Merkblatt über das von ihr erwartete Verhalten ins Bild gesetzt werden. Schließlich soll sichergestellt werden, daß über Kurse, Übungen und Rapporte vermehrtes Wissen über den Zivilschutz in die Bevölkerung getragen wird.

(Zivilschutz, Bern)

# Wissenschaft & Technik

## Neues batteriebetriebenes Dosimeter

Das neue batteriebetriebene Dosimeter mit digitaler und analoger Dosisleistungsanzeige ist ein robustes Gerät zum einfachen und eindeutigen Messen von Gammastrahlung über 8 Dekaden.



Mit dem eingebauten Hochdosis-Zählrohr mißt es im Bereich von  $10^{-5}$  ...  $1 \text{ Sv/h}$  ( $10^{-3}$  ...  $10^2 \text{ R/h}$ ) oder mit dem eingebauten Niederdosis-Zählrohr im Bereich von  $10^{-7}$  ...  $10^{-2} \text{ Sv/h}$  ( $10^{-5}$  ...  $1 \text{ R/h}$ ).

Mit der externen Hochdosissonde wird ein Bereich von  $10^{-7}$  ...  $10 \text{ Sv/h}$  ( $10^{-5}$  ...  $10^3 \text{ R/h}$ ) erreicht. Der Energiebereich erstreckt sich von 60 keV bis 3 MeV.

Für Alpha-Beta-Gamma-Kontaminationsmessungen in  $\text{S}^{-1}$  an Schüttgütern und Flüssigkeiten stehen ebenfalls externe Detektoren zur Verfügung.

Das Dosimeter ist leicht dekontaminierbar. Die PTB-Bauartzulassung als „Ortsdosimeter“ ist beantragt.

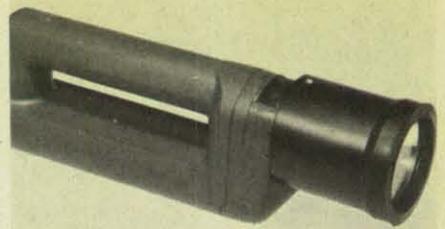
(Werkfoto: FAG Kugelfischer)

## Hochleistungsleuchte mit Spezialgehäuse

Erstmals wurde eine tragbare Halogen-Leuchte mit 55 W Leistung (entspricht der Leistung eines aufgeblendeten Autoscheinwerfers) für den öffentlichen und privaten Sicherheitsbereich, für Arbeit und Sport herausgebracht. Dazu mußte ein extremen Betriebsbedingungen gerecht werdendes Gehäuse ent-

wickelt werden. Das Material sollte höchste Temperaturen aushalten, einen freien Fall, z. B. aus 1 m Höhe auf Beton, unbeschadet überstehen und im Notfall dazu geeignet sein, Glasscheiben bis 6 cm Dicke zu zertrümmern. Die Bedienungselemente – 3 Sensortasten – sollten durch einen drehbaren Abdeckring geschützt werden. Der Leuchtenkopf sollte zum Aufladen der Akkus abnehmbar sein.

Die Problemlösung: Der Leuchtenkörper besteht aus speziellem ABS, der Leuchtenkopfhalter aus Polykarbonat, für die Führungsteile und das Schaltstreifensegment wird modifiziertes Polypropylen verwendet. Zum Befestigen des Leuchtenkopfes und zum Zusammensetzen der Leuchte sind in den Kunststoff Inserts aus Metall integriert. Bei einem eventuellen Aufprall rastet die Oberkante der Anschlußplatte am Leuchtenkörper



aus und kompensiert die auftretenden Beschleunigungskräfte. Durch erneutes Zusammendrücken von Leuchtenkörper und Leuchtenkopf ist die Leuchte sekundenschnell wieder einsatzfähig. Die Akkus sind platzsparend im Griffteil untergebracht.

Design und Technik erhielten das Prädikat „Gute Industrieform 83“.

(Werkfoto: Odenwälder Kunststoffwerk)

## Einseitig offene Faltbehälter weiterentwickelt

Die Vorteile der bequemen und restlosen Entleerung sowie der schnellen, zuverlässigen Reinigung und Trocknung von Faltbehältern mit patentierten Verschlüssen an einer Behälterseite gegenüber herkömmlichen flexiblen Behältern werden zunehmend erkannt.

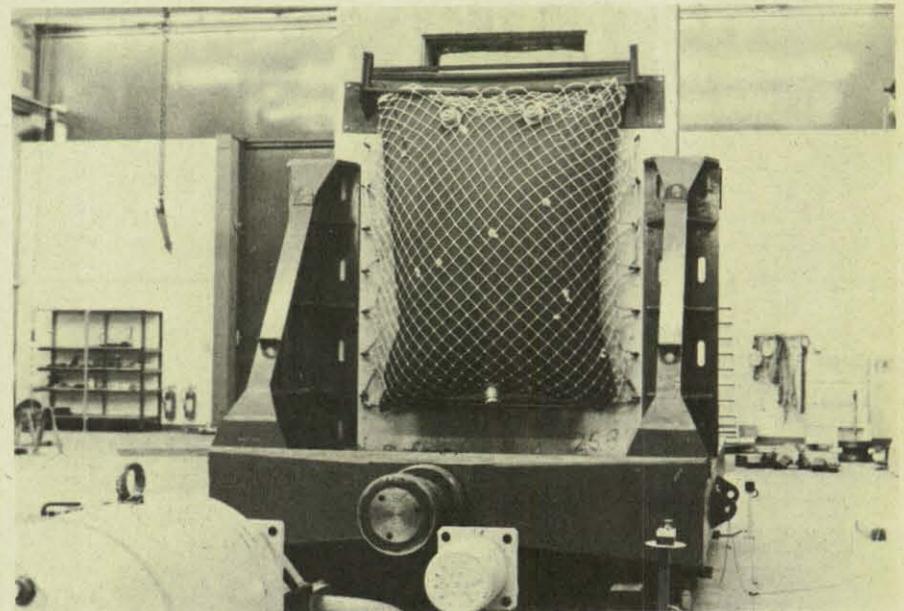
Anregungen von Boots- und Schiffs-Besitzern, denen schon mehrfach Treibstoff in festinstallierte Trinkwassertanks und umgekehrt eingefüllt wurde und die daher um die Schwierigkeit wissen, solche Tanks wieder zu reinigen, führten zur Präsentation eines Prototyps eines 200-Liter-Behälters mit flaschenhalsähnlicher offener Seite. Auch durch diese verkleinerte Öffnung läßt sich der leere Behälter von innen nach außen wenden. Der wesentlich leichtere Verschuß die-

ser offenen Seite besteht nur noch aus zwei Profil-Stangen.

Behälter dieser Konstruktionsform können vielseitig und mehrfach verwendet werden, z. B. sowohl auf dem Motor- oder Segelboot als auch als Wasservorratsbehälter im Schutzraum.

Der in einem Nylonnetz aufgehängte, größere 1000-Liter-Behälter hat mehrfach die vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für die Verwendung in Schutzräumen vorgeschriebenen Schockprüfungen erfolgreich überstanden, mit der beachtlichen Prüflast von 16 g (Unser Bild zeigt den Prüfaufbau für die Schockprüfung).

(Foto: Kronenberg)



## Neue Bücher

### Noahs Erbe

**Der Atomkrieg und wie man ihn überleben kann**  
Von Dr. J. A. Schmelzer und K. J. Schneider  
Prometheus Verlag, Frankfurt am Main

„Es geht darum, festzustellen, wie wir individuell und kollektiv auf die sich immer stärker manifestierende physische Gefahrenlage reagieren können. Der Schwerpunkt dieses Buches liegt auf den individuellen Maßnahmen. Der Bundesbürger hat auf die Handlungen des Staates eine statistische Einflußmöglichkeit von 1:60000000, während jeder einzelne seine individuellen Vorsorgemaßnahmen zu 100% beeinflussen kann.“ Dies sind Worte aus dem Prolog des Buches mit dem Titel „Noahs Erbe, Der Atomkrieg und wie man ihn überleben kann“ von J. A. Schmelzer und K. J. Schneider. Auf 283 Seiten geben die Autoren zum einen eine allgemeine Übersicht über die Situation und zum anderen praktische Hinweise für ein Überleben in und nach einem möglichen Ernstfall.

Den Schluß des Buches bilden eine Übersicht über Schutzmaßnahmen in der DDR, ein Ansriftenverzeichnis der mit Zivilschutz befaßten Organisationen sowie Literaturhinweise.

Im ersten, theoretischen Teil des Buches weisen die Autoren in erstaunlich flüssigem und daher auch für den Laien verständlichem Stil auf, was es mit dem Zivilschutz auf sich hat. Hier werden Begriffe erklärt und Argumente gegen den Zivilschutz in einleuchtender Weise widerlegt. Allerdings betonen die Autoren schon im Vorwort, daß sich ihre Ausführungen über wirkungsvolle Schutzmaßnahmen nur auf einen solchen Ernstfall beziehen können, in dem nicht in unmittelbarer Nähe des geschützten Individuums eine Atombombe explodiert.

Über die Arsenale – Atomwaffen und Zahlen –, über denkbare Konfliktsituatio-

nen und über die Wirkungen der Atombombe schreiben die beiden Autoren in den folgenden Kapiteln. Hier vor allem zeichnen sich ihre Ausführungen aus durch eine leichte Verständlichkeit, so daß auch der nicht in der Physik bewanderte Leser die Erklärungen über radioaktive Strahlung oder die maximale Reichweite der unmittelbaren Wirkungen von Atomwaffen nachvollziehen kann. Die Frage nach Tod oder Überleben bei einer Atombombenexplosion machen die Autoren folgerichtig von zwei Bedingungen abhängig: „1. von der Entfernung zum Nullpunkt und 2. von dem Ort, wo man sich zur Zeit der Explosion befindet.“ Weitere Kapitel befassen sich mit den Belastungen, die ein Mensch auszuhalten vermag (Strahlungen etc.), wenn er geschützt beziehungsweise nicht geschützt ist.

Unter dem Ratschlag „So wird's gemacht“ folgen im zweiten, praktischen Abschnitt des Buches überaus sinnvolle, aber auch einige schwer nachvollziehbare Hinweise, wie der Mensch sich in und nach einem Ernstfall zu verhalten hat, um sein Überleben möglich zu machen. Die Autoren sind der Auffassung, daß der beste Schutz ein Schutzraum ist, der optimal ausgestattet sein müsse. Über den Schutzraum wird ausführlich geschrieben, auch über Möglichkeiten eines nachträglichen Kellerausbaus zu einem Schutzraum.

Besonders gefällt an diesem Buch der klare, analytische Stil, mit dem die Verfasser an die Probleme herangehen. Die Sachverhalte und Zusammenhänge werden treffend beschrieben, ohne den Leser mit unverständlichen Fachausdrücken zu verwirren. Ein empfehlenswertes Buch.

### Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Lothar Brauer**  
**Handbuch Atemschutz**  
**1. und 2. Ergänzungslieferung**  
ecomed Verlagsgesellschaft,  
Landsberg/Lech

Mit den Ergänzungslieferungen werden die neuen Normen, Vorschriften und Kenntnisse auf dem Sektor Atemschutzgeräte für Selbstrettung berücksichtigt. Neu aufgenommen wurden eine Beschreibung der Flammenprüfungen und ein Abschnitt über Atemfilter gegen niedrigsiedende Substanzen. Ebenso neu hinzugefügt wurden das für den Umgang mit Atemschutzgeräten unerläßliche Atemschutz-Merkblatt und

die Schrift „Spezifische Einwirkungsdefinitionen – Belastung durch Atemschutzgeräte“. Ein weiterer neuer Abschnitt enthält fachbezogene Abkürzungen.

**Töpfer/Lind**  
**Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland**  
**74. und 75. Ergänzungslieferung**  
Verlag R. S. Schulz, Percha

Das Bundesrecht wird mit den Lieferungen auf den Stand vom 1. Januar 1983 gebracht. Neu aufgenommen wurden die Endlagervorausleistungsverordnung, die Seeschiffahrtsaufgaben-Übertragsverordnung und die Festsetzung des allgemeinen Kennzeichens für den Zivilschutz. Das Landesrecht der Stadt Hamburg, Hessens und von Rheinland-Pfalz wird ebenfalls aktualisiert.

**Lüttgen /Biese/Kerutt/Versen**  
**Handbuch des Rettungswesens**  
**23. Ergänzungslieferung**  
Verlag v. d. Linnepe, Hagen

Mit zahlreichen Änderungen und Ergänzungen wird das Werk auf den neuesten Stand gebracht. Aufgenommen wurden im Abschnitt Rechtsgrundlagen die Richtlinien über die Verordnung von Krankenfahrten, Krankentransport- und Rettungsdienstleistungen, im Abschnitt Organisation die Wiederbelebung nach einem Unfall durch elektrischen Strom und im Abschnitt Forschung und Dokumentation eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen über die Wirkungen des Rettungsdienstes.

**Gerdemann/Korbmann/Kutter/Stramka**  
**Krankentransport und Rettungswesen**  
**23. Ergänzungslieferung**  
Erich Schmidt Verlag GmbH,  
Bielefeld

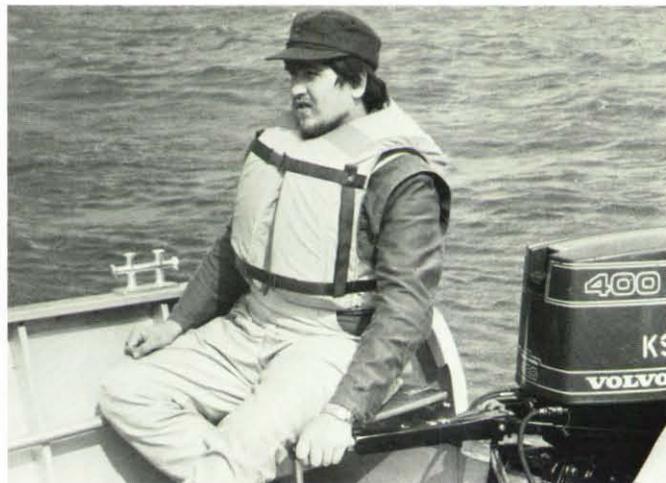
Die Lieferung zu dem Handbuch für die Praxis des gesamten Rettungswesens enthält neben zahlreichen Aktualisierungen im wesentlichen folgende Neuauflagen: die Krankenhausaufnahme-Verordnung Berlin, für das Land Niedersachsen die Rahmenvereinbarung Luftrettungszentrum Sanderbusch und für das Land Schleswig-Holstein die Benutzungsentgelte in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Segeberg.

Winfried Hoffmann

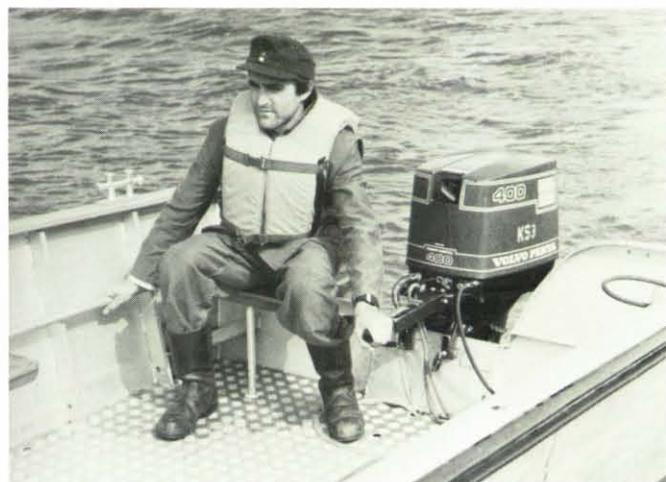
## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an THW-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



An Bord sind geschlossene Schwimmwesten zu tragen (KatS DV 282, Seite 87).



Der Bootsführer sitzt auf seinem vorgeschriebenen Platz (KatS DV 282, Seite 91).



Das Rauchen an Bord ist aufgrund erhöhter Brand- und Explosionsgefahr verboten (KatS DV 282, Seite 90).

## Harter Kampf um die Fahrkarte nach Kiel



28 Jugendfeuerwehrgruppen aus ganz Nordrhein-Westfalen trafen sich Anfang Juli in Köln-Porz zur Landesausscheidung für den Bundeswettkampf. Den beiden erstplatzierten Gruppen winkte die Fahrkarte zum Bundeswettkampf im Rahmen des Deutschen Jugendfeuerwehrtages in Kiel. Entsprechend groß war dann auch der Eifer, mit dem die Jugendlichen an die Bewältigung der gestellten Aufgaben gingen.

Zuerst galt es, eine Schlauchleitung über eine Hindernisstrecke zu verlegen, wobei der schnellen und präzisen Ausführung große Bedeutung zukam. Jede Abweichung von den Wettkampfvorschriften wurde von den Schiedsrichtern mit Minuspunkten bewertet.

Im zweiten Abschnitt waren bei einem Staffellauf, an dem alle Gruppenmitglieder teilnahmen, Schnelligkeit und Ausdauer Trumpf. Nach Auswertung der Zeiten und Fehlerpunkte beider Wettkampfteile standen am Ende des Wettkampfes die Jugendfeuerwehren Hamminkeln und Schaephuysen als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen in Kiel fest.

Über Aufgaben und Ziele der Jugendfeuerwehr und der Jugendgruppen der anderen Hilfsorganisationen informiert ein ausführlicher Bericht im Innern des Heftes.